

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

Berlin/Brandenburg

Terror-Anschlag



Die Chaoten kamen mit Messern und Molotow-Cocktails – und hinterließen eine Spur der Verwüstung: Ein autonomes Kommando hat in der Nacht zum Sonntag einen Anschlag auf die Zentrale des Lebensmittelskonzerns SPAR in Mittenwalde verübt. Der Terror-Trupp zündete fünf Lkw an (Foto), zerstach 50 Reifen. Gesamtschaden: Rund 3 Millionen Mark. Nach dem Überfall flüchteten die Täter unerkannt in die Nacht. Der Staatsschutz ermittelt. Bericht Seite 23

auf SPAR-Zentrale

Brummi-Fuhrpark abgefackelt – 3 Mio Schaden

Liebe Leute!

Sparen wir uns hier an dieser Stelle die üblichen Einleitungsworte von wegen vollem Briefkasten und so, wir freuen uns schon, daß in diesem Jahr trotz der allgemein beschworenen Resignation der radikalen Linken das allgemein übliche Sommerloch aufgrund einer Menge von Aktionen und Diskussionsbeiträge ausgespart werden konnte. Intern verbrachten wir die meiste Zeit mit der Frage des Abdrucks des Beitrags "vergewaltigung in der Tierrechtsszene". Bei vielen besteht schon eine starke Distanz zu dieser Szene, weil durch die dort zumindest unterschwellig betriebene Gleichsetzung von Mensch und Tier die humanistisch orientierten Grundwerte autonomer Politik schon arg in Frage gestellt werden. Der Begriff "links" speist sich aber nicht nur historisch aus diesem humanistischen Wertepotential. Letztendlich haben wir den Beitrag aber doch mit hineingenommen, weil uns das zu dieser Problematik querliegende patriarchale Unterdrückungsverhältnis als schwerwiegender erschien.

Den Beitrag "Amor y rabia" zu 2 Menschen aus Mexico, die hier auf Vortragsreise waren, drucken wir erstmal so ab; er enthält recht schwerwiegende Vorwürfe, an die beiden, die wir so nicht nachrecherchieren können und uns daher über weitere Einschätzungen freuen würden.

Wenn ihr alle aus dem Urlaub zurück seid, und euch die heiße Sonne nicht mehr gar so plagt, auch der See nicht mehr rufen will, --auf nach Stuttgart am 3.10. --weiteres dazu auf S.12.

Die Antwort auf Fridolin drucken wir ab, weil sie so genau seine Kritik bestätigt.

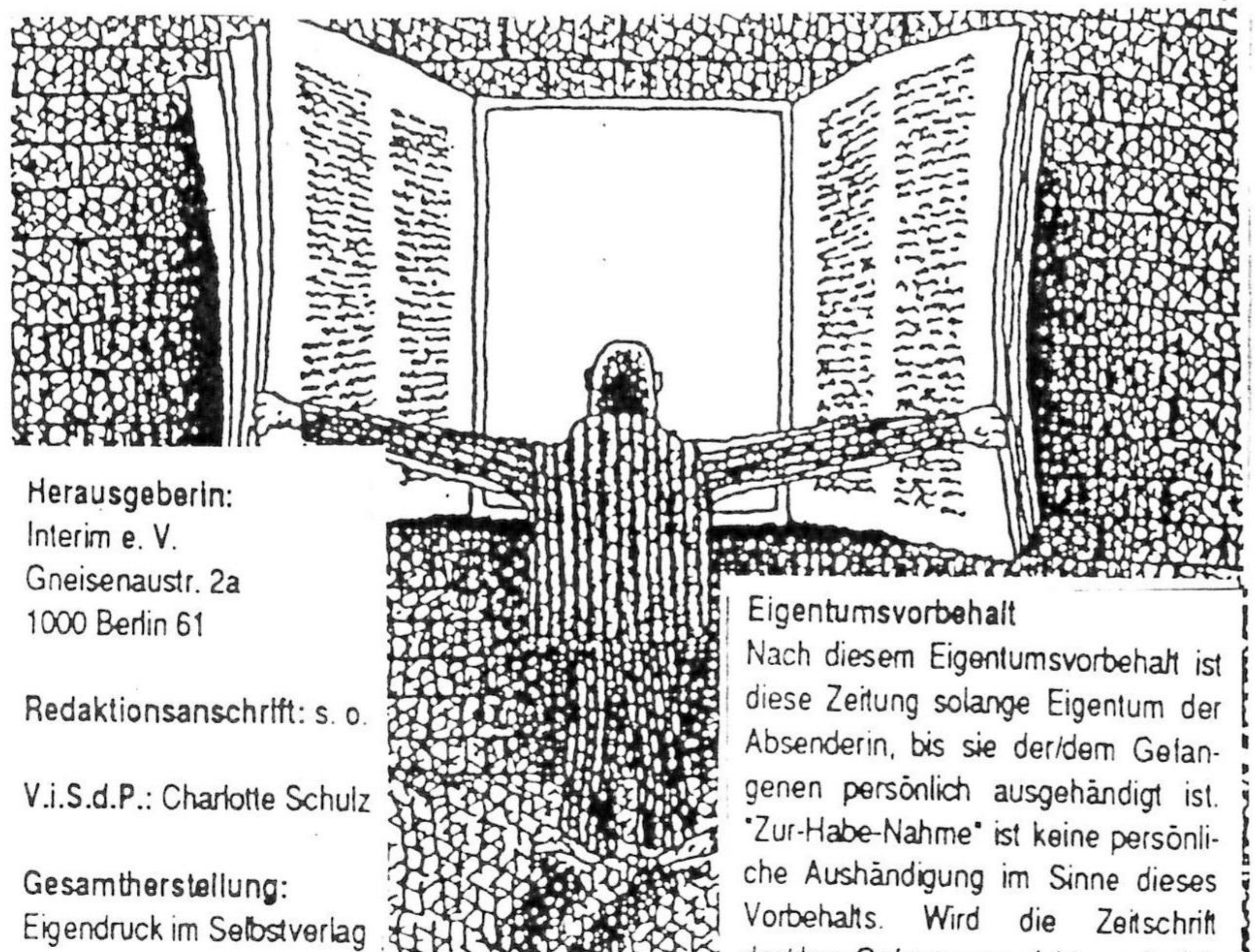
Auch werden wir uns weiterhin kritisch mit dieser Gesellschaft auseinandersetzen, wie schon der verummte Zeuge es uns im Prozess der letzten Woche bescheinigte.

!! Wir werden übrigens die Sommerpause, also das 2-wöchentliche Erscheinen auf den September ausdehnen. 4.9. und 18.9. sind also die nächsten Erscheinungstermine.!!

eine INTERIM-Redaktion

INHALT

- S. 2 Vorwort/EA
- S. 3 SPARflamme
- S. 4 Wagensport
- S. 5 Gentechnologie
- S. 6 Repression gegen Interim
- S. 7 Demo 30.8.
- S. 8 Demo Wegen Steffi/Karlsruhe
- S. 9 Aufruf 27.8. Grundsteinlegung
- S. 11 19.9. Antirassist. Demo Bremen
- S. 12 3.10. Demo Stuttgart
- S. 14. Hüttendorfräumung A20
- S. 16 Presseerklärung AZ Freiberg
- S. 17 Siemens
- S. 18 Anti-Castor/Wuppertal
Punk-Demo in Lüchow
- S. 19 Vergewaltigung in der Tierrechtsszene
- S. 20 "nadir" im Internet
- S. 21 "Antwort" auf Fridolin
- S. 22 RAF+Autonome
- S. 23 Christel Fröhlich
- S. 24 FrauenLesbentreffen in Hannover
Brief von Andrea Wolf
- S. 28 Griechenland-News
- S. 29 Peace-Train nach Kurdistan
- S. 30 "Amor y rabia"
- S. 32 Repression wg. ETA/Garry
- S. 33 Mit Pinsel u. Farbe Gegen Die BAW



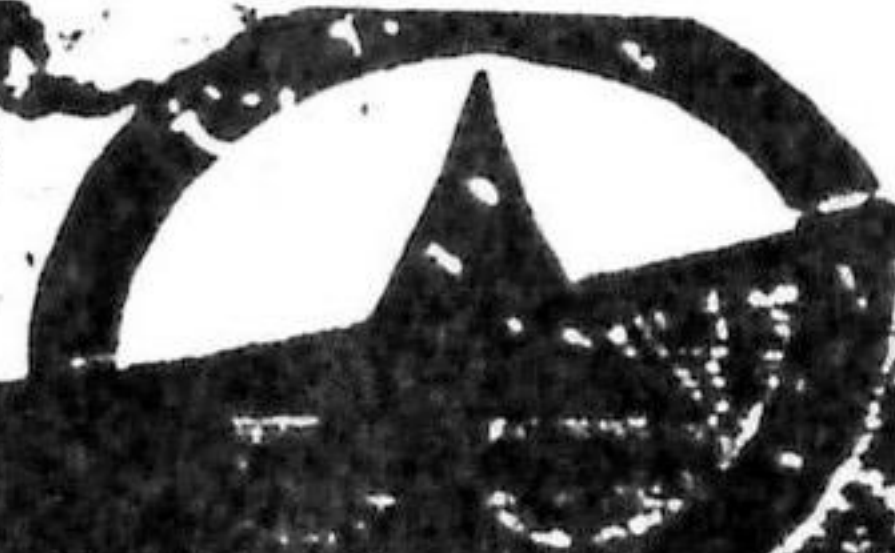
Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

SPAR IST RASSISTISCH I

Wir haben heute auf dem Gelände der SPAR Auslieferungszentrale Mittenwalde Brandsätze unter LKWs gelegt sowie die Reifen von mehreren Dutzend LKWs zerstochen und deren Vorderscheiben zerstört. Warum SPAR?

Der Lebensmittelkonzern SPAR profitiert als alleiniger Lieferant der Sammelmagazine, in denen Flüchtlinge in Berlin seit der Verabschiedung des neuen Asylbewerberleistungsgesetzes einkaufen müssen, direkt von der rassistischen Unterdrückung und Ausgrenzung von Flüchtlingen. Seit Anfang Juli müssen 2.500 Flüchtlinge in Berlin in zwei Sammelmagazinen ihren gesamten Lebensmittelbedarf decken. Sie erhalten ihre gekürzte Sozialhilfe nicht mehr als Bargeld, sondern nur noch in Form von Gutscheinen. Diese Gutscheine müssen sie in den Sammelmagazinen einlösen.

SPAR 

Die Magazine werden von der Firma Sorat GmbH betrieben. Auch Sorat, in Besitz von Helmut Penz und Oberspekulant Dietrich Garski, macht gute Geschäfte dank der rassistischen Flüchtlingspolitik in Deutschland: Neben Luxushotels betreibt Sorat alleine in Berlin rund 20 Flüchtlings-, Aussiedler- und Obdachlosenheime.

SPAR 

SPAR 

Als Lieferant für die Sammelmagazine agiert SPAR. Die Preise für die Waren werden willkürlich von Woche zu Woche neu festgelegt. Fast alle Waren sind in normalen Supermärkten billiger zu bekommen. Während SPAR seine Profite einheimst, müssen die Flüchtlinge sich mit den ständigen Schikanen in den Sammelmagazinen herumschlagen.

SPAR 

SPAR 

Der Berliner Senat plant, das System der Gutscheine und Sammelmagazine auf rund 32.000 Flüchtlinge in der ganzen Stadt auszudehnen. Wahrscheinlich reibt man sich im Vorstand der SPAR schon jetzt die Hände angesichts der kinderleichten Profitmaximierung durch den Berliner Senat.

SPAR 

SP

Irgendwelche "Verbesserungsvorschläge" an dem System der Gutscheine und Sammelmagazine sind pure Heuchelei. Flüchtlinge haben wie alle anderen das Recht auf Sozialhilfe in Bargeld, ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in einem selbstbestimmten Wohnraum, auf Bleiberecht und ein Ende aller Zwänge und Repression der rassistischen Politik.

Unsere Forderungen sind klar:
Abschaffung der rassistischen Gutschein- und Sammelmagazinpolitik! Kein SPAREN an Flüchtlingen!
Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle!

DIE FOLGEN VON RÄUMUNGSTERROR UND HAUPTSTADTWAHN !

Unter diesem Motto flambierten wir in der Nacht vom 1.8. zum 2.8. am Hackeschen Markt in Berlin eine Luxuskarosse in der Preisklasse eines kleinen Swimming-Pools vom Typ Daimler Benz 320 S-Klasse.

Der geldgierige Inhaber wird hiermit aufgefordert, Berlin zu verlassen.

Er ist Mitglied einer unerwünschten Schicht. Seine Integration ist nur dann wieder möglich, wenn er sein Bonzenverhalten ablegt und sich mit ganzer Kraft für Menschen wie z.B. BesetzerInnen, Flüchtlinge oder Obdachlose bedingungslos einsetzt.

Wer Räumung sät, wird Widerstand ernten!

Mit freundlichen Grüßen

die autonomen Bonzenjäger

Von HOLGER BUSCH

Potsdam - **Lichterloh brannte nachts das Zentrallager der SPAR AG in Mittenwalde - drei Millionen Mark Schaden! Die Täter kommen aus der autonomen Szene - ein brennendes Fanal fanatischer Feuerteufel, ein böses Attentat gegen die Wirtschaftskraft**

der Region, schlimmer Anschlag gegen Recht und Ordnung.

Fünf Lkw standen in hellen Flammen, als die Feuerwehr um 2 Uhr eintraf. Der Wachschutz hatte nichts bemerkt. Angestellte der Autobahnmeisterei Rangsdorf sahen die Rauchwolke und alarmierten die Feuerwehr.

Die Täter waren an der Rückseite des Geländes über einen Zaun geklettert und hatten mit Molotow-Cocktails die Fahrzeuge in Brand gesetzt. Sie hinterließen als Unterschrift den schwarzen Stern der Autonomen und die Signatur „autonome Gruppen“. Darüber der Spruch: „Kein Sparen an Flüchtlingen. Spar ist rassistisch. Offene Grenzen für alle.“ Hat der Anschlag damit zu tun, daß Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge in vielen Fällen kein Bargeld mehr, sondern nur Einkaufsgutscheine erhalten? Die Geschäftsführung von SPAR Mittenwalde wollte gestern keine Stellungnahme abgeben. Der Staatsschutz ermittelt.

Während es in Mittenwalde brannte, tobten in Potsdam Straßenkämpfe zwischen Polizei und rund 100 Hausbesetzern - zum ersten Mal seit drei Jahren „Waffenstillstand“.

Nach einem Straßenfest der Hausbesetzer-Szene in der Gutenbergstraße hatten sich Nachbarn über den Krach beschwert. Einem Polizisten und einer Polizistin gelang es, den Streit zu schlichten. Doch als die Beamten wieder abfahren, krachte ihnen ein Stein ins Rückfenster. Da ging die Randalie los. Rund 100 Bereitschaftspolizisten rückten an, zerstreuten die Menschenmenge. Steine flogen, Müllcontainer brannten, Polizeiwagen, Autos und Motorräder beschädigt, vier Polizisten verletzt, acht Ju-

Chaos-Tage in Brandenburg

● SPAR-Lager brannte: 3 Millionen Schaden ● Steine gegen Polizisten



Wer hat Angst vor Pappkartoffeln

An Potsdams Stadtgrenze, kurz vor Golm, endete am 23.07 die erste Anti-Gentechnik-Fahrradtour *"geGEN-Tour - Für eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft"*. Am 17. Juli in Hannover gestartet, führte die "Tour de geGen" an zahlreichen Versuchsfeldern vorbei auf denen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen praktiziert wird. In Golm bei Potsdam befindet sich eines von rund 60 Versuchsfeldern in Deutschland auf denen solche Freisetzungversuche bisher genehmigt wurden. Die Veranstalter der Tour waren u.a. Umweltgruppen und Initiativen aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, das Gen-ethische Netzwerk sowie der BUNDjugend Brandenburg.

Golm ist an der Chaussee nach Bornim gelegen und keine zwei Kilometer von der Potsdamer Stadtgrenze entfernt und bietet das mit 12 Hektar gegenwärtig größte Versuchsfeld für gentechnisch manipulierte Organismen in Deutschland. Dort versucht Prof. Willmützer vom Max-Planck-Institut mit Studentinnen der Uni Potsdam ordentliche Grundlagenforschung zu betreiben. Das Ziel: Aus gentechnisch veränderten Kartoffeln Papier herzustellen. (Stichwort Nachwachsende Rohstoffe)

Für Prof. Willmützer, seit fast einem Jahrzehnt mit Freilandversuchen beschäftigt, eine wunderbar ökologische Angelegenheit. Denn, so der Professor, der geringere Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln und der geringere Einsatz von Chemie bei der Papierherstellung sorgen unter dem Strich für eine positive Ökobilanz. Nach einer versuchten Zwangsunterbrechung des Projektes durch Gentechnik-Gegnerinnen, orderte das zuständige Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie (Golm) zusätzlich Wachschutz an.

Das Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie ist gegenwärtig noch auf dem Gelände der Uni Potsdam (Golm) untergebracht. Doch dieses Provisorium wird demnächst ein Ende haben. Denn das größte Bauschild an der wohl größten Baustelle vor Ort kündigt gleich die Entstehung eines kompletten Max-Planck-Campus an. Eine Investition der auch polnische Bauarbeiter danken, die vor dem Rohbau in Baucontainern leben. Billige Arbeitskräfte für den Bauherren, der Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Einen weiteren Neubau, in Sichtweite des Max-Planck-Campus, plant die staatliche Wissenschaftsbürokratie. Dort sollen einmal die mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweige der Uni Potsdam untergebracht werden. Eine Quelle engagierter und billiger Forschungskräfte.

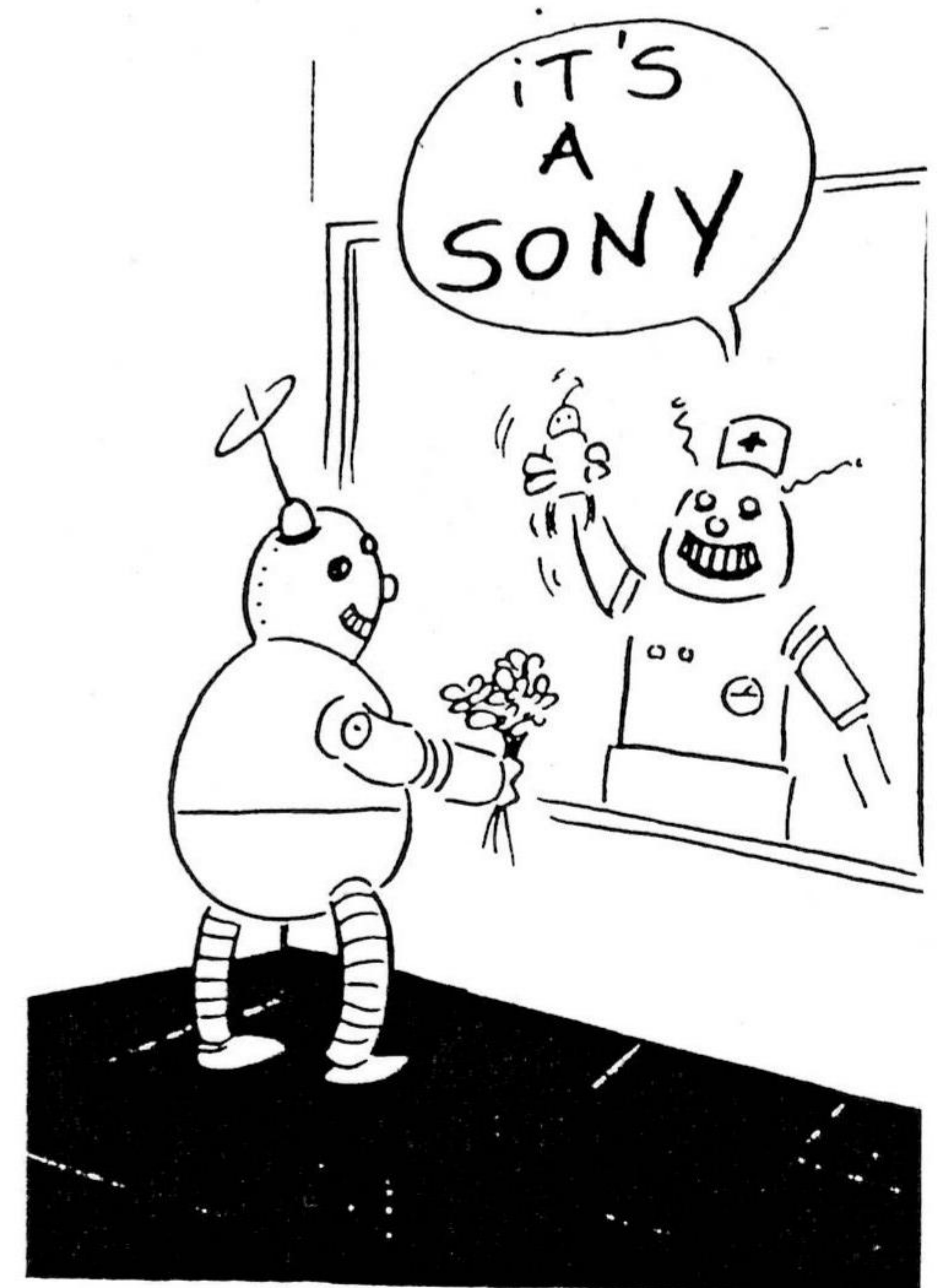
So entsteht langsam aber sicher ein kleiner Wissenschafts- und Forschungsstandort mit dem Schwerpunkt Bio- und Gentechnologie. Ein Industriezweig dem, neben der Informationstechnologie, in den nächsten Jahren ein außerordentliches Wachstum prognostiziert wird. Das Scharnier zwischen den Wachstumsgelüsten der Wirtschaft und des Staates bildet hier die Max-Planck Gesellschaft. Und diese gibt gegenwärtig auch das Tempo vor. Denn zwischen Rohbau und geplanten Neubau befindet sich bereits in voller Pracht, ganz Theorie und Praxis, das Versuchsfeld.

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (MPG)

In 75 Instituten und Forschungsstellen sind rund 10.735 Mitarbeiterinnen, beschäftigt.

Die Max-Planck-Institute (MPI) betreiben natur- und geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung. Die MPG ist eine gemeinnützige Organisation des privaten Rechts in Form eines eingetragenen Vereins. Zentrales Entscheidungsgremium ist der Senat.

Die Finanzierung der MPG erfolgt durch Bund und Länder zu je etwa 50 %. Der Jahresetat 1997 ist mit 1.944 Mio.DM angesetzt, von denen 1.836 Mio öffentliche Mittel sind.



Ein zweites Versuchsfeld im Berliner Umland Schönfeld

Etwas privater geht es nordöstlichen von Berlin zu, in Schönfeld. Auf einem Hektar sind dort die AgrEvo sowie die Deutsche Saatveredelung Lippstadt-Bremen GmbH mit einem Versuchsfeld zu Gange. Gentechnisch veränderter Mais und Raps sollen die Angriffe des AgrEvo Pflanzenschutzmittels "Basta" überstehen lernen. Trotz zweier Einsätze von linken Erntekommandos, die dem Unternehmen nach eigenen Angaben rund 150.000 Schaden einbrachten, werkeln die Multis fleißig weiter. Im August steht die Aussaat von Winterraps an.

Das Projekt in Schönfeld ist Resultat des sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahrens für Freilandversuche auf das Industrie und Forschung seit langem gedrängt haben und das seit 1996 EU-Gültigkeit besitzt. Ein Unternehmen (z.B. AgrEvo) stellt einen Basisantrag für einen Freilandversuch (z.B. in Gaußig bei Dresden) und beantragt nach dessen Genehmigung eine Ausweitung der Versuchsreihe (u.a. in Schönfeld). Innerhalb von 15 Tagen wird der Nachfolgeantrag geprüft (und in der Regel genehmigt), die genaue Lage des Versuchsfeldes muß nicht mehr bekanntgegeben werden.

AgrEvo

Das Pflanzenschutzunternehmen AgrEvo wurde 1994 als Gemeinschaftsunternehmen gegründet, an dem Schering mit 40% und Hoechst mit 60% beteiligt sind. Hauptsitz ist Berlin. Der Anteil am Weltmarktgeschäft mit Pflanzenschutzmittel fällt zu rund 9% auf die AgrEvo. 1996 betrug der Umsatz 3.6 Mrd. DM.

Europa ist mit einem Anteil von 45% am Gesamtumsatz größter regionaler Einzelmarkt. In Nordamerika wurden 17% des Umsatzes erzielt. 1996 übernahm AgrEvo die niederländisch-belgische Firma **Plant Genetic System** (PGC, Amsterdam).

Die PGC ist (u.a.) auf dem Markt der Pflanzen-Biotechnologie tätig und verfügt über marktreife Technologien auf den Gebieten Insektenresistenz und verbesserte Nutzpflanzenzüchtung (Hybridisierung).

Weitere Versuchsfelder in Brandenburg liegen in Burghagen bei Kleinow (dort testet der US-Multi Monsanto), sowie in Dahnsdorf dort testet seit Sept. 96 die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft Anbaumethoden sowie den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Basta.

...auch ich schreibe für und vertreibe die

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

...ein Prinzip
kann man
nicht verhaften!

Bauplan für Brandsätze ist den Buchhändlern nicht anzulasten

Freispruch vor dem Amtsgericht Berlin-Moabit / Verdeckter Ermittler hatte linke Zeitschrift „Interim“ gekauft

FR 13.8.

Von Ullrich Fichtner

BERLIN, 12. August. Der Versuch der Berliner Staatsanwaltschaft, zwei Hamburger Buchhändler wegen des Verkaufs der linksorientierten Zeitschrift *Interim* zu belangen, ist am Dienstag gescheitert. Das Amtsgericht in Berlin-Moabit sprach die beiden Beschuldigten vom Vorwurf frei, durch das Anbieten von *Interim* mittelbar zu Straftaten aufgerufen zu haben (Az.: 264 CS 381/97). Die Verteidigung beurteilte den Prozeß als „peinliche Panne der Justiz“. Er fand in Berlin und nicht in Hamburg statt, weil bei Verfahren zu Pressedelikten der Erscheinungsort des beanstandeten Mediums ausschlaggebend ist.

Ein verdeckt ermittelnder Polizeibeamter hatte im Dezember vergangenen Jahres im Laden der Angeklagten die *Interim*-Ausgabe 399 gekauft, die auf den Seiten 32 und 33 einen detaillierten Bauplan für Brandsätze enthielt. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft boten die Händler Susanne M. und Peter O. zu diesem Zeitpunkt zwei Exemplare der Heftnummer zum Kauf an. Die Bastelanleitung, die der polizeiliche Scheinaufkäufer im Innern des Heftes fand, endete mit dem Gruß: „So, das war's, viel Spaß!“.

Daraus leitete die Anklage den „hinreichenden Verdacht“ ab, daß sich die Buchhändler schuldig gemacht hätten, Schriften zu vertreiben, in denen zu Straftaten aufgefordert werde. Die Frage, ob die Beschuldigten den Inhalt des Heftes tatsächlich kannten, kennen konnten oder überhaupt hätten kennen müssen, stellte sich die Anklage offenkundig nicht. Am Prozeßtag selbst forderte sie aber schließlich selbst den Freispruch mit der Begrün-

dung, es sei nicht nachzuweisen, daß die Angeklagten um die Inhalte der *Interim*-Nummer wußten.

Dies aber war nach Ansicht der Anwälte Sven Lindemann und Sven Larsen von Beginn an klar. In ihren Plädoyers warfen sie der Staatsanwaltschaft vor, die Anklage ohne Anlaß und ohne jede Aussicht auf eine Verurteilung erhoben zu haben. Angesichts der sicheren Gewißheit eines Freispruchs sei es eine „Dreistigkeit“, mehreren Prozeßbeteiligten die Reise von Hamburg nach Berlin zugemutet zu haben. Anwalt Lindemann äußerte zudem den Verdacht, der Prozeß sei nur angestrengt worden, um künftige Verfahren rund um *Interim* rechtfertigen zu können.

Zuvor hatte der Auftritt des als Scheinaufkäufer agierenden Ermittlers Wolfgang L. für Heiterkeit im Gerichtssaal gesorgt. Bis zum Ende der nur ein-

stündigen Verhandlung herrschte Unklarheit über seine tatsächliche Identität. L. räumte ein, eine Perücke zu tragen. Auch ergab ein Vergleich seines Äußeren mit seinem Paßbild, daß er zur Tarnung offenbar eine Brille trug. Die Verteidiger verlangten deshalb eine Schriftprobe, um sicherzustellen, daß es sich bei dem Zeugen tatsächlich um den ermittelnden Polizisten handelte.

Interim, ein Mitteilungsblatt der links-autonomen und antifaschistischen Szene, wird schon seit 1988 in Berlin hergestellt und gerät seitdem immer wieder ins Fadenkreuz von Polizei und Staatsschutz. Erst im Juni inszenierte die Berliner Staatsanwaltschaft eine der größten Razzien in der Nachkriegsgeschichte der Stadt, um unter Einsatz von 800 Beamten die Herausgeber und Drucker der *Interim* zu fassen.

„Dieser Terror trifft uns alle“

Aufruf zur Sterndemo für andere Lebensformen am 30. August 1997

Schönbohm ist scheiße. Soweit sind wir uns einig. Deshalb machen wir die Demo. Daß besetzte Häuser klasse sind - als Lebensform und als sichtbarer Widerstand - beweist auch die besinnungslose Wut, mit der sie bekämpft werden. Seit dem 29. Juli gibt es nur noch 5 solcher Projekte in Berlin. Soviel zum Sommerloch.

Wir sind nicht alle

Militanter Widerstand hat für die da oben eine ungeheuerliche Breite. Nicht nur Hausbesetzungen, sondern auch Piratenradios, unkommerzielle Konzerte, Graffiti, und öffentliches Skaten werden schnell mal zu Terror erklärt. Wer soviel Bullen hörtet, will sie auch einsetzen.

Und wer von Ratten, Gesindel, Schmierfinnen, Chaoten und Gewalttätigen redet, hat nur ein Interesse: Menschliche Bedürfnisse zu verleugnen. Fuck off!

Nur Schafe brauchen Führer. Deshalb weg mit Staatsgewalt und Unterdrückung. Was sind sie denn anderes, als Federfuchser und Papiertiger. Sie stehen nicht auf der Seite des Lebens. Ihre Macht ist Todessehnsucht.

Ordnung und Sauberkeit?

Schaut Euch ihre Erfolge an, diese traurigen Hülsen, die übrig bleiben, wo ihre Ordnung herrscht:

- Marchstraße/Einsteinufer.
- Kreuzigerstr. 21,
- Niederbarnimstr. 23.
- Rigaerstr. 16.,
- Liniestr. 158/159,
- Pfarrstr. 88 ...

und wir kennen noch viel mehr. In jedem Bezirk gibt es sie, die stahl- und wachbe-

schützten, leerstehenden Steinruinen. In ihnen hausen nur noch Leerstand und Verfall. Und den lassen sich die Bonzen einiges kosten. Was können sie denn schon, diese Möchtegern-Oberen, außer der Straße ein Stück Tod zurückzugeben. Wir scheißen auf Ihre Lebensersatzkultur in Stahl und Beton. „Ihr könnt die Idee nicht rauben, die Ihr nicht erfunden habt.“ (Boxhamsters). Wir wollen menschenwürdig leben.

Entschuldigung, daß unsere Trutzbuben nicht immer die attraktive und innovative Außenwirkung entfalten konnten, die die VerfechterInnen der KomerzKonsumkontrolle (KKK) von uns erwarten.

Und wenn wir doch unserem Lebensgefühl Ausdruck verschaffen konnten, dann haben sie's nach der Räumung zerstört. Oder haben wir die Wandbemalungen an Marchstraße und Einsteinufer schon vergessen? Alles wieder grau in grau. Das ist der Grund, warum sie uns verächtlich machen. Wer keine Geschichte hat, ist nichts.

Mit schön meinen sie weiß und mit lebendig pastell. Und sie verlangen Wuchermieten. Doch mehr als eine kurze Duldung gibt's auch dafür nicht.

Wem hat's nicht weh getan, als Radio 100 erledigt wurde? Schmerzt es ein wenig, daß das KOB dicht ist? Die Mainzer Straße ist tot. Ob Radi oder Interim, es ist alles halb so schlimm? Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht! Das ist nicht abgelutscht, sondern unbequem. Mitlaufen ist nicht, Widerstand ist Leben. Es gibt keine Ruhe, sondern täglich Ausbeutung, Unterdrückung, Staatsgewalt und Elend.

Kleine Läden werden von Einkaufspassagen verdrängt. Öffentliche Parks werden verkauft.

Riesige Flächen sind plötzlich privat. Wer da nicht hin soll, fliegt raus. Und wer rausfliegt, bestimmen Bullen und andere uniformierte Büttel nach Augenschein. Betrachten wir das ganze Land, leiden darunter besonders die, die sich nicht verkleiden können.

Wir holen uns die Stadt zurück

Wir werden diese Demo machen, um unser Lebensgefühl auf die Straße zurückzubringen. Wir werden nicht akzeptieren, daß alles, was nicht ausbeutbar ist, verboten bleibt Und wir werden unsere Zeit, unsere Kreativität und unseren Bewegungsspielraum nicht von der KKK bestimmen lassen. Wir erobern unser Leben. „Es muß mehr als das hier geben.“ (But Alive).

Kein Graffiti-Verbot.

Keine Kriminalisierung von Zeitungen.

Keine Privatisierung öffentlicher Plätze.

Kein Grillverbot in Parks.

Keine Entrechtung wegen Herkunft.

Keine Zwangsanstalten.

- ♦ Das Recht auf Wohnraum und Hausbesetzungen bei Leerstand.
- ♦ Das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes
- ♦ Das Recht auf Leben ohne Ausbeutung.
- ♦ Das Recht auf freie Gesundheitsversorgung.

Es gibt keine Rechte. Wir müssen sie immer erst erkämpfen. Und wir freuen uns über alle, die sich nicht entmutigen lassen. Wir werden uns Räume zurückholen, auch um unsere Schwächen und Fehler öffentlich zu besprechen. Wir werden das Konzept Freiraum weiterentwickeln, weil wir wissen, daß darin noch nicht revolutionär gelebt werden kann.

Denn Linke sind keine besseren Menschen, wir kämpfen für ein besseres Leben.

Start der sternförmig verlaufenden Fahrradkorsos:

Südstern (Kreuzberg/Neukölln)

Traveplatz (Friedrichshagen)

Humannplatz (Prenzlauer Berg)

Beginn jeweils um 14 Uhr,

Die Hauptdemo startet vom Neptunbrunnen (Alexanderplatz)

Um 15 Uhr

Gegen Stadtzerstörung und Unterdrückung

AUFRUF ZUR BUNDESWEITEN DEMONSTRATION FÜR DEN ERHALT DES BESETZTEN HAUSES STEFFI IN KARLSRUHE

AM 22.07.1997 ÜBERREICHTE DER ANWALT DER EVANGELISCHEN STADTMISSION, KLAUS SCHROTH, UNSEREM ANWALT DIE KÜNDIGUNG FÜR DAS HAUS IN DER STEPHANIENSTRASSE 60-64, BESSER BEKANNT UNTER DEM NAMEN 'STEFFI'.

SCHON 1992 WOLLTE DIE EV. STADTMISSION UNS RÄUMEN LASSEN, DOCH DAMALS SIND WIR VOR GERICHT GEGANGEN. DER VERGLEICH DER BEI DIESEM VERFAHREN GESCHLOSSEN WURDE BESAGT, DASS WIR SOLANGE IM HAUS BLEIBEN KÖNNEN, BIS DER BAUANTRAG DER EV. STADTMISSION (HIER SOLL EIN BETREUTES WOHNEN PROJEKT ENTSTEHEN) BEWILLIGT WORDEN IST. SEIT UNSER ANWALT AM 22.07.97 (SIEHE OBEN) OFFIZIELL UNTERRICHTET WURDE, LÄUFT EINE SECHSWÖCHIGE KÜNDIGUNGSFRIST.

DAMIT SIND GRUNDSÄTZLICH ALLE JURISTISCHEN MÖGLICHKEITEN AUSGESCHÖPFT UND EINE RÄUMUNG AB DEM 3. SEPTEMBER MÖGLICH.

UND ALLE ANZEICHEN SPRECHEN DAFÜR, DASS ES DIE EV. STADTMISSION ABSOLUT ERNST MEINT.

DER BAUANTRAG WURDE JA SCHON IM MAI DIESEN JAHRES TEILGENEHMIGT. ALLE EINSPRÜCHE DER NACHBARSCHAFT GEGEN DAS BAUVORHABEN WURDEN ENTWEDER ABGESCHMETTERT ODER DIE FORDERUNGEN WURDEN ERFÜLLT. DIE ZUSCHÜSSE VOM LAND STEHEN ZUR VERFÜGUNG. EINE DÄNISCHE BAUFIRMA WURDE MIT DEN (ABRISS-)ARBEITEN BEAUFTRAGT.

UND MIT DER UNTERSTÜTZUNG DER STADT KÖNNEN SIE AUCH RECHNEN.

IM LÄNDLE SOLL AUFGERÄUMT WERDEN. VORDERGRÜNDIG SOLLEN DIE BESITZVERHÄLTNISSE WIEDER ZURECHTGERÜCKT WERDEN. ABER IM GRUNDE GEHT ES HIER UM EINE POLITISCHE FRAGE. WIR PASSEN DEN STADTVÄTERN NICHT. SIE WOLLEN DIESEN 'RECHTSFREIEN' RAUM EIN FÜR ALLEMAL VON DER BILDFLÄCHE VERSCHWINDEN LASSEN. FORDERUNGEN UNSERER SEITE, DIE STADT SOLLE DER EV. STADTMISSION EIN ERSATZGELÄNDE ZUR VERFÜGUNG STELLEN, STIESSEN AUF TAUBE OHREN. IHNEN IST NICHT DARAN GELEGEN IN IRGEND EINER WEISE EINE LÖSUNG ZU FINDEN, DIE UNSEREN ERHALT ERMÖGLICHEN KÖNNTE.

DABEI IST ES IN KARLSRUHE UND ÜBERALL WICHTIG, RÄUME ZU HABEN, IN DENEN ES MÖGLICH IST SICH POLITISCH ZU BETÄTIGEN, SICH ZU TREFFEN, UM DEN ALLGEGENWÄRTIGEN KONSUMZWANG ZU ENTGEHEN, EINEN TEIL SEINER UTOPIEN ZU LEBEN.

WIR HABEN DIE STEFFI VOR 7 JAHREN BESETZT, NACHDEM DIE EV. STADTMISSION ES 12 JAHRE LEERSTEHEN LIESS. UND IN DIESEN 7 JAHREN HABEN WIR HIER MIT UNSEREM GELD UNSERER ARBEIT UND UNSERER ZEIT EINEN ORT GESCHAFFEN, DER NICHT NUR WOHNRAUM FÜR CA. 60 MENSCHEN BIETET, SONDERN EBEN AUCH EINEN WICHTIGEN UNABHÄNGIGEN, UNKOMMERZIELLEN TREFFPUNKT MIT SOZIALER UND KULTURELLER BEDEUTUNG FÜR KARLSRUHE UND UMGEBUNG.

WIR SIND NICHT BEREIT, DAS ALLES AUFGZUGEBEN, GESCHWEIGE DENN ES KAMPFLOS AUFGZUGEBEN!

UND UM DAS ZU ZEIGEN WERDEN WIR AM SAMSTAG, 30.08. EINE BUNDESWEITE DEMONSTRATION MIT LIVEMUSIK UND DJ'S IN KARLSRUHE MACHEN, FÜR DIE WIR EURE UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN.

DER PHANTASIE SOLLEN KEINE GRENZEN GESETZT SEIN; JE MEHR, JE BUNTER, JE LAUTER, JE ENTSCHLOSSENER, DESTO BESSER!!

AUSSERDEM WOLLEN WIR ALLE MENSCHEN, DIE LUST HABEN, EINLADEN, NACH DER DEMO BEI UNS IM HAUS ZU BLEIBEN, SO LANGE SIE WOLLEN, MIT UNS ZUSAMMEN WEITERE AKTIONEN ZU MACHEN UND UNS ZU HELFEN!!

RÜCKNAHME DER KÜNDIGUNG UND DES RÄUMUNGSTITELS! ERSATZGELÄNDE FÜR DIE EV STADTMISSION STEFFI BLEIBT!!

**BUNDESWEITE DEMONSTRATION FÜR DEN ERHALT DER STEFFI UND ALLER
BESETZTEN HÄUSER
SAMSTAG 30.08. 12 UHR EUROPAPLATZ, KARLSRUHE**

UNTERSTÜTZERINNEN: Karlsruhe: Antifa Ka; Cielito; Z-Movies; Filmwerkstatt Ka; Buchladen Kassiopea; Spielunke; Inyaface; Szene Aktuell; Basislager; UStA; Copie Fischer; Polit-Infoedaktion im Querkfunk; Wagenburg Karlsruhe; Rivalinnen aus Leidenschaft & die Sex Beatles; Anti-repressionsgruppe; Antifa Café; Mumia Abu Jamal Soligruppe; Spunk Freiburg; KTS; Radio Dreyeckland Gruppe Punx gegen Langeweile Köln; der andere Buchladen; Stadt Revue, Stadtillustrierte; Soli-Fonds demokratische Medien in der Welt e.V.; Tonträger schwarze Sieben Bremen; Soligruppe 13.06.; Krass (Café für Schwule und Lesben); Sound Squad; Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen; Infoladen Umschlagplatz; ZAK; Vorstand der Jugendinitiative Sielwallhaus; Kassiber (Stadtzeitschrift für Politik und Alltag & Revolution); Schlampenkneipe Frankfurt; Au; Eintracht Fanclub Schwarzer Geier; BAFF; Café Exzess; Infoladen Frankfurt; Wohnprojekt Fritzlarerstrasse Wiesbaden; Café Klatsch Oldenburg; Crash Hour Oberhausen; Konzertgruppe Virus Rendsburg; Gegengift (Zeitung); Kommunikationszentrum T-Stube e.V.; Graue Zellen Flensburg; Kultur- und Kommunikationszentrum Volksbad; Wohnprojekt Hafermarkt; Frauenwohnkollektiv Villa; Bauwagenplatz Octopus Garden; Konzertgruppe HC 159; FAU; Zack Ahoi Husum; Soziokulturelles Kultur- und Kommunikationszentrum Speicher e.V.; Lund Castle Care Records; Fucking People Records Berlin; Humanistisches Nachbarschaftszentrum 180°; Prenzelberger Ansichten; Planet (Zeitung); OIM e.V.; Köpi 137; Kreuzdorf e.V.; Verein für Lebensfreude; Till-Eulenspiegel-Gruppe; Humanistisches Zentrum der Kulturen Stuttgart; Autonome Gruppe 1.Mai Hamburg; SteffiFreundInnen Hamburg

Her mit dem ganzen Reichtum - Sekt für Alle

oder etwas differenzierter ausgedrückt

Die Wirtschaft muß der gesamten Gesellschaft ein lebenswertes Leben ermöglichen und nicht die Gesellschaft der Wirtschaft einen rentablen Profit

Auf eine Gelegenheit, dies und anderes den Reichen in diesem Land direkt ins Gesicht sagen zu können, haben wir lange gewartet. Am **Mittwoch, den 27. August, um 11.00 Uhr**, scheint sich nun die Gelegenheit mitten in Berlin zu bieten. Zur Grundsteinlegung der neuen, gemeinsamen Lobbyzentrale der drei deutschen Wirtschaftsverbände BDI, BDA und DIHT an der Ecke Breite Straße zur (verlängerten) Leipziger Straße werden nahezu alle erwartet, die in der Wirtschaft Rang und Namen haben. Aus der „politischen Klasse“ werden Helmut Kohl und Eberhard Diepgen mit dabei sein. Dort wollen sie große Reden schwingen, ihren eigenen Wohlstand und Erfolge der letzten Jahre abfeiern und weitere Einsparungen bei den Sozialleistungen und Lohnverzicht von den abhängig Beschäftigten fordern. Die in den letzten Jahren von ihnen durchgezogene Politik der Umverteilung von unten nach oben soll weiter fortgesetzt werden.

Wer sind BDI, BDA, DIHT?

Der **BDI**, Bundesverband der Industrie e.V., ist die bundesweite Dachorganisation von 35 Wirtschaftsverbänden wie der Verband der Automobilindustrie e.V. oder der Verband der Chemischen Industrie e.V., die ca. 80.000 Betriebe repräsentiert. Präsident ist seit Januar 1995 der aus dem Stall von IBM Deutschland kommende Hans-Olaf Henkel. 1989 setzte er als erster im IBM-Werk Böblingen die Sonntagsarbeit durch. Auch sonst versuchte er bei IBM, eine Flexibilisierung und Verlängerung der Arbeitszeit sowie eine „leistungsorientierte Bezahlung“ durchzusetzen. Zu den Sozialleistungen in Deutschland äußerte er sich „kritisch“ (laut Munzinger-Archiv).

Der **BDA**, der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände, sieht sich als „Arbeitsgemeinschaft der sozialpolitischen Organisationen der Arbeitgeber zur Wahrung ihrer gemeinschaftlichen sozialpolitischen Belange“. Präsident ist seit März 1996 der Besitzer eines Autoindustrielieferbetriebs Dieter Hundt. Wiederholt hat er sich gegen „Wildwuchs bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“ geäußert, gilt aber für das Munzinger-Archiv immer noch als einer der „Gemäßigten im Arbeitgeberlager“. „Eine Stunde mehr Arbeit pro Tag“ findet er ohne weiteres zumutbar und auch für Azubis sollte „die Arbeitszeit verlängert und die Vergütung gekürzt werden“ (FAZ vom 27.7.96).

Der **DIHT**, der Deutsche Industrie und Handelstag, sieht sich als „Spitzenorganisation der regionalen Industrie- und Handelskammern zur Vertretung der Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft gegenüber allen Bundesinstanzen und zur Förderung der Zusammenarbeit der Kammern“. Vorsitzender ist der Motorsägenfabrikant Hans-Peter Stihl, der wiederholt die hohen Lohnkosten geißelt und selbst von bürgerlichen Kreisen als „scharfzüngiger und konsequenter Lobbyist der Industrie“ bezeichnet wird.

Zwischen den drei Organisationen gibt es ab und zu auch Auseinandersetzungen über das taktische Vorgehen. Diese brachen zum Beispiel auf, als die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall selbst in den großen Kernbetrieben der Industrie von den ArbeiterInnen mit unkontrollierten Streiks beantwortet wurde. Dabei geht es vor allem darum, bis zu welchem Grad die Einbindung und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aufgekündigt werden kann und sollte.

An diesem Tag werden sich die widersprüchlichen Interessen dieser Gesellschaft endlich einmal direkt gegenüber stehen können. Alle, die schon immer mal wissen wollten, wer die Millionäre sind, die sich ihren privaten Reichtum mit öffentlicher Armut und einer Verarmung der Lohnabhängigen bezahlen lassen, sind herzlich eingeladen, sich die „Herrschaften“ mal aus der Nähe anzuschauen. Die vielen TellerwäscherInnen könnten direkt auf die wenigen Millionäre treffen.

Konkret werden sich die Antworten finden auf die Fragen:

Wer kann sich seinen Mercedes voll als Dienstwagen von der Steuer abschreiben, während andere, die immer mehr werden, die 119.-DM für eine Umweltkarte bei der BVG nicht mehr aufbringen können?

Wer kann locker mal 12.000.-DM Jahresbeitrag für seinen Golfclub hinblättern (voll steuerabzugsfähig) und wer weis nicht mehr, wie er/sie die 345.-DM für den Kita-Platz ihres/seines Kindes finanzieren soll?

Wer verdient ohne mit der Winper zu zucken eine Million Mark oder mehr im Jahr und wer soll diesen Reichtum zu immer schlechteren Bedingungen (nur als Beispiel: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) erarbeiten?

Wer schließt hier wen aus der Gesellschaft aus? Wer entscheidet, wie die Innenstadt gestaltet wird? Die Vielen, die dort wohnen, oder die Wenigen, die ihre Profitinteressen verwirklichen wollen?

Wer fliegt mit aller Selbstverständlichkeit mal kurz über's Wochenende in die letzten Winkel der Erde und verwehrt gleichzeitig den Menschen von dort, hier in die BRD einzureisen?

Wir aber werden ihnen die Gegenrechnung für die Umverteilung der letzten Jahre aufmachen, und hoffentlich laut genug, daß sie es nicht überhören können, entgegenhalten:

Für eine an alle ohne Gegenleistung auszuzahlende Grundsicherung von mindestens 1.500.-DM plus Miete. Sie muß mindestens ein Drittel des höchsten Einkommens betragen.* Für eine Steuerrevolution!

5.000.-DM Einkommen pro Monat mehr als genug!

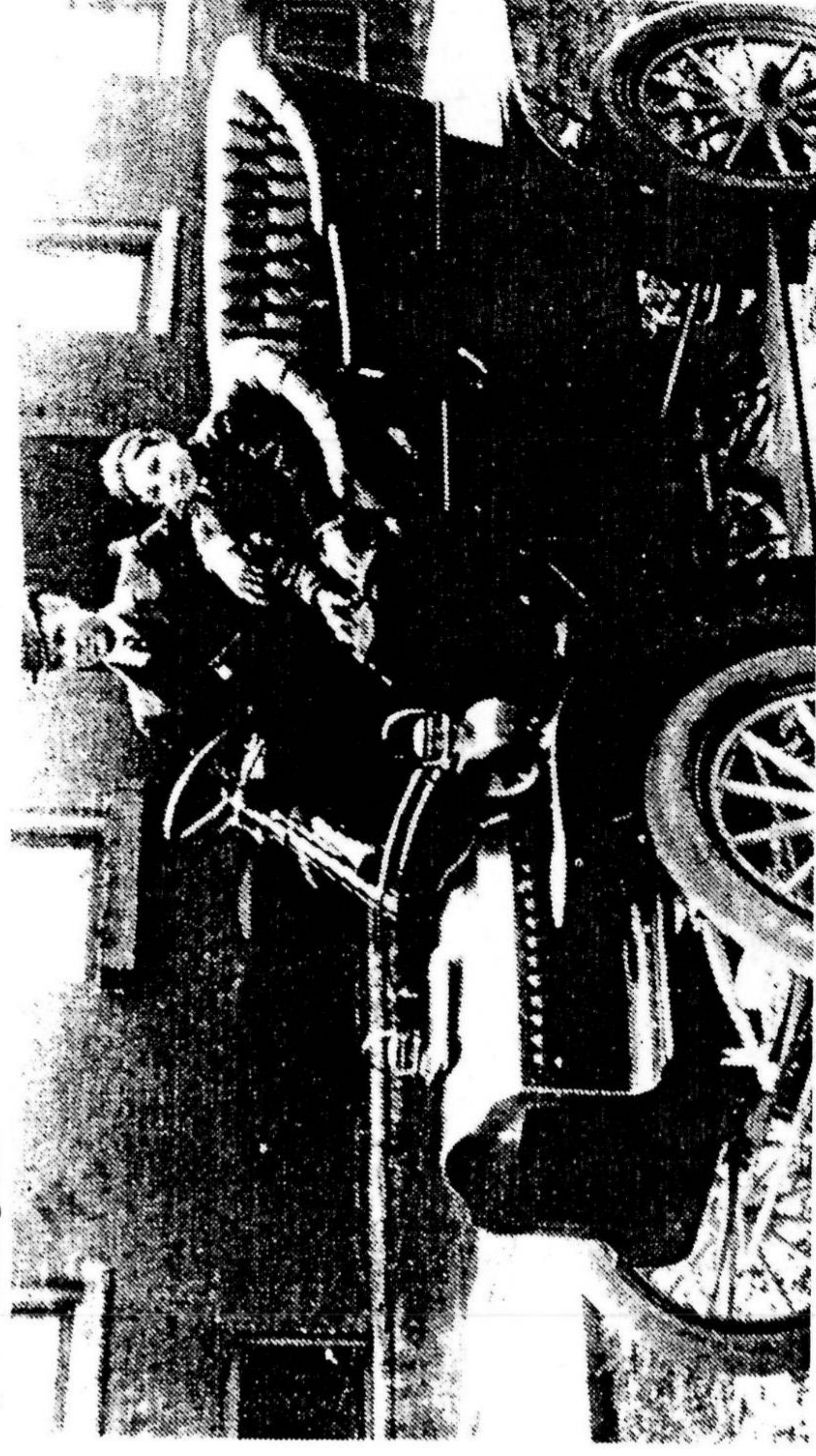
Sofortige Enteignung des ganzen, aus niedrigen Beweggründen (d.h. nicht zur gewöhnlichen Bedarfsdeckung) angehäuften Reichtums und Umverteilung an Flüchtlinge, Arbeitslose, SozialhilfsempfängerInnen und das ganze „untere Drittel“

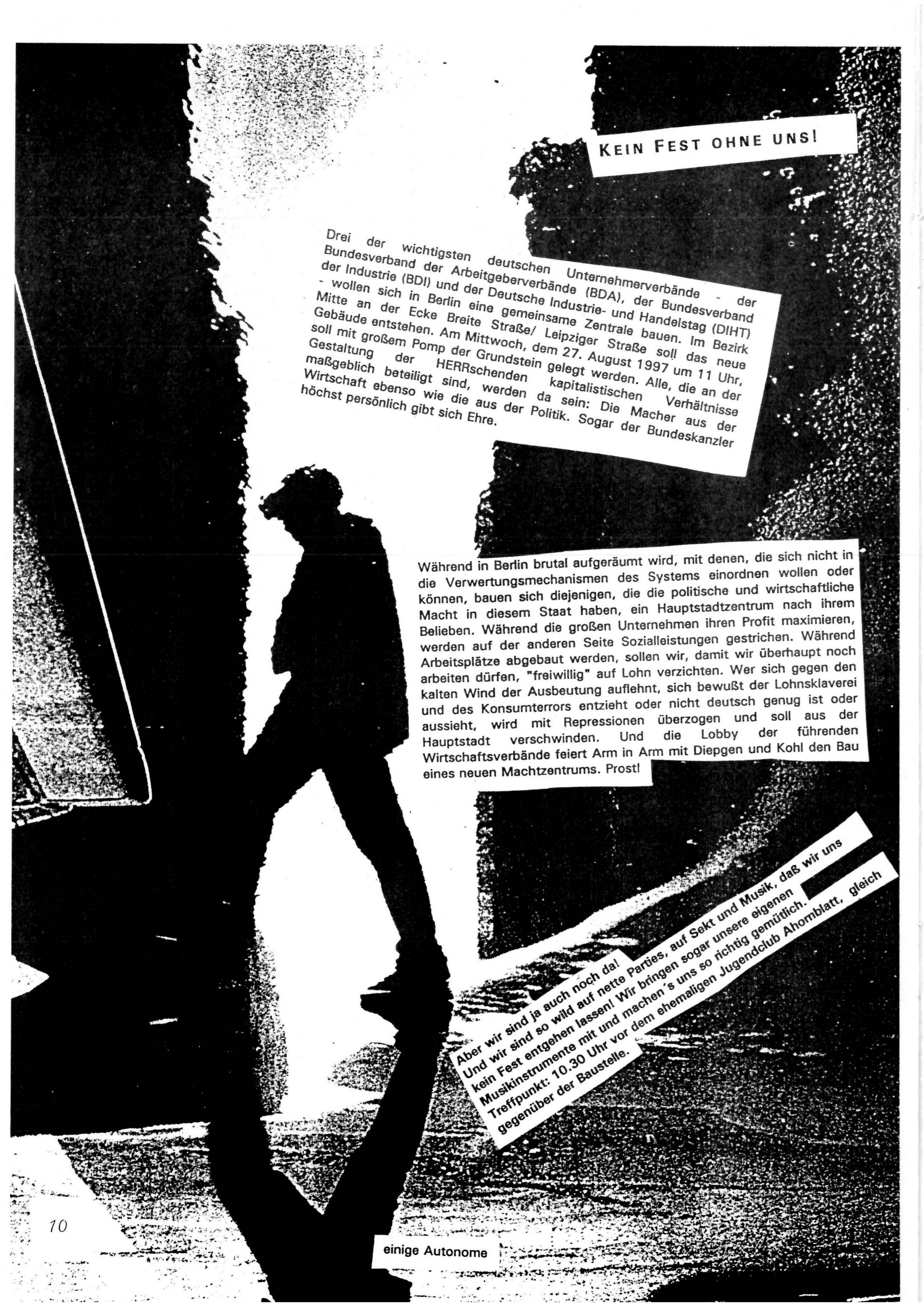
Wir laden euch alle ein, gemeinsam mit uns euren Protest und Widerstand gegen diese Versammlung auszudrücken. Der Vorschlag für einen Treffpunkt ist ab 10.30 Uhr vor dem gegenüberliegenden „Ahornblatt“, einen leerstehenden ehemaligen Jugendclub (U-Bahnhof „Märkisches Museum“). Wie wäre es, wenn die Reichen als erste kleine Spende die sofortige Instandsetzung des „Ahornblattes“ bezahlen würden?

Fels & B 259 werden in Form einer kleinen Kundgebung vor dem „Ahornblatt“ Elemente aus ihrer Bonzenparade von den Innenstadttagen wiederholen.

Menschen aus, in, bei und am Rande von autonomen Zusammenhängen
Berlin, Mitte August 1997

*Umgedreht haben die Herrschenden kein Problem damit, in einen neuen Gesetz, einen Mindestabstand der Sozialhilfe zum niedrigsten Einkommen festschreiben zu wollen, das sogenannte „Lohnabstandsgebot“.





KEIN FEST OHNE UNS!

Drei der wichtigsten deutschen Unternehmerverbände - der Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) - wollen sich in Berlin eine gemeinsame Zentrale bauen. Im Bezirk Mitte an der Ecke Breite Straße/ Leipziger Straße soll das neue Gebäude entstehen. Am Mittwoch, dem 27. August 1997 um 11 Uhr, soll mit großem Pomp der Grundstein gelegt werden. Alle, die an der Gestaltung der HERRschenden kapitalistischen Verhältnisse maßgeblich beteiligt sind, werden da sein: Die Macher aus der Wirtschaft ebenso wie die aus der Politik. Sogar der Bundeskanzler höchst persönlich gibt sich Ehre.

Während in Berlin brutal aufgeräumt wird, mit denen, die sich nicht in die Verwertungsmechanismen des Systems einordnen wollen oder können, bauen sich diejenigen, die die politische und wirtschaftliche Macht in diesem Staat haben, ein Hauptstadtzentrum nach ihrem Belieben. Während die großen Unternehmen ihren Profit maximieren, werden auf der anderen Seite Sozialleistungen gestrichen. Während Arbeitsplätze abgebaut werden, sollen wir, damit wir überhaupt noch arbeiten dürfen, "freiwillig" auf Lohn verzichten. Wer sich gegen den kalten Wind der Ausbeutung auflehnt, sich bewußt der Lohnsklaverei und des Konsumterrors entzieht oder nicht deutsch genug ist oder aussieht, wird mit Repressionen überzogen und soll aus der Hauptstadt verschwinden. Und die Lobby der führenden Wirtschaftsverbände feiert Arm in Arm mit Diepgen und Kohl den Bau eines neuen Machtzentrums. Prost!

Aber wir sind ja auch noch da!
Und wir sind so wild auf nette Parties, auf Sekt und Musik, daß wir uns kein Fest entgehen lassen! Wir bringen sogar unsere eigenen Musikinstrumente mit und machen's uns so richtig gemütlich.
Treffpunkt: 10.30 Uhr vor dem ehemaligen Jugendclub Ahornblatt, gleich gegenüber der Baustelle.

einige Autonome

Es reicht! Es reicht schon lange!

gegen
rassistische
Polizeigewalt

Beleidigungen
Ständige Kontrollen
Festnahmen
Aufenthaltsverbote
Razzien
Schläge
Tritte
Brechmittel

Freitag
19.09.
Hauptbahnhof
Bremen
17 Uhr
Schluß mit dem Polizeiterror!



Details, zurückgewiesen. Dem ARAB und den RechtsanwältInnen wurde eine Nähe zur "Drogenmafia" unterstellt. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mobilisierte zu einer Gegenkundgebung auf dem Bremer Marktplatz, um den "Linksextremisten, die den Rechtsstaat herausfordern" das Handwerk zu legen. Dabei diffamierte der Bremer GdP-Chef Schulz jene Betroffenen, die sich an die Öffentlichkeit gewandt hatten, als Lügner und schlechte "Schauspieler". Polizeibeamte jammernten öffentlichkeitswirksam über harte Arbeitsbedingungen, ausufernde Kriminalität und eine zunehmend gewalttätige Klientel, der man kaum mehr gewachsen sei.

In einem regelrechten Propagandafeldzug wurde die Polizei zum Opfer stilisiert. Die wahren Täter waren demnach nicht prügeln Polizisten, sondern skrupellose "ausländische Kriminelle". Die Diskussion um rassistische Polizeigewalt wurde umgedreht und in den Zusammenhang der seit Jahren tobenden Debatte um die sog. "Ausländerkriminalität" gestellt. Die Betonung einer angeblich erhöhten Kriminalitätsneigung von "Ausländern", ihre angeblich besonders hohe Gefährlichkeit und Brutalität ist dabei seit langem ein Lieblingsthema der law-and-order Fraktion. Während politische Demagogen vom Schläge der Herren Borttscheller, Kanther und Schröder nach wie vor nicht in der Lage sind, zu erklären, was der Begriff der sog. "Organisierten Kriminalität" eigentlich bedeuten soll, wiederholen sie gebetsmühlenartig, daß "Organisierte Kriminalität" eine Domäne von "Ausländern" sei. Ihnen werden ganze Kriminalitätsbereiche zugeordnet, sie werden verantwortlich gemacht für ein diffuses Gefühl zunehmender "Bedrohung". Hartes und brutales Vorgehen der Polizei wird nicht nur geduldet, es wird gefordert.

Anhand einfachster Kriterien wie Alter, Aussehen und Herkunft überzieht die Polizei ganze Gruppen von Menschen mit einem Dauerterror. Die Hautfarbe bestimmt den Verdacht. Je "ausländischer" eine Person zu sein scheint, je unsicherer ihr rechtlicher Status ist, desto mehr ist sie systematischer Schikane ausgesetzt. Das beginnt mit ständigen Personalienkontrollen, Festnahmen, Razzien in Flüchtlingsunterkünften und Diskotheken, die bevorzugt von Nichtdeutschen besucht werden.

Der Schritt zu Beleidigungen, Schikanen auf der Wache und schließlich zu Prügeln und regelrechten Folterpraktiken ist dann meist nicht mehr weit. Auch wenn dies von PolitikerInnen und Polizeiführern immer wieder geleugnet wird: Es ist eine Alltagserfahrung von vielen Menschen, die keinen deutschen Paß besitzen oder "ausländisch" aussehen, daß sie häufig, zum Teil sogar permanent, von der Polizei schikaniert und drangsaliert werden. Das hat mit Kriminalitätsbekämpfung nichts, mit Rassismus aber sehr viel zu tun.

Besonders deutlich wird dies an der pauschalen Klassifizierung von Schwarzen als "Drogendealern". Abgesichert durch den Kurs der Bremer Innenministeren van Nispen (von 1991 bis 1995) und Borttscheller, ermutigt von der breiten politischen Rückendeckung durch SPD, CDU, FDP, DIE GRÜNEN, hat die polizeiliche Praxis gegenüber Schwarzen inzwischen immer weitreichendere Ausmaße angenommen. Platzverweise und Gebietsverbote treffen Afrikaner allein deshalb, weil sie sich in den "falschen Gebieten" der Stadt aufhalten. Eine Politik der NO-GO-AREAS hat Einzug gehalten: Schwarzen wird der Aufenthalt im Ostertor, Steintor, Am Dobben und am Hauptbahnhof untersagt, weil sie dort Drogengeschäfte tätigen würden. Willkürliche Festnahmen, das Verschleppen zur Wache - wo sich die Betroffenen regelmäßig nackt ausziehen müssen - und die Vergabe von Brechmitteln gehören zum Standard. Rund 600 Mal ist das Brechmittel Ipecacuanha zwischen 1992 und 1997 verabreicht worden - fast ausschließlich an Afrikaner. Offiziell sollen damit verschluckte Drogenpackchen durch Auskotzen sichergestellt werden. In Wahrheit handelt es sich um ein Instrument mit dessen Hilfe die Betroffenen in unglaublicher Weise gequält werden. Wer das Zeug nicht "freiwillig" schluckt, bekommt es per Nasensonde zwangseingefloßt - sofern Drohungen, Fesselungen und Schläge als Zwangsmaßnahmen nicht ausreichen. Das ist rassistische Realität 1997.

Es ist eine Tatsache, daß bei allein 400 Anwendungen zwischen 1992 und August 1994 in 200 Fällen keine Drogenpackchen gefunden wurden. Noch deutlicher kann kaum werden, wie "großzügig" Bremer Polizeibeamte mit ihrem Handwerkszeug zur Sache kommen. Es ist eine Tatsache, daß die polizeiliche Brechmittelvergabe laut amnesty international (ai) eine "grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung" darstellt und daß sie zu 90 % gegen Schwarze zum Einsatz kommt. Es ist eine Tatsache, daß sie gesundheitsschädlich ist, daß mehrmals Notärzte Gegenmittel gegen unstillbares Erbrechen spritzen mußten, daß Betroffene danach tagelang im Krankenhaus lagen. Und es ist eine Tatsache, daß der Bremer Senat an dieser Prozedur festhält, obwohl das Oberlandesgericht Frankfurt zu dem Schluß gelangt ist, daß "die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln nicht von der Strafprozeßordnung gedeckt" und somit rechtswidrig ist.

Das ARAB hat seit 1992 den rassistischen Terror der Polizei öffentlich gemacht. Es sind rassistische Fahndungs- und Kriminalisierungsmethoden der Polizei, die trotz detaillierter Kritik, trotz einer Reihe von Strafanzeigen Betroffener, trotz der breiten öffentlichen Diskussion fortgesetzt werden. Anstatt diese Praktiken einzustellen, anstatt die daran teilhabenden Ärzte und Polizeibeamten zu suspendieren, wird versucht, KritikerInnen und Betroffene durch Diffamierung und Kriminalisierung einzuschüchtern. Ein junger Afrikaner, der 1996 Mißhandlungen im Zuge einer Brechmittelvergabe öffentlich gemacht hatte, bekam im Juni 1997 erneut Brechmittel verabreicht. Diesmal mit der Erläuterung durch den Arzt, daß er "im vergangenen Jahr viel Scheiße gebaut" hätte. Dem ARAB wurden vier Strafverfahren wegen "Volksverhetzung" an den Hals gehängt, inclusive mehrerer Hausdurchsuchungen und der 14-monatigen Beschlagnahme der Dokumentation "Polizisten, die zum Brechen reizen" - während die Polizei mit der entsprechenden politischen Rückendeckung weitermachen kann, wie bisher.

Wenn Pressekonferenzen, Strafanzeigen, detaillierte Kritik in Form von Mißhandlungsprotokollen, Dokumentationen, ärztlichen und juristischen Gutachten, wenn Stellungnahmen von amnesty international (ai), wenn Urteile eines OLG Frankfurt an dieser unmenschlichen und rassistischen Praxis der Bremer Polizei nichts ändern können, dann ist der Zeitpunkt gekommen, auf anderen Wegen Solidarität mit den Betroffenen zu demonstrieren! Dann ist der Zeitpunkt gekommen, gemeinsam gegen diese Politik des Rassismus, der Ausgrenzung und der Ungerechtigkeit auf die Straße zu gehen!

Für eine lautstarke, große, breite und entschlossene DEMONSTRATION gegen rassistische Polizeigewalt!

**Freitag, 19. September 1997
17 Uhr Hauptbahnhof Bremen**

Linksradikales Bündnis 3. Oktober
c/o Infoladen Moskito
Alte Berghemerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: 06221/22652
E-Mail: Autonome-Antifa-HD@Link-Ma.cl.sub.de.

Heidelberg, 30.07.1997

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

Wie vielleicht schon bei euch bekannt ist, finden die diesjährigen zentralen Feierlichkeiten der Herrschenden zum 3. Oktober in Stuttgart statt. Das ist für uns Anlass dort unseren Protest gegen ihre Politik auf die Straße zu tragen, und zwar in Form einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto: „Gegen Großmachtpolitik, Sozialabbau und politische Repression - Den nationalen Konsens sprengen!“. Der Aufruf liegt bei. Getragen wird die Demo von zwei verschiedenen Bündnissen: Zum einen von der „Antifaschistischen Sozialkonferenz“ (mobilisiert mit eigenem Aufruf), bestehend aus VVN/BdA Baden - Württemberg, einzelnen Gewerkschaftsvertreterinnen und weiteren Einzelpersonen und dem „Linksradikalen Bündnis 3. Oktober“, bestehend aus folgenden Gruppen und Organisationen: *Antifa A² Stuttgart, Antifa Backnang, Antifaschistische Jugend Aktion Heidelberg, Autonome Antifaschistische Koordination Rhein - Mosel/Koblenz, Autonome Antifa Heidelberg, Autonome Gruppe 1. Mai Stuttgart, Bojsevik Partizan Stuttgart, Gruppe Land unter Stuttgart, Ökologische Linke München, Ökologische Linke Stuttgart/Schwäbisch - Gmünd (Ökologische Linke mobilisiert mit eigenem Aufruf), sowie einige Einzelpersonen.*

Die Demo wird eine Route durch die Stuttgarter Innenstadt laufen, in der an diesem Tag ein riesiges Spektakel von den Herrschenden organisiert wird (siehe beiliegenden Zeitungsartikel). Es wird einen „revolutionären Block“ geben, der vom „Linksradikalen Bündnis 3. Oktober“ organisiert wird. Treffpunkt für die Demo ist 3.10.97, 12.00 Uhr auf dem Friedrichsplatz in Stuttgart. Am 20.9.1997, 16.00 Uhr wird in Stuttgart ein bundesweites Vorbereitungstreffen stattfinden (Zentralkultur, Pfarrstraße 7, Stuttgart), am 2.10 um 22.00 Uhr noch mal ein Delegiertenplenum für Vertreterinnen der Städte, Gruppen und Organisationen. Da wir auf keinen Fall wollen, daß es wie schon so oft einen desolaten revolutionären Block gibt, bitten wir um rege Beteiligung am Vorbereitungstreffen am 20.9. (Schlafplätze werden in Stuttgart gestellt).

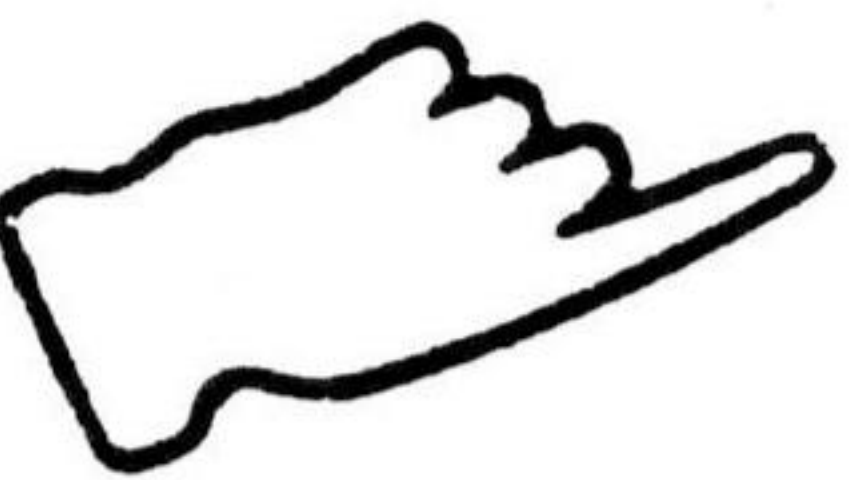
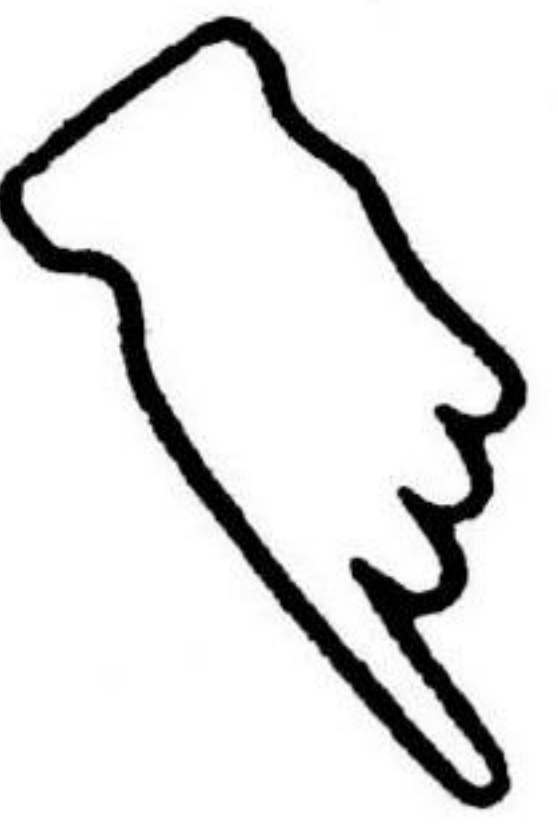
Teilt uns bitte mit ob eure Gruppe oder Organisation unseren Aufruf und/oder die Demo unterstützen will, bitte per Brief oder Fax bis spätestens 10.8.1997 an oben stehende Adresse. Dort können auch Flugblätter und Plakate (Stück 0,30 DM pro Stück) bestellt werden (Geld auf das unten stehende Konto überweisen, von wem und Verwendungszweck nicht vergessen). Wir sind zur Finanzierung dringend auf Spenden angewiesen, sammelt Geld, macht Soli-Parties, etc.!!!

Es wird dann noch mal einen Rundbrief von uns geben, in dem der neuste Stand der Dinge mitgeteilt wird, u.a. genauere Infos zu dem großzügigen Angebot von Deutsche Bahn AG und Lufthansa Demonstrantinnen zu günstigen Fahrpreisen nach Stuttgart zu befördern (siehe Zeitungsartikel).

Beteiligt euch am revolutionären Block am 3. Oktober in Stuttgart!

Viele Grüße,
Autonome Antifa HD für das Linksradikale Bündnis 3. Oktober
P.S.: Bitte gebt den Brief auch an andere linke Gruppen weiter.

Spendenkonto:
Gegendruck e.V., Stichwort: 3.10, Heidelberger Volksbank, Nr. 211 522 00, BLZ 672 900 00



Gegen Großmachtpolitik, Sozialabbau und politische Repression -
Den nationalen Konsens sprengen!

Am 3. Oktober 1997 jährt sich zum siebten Mal der Jahrestag der Einverleibung der DDR, die sogenannte Wiedervereinigung. An diesem 3.10.1997 feiern Politiker, Bonzen und Banker in Stuttgart ihre Erfolge der letzten Jahre.

Diese Erfolgslanz kann sich, zumindest aus der Sicht der Herrschenden, durchaus sehen lassen.

Das neue, größere Deutschland ist ökonomisch wie politisch unangefochtene Führungsmacht bei der Formierung des europäischen Machtblocks für den weltweiten Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte. Und auch militärisch kann und will die BRD weltweit mitreden. Was mit blaubeinhalten Friedensmissionen in Somalia begann, führt das neue deutsche "Kommando Spezialkräfte" (KSK) in Rambo-Manier unter grünem Barett vorerst einmal auf dem Flughafen von Tirana vor. Gebt dafür wird im malerischen Schwarzwaldstädtchen Calw, möglicherweise den Auftrag der Bundeswehr, wie er in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" bereits 1992 von der Hardthöhe formuliert wurde, in die Tat umzusetzen. Dieser künftige Kampfauftrag fordert "den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" zu sichern, und ist somit nur die konsequente Fortsetzung einer expansionistischen und imperialistischen Politik mit anderen Mitteln, wie sie die BRD bei der Zerschlagung Jugoslawiens und der ökonomischen und politischen Vereinahmung der osteuropäischen Länder bereits erfolgreich betrieben hat.

Aber auch die innenpolitischen Erfolge sind durchaus eindrucksvoll. Der Sozialstaat, der mehr als 30 Jahre lang einen gebändigten Kapitalismus zum Beweis westlicher Systemüberlegenheit vorgakelte, wurde und wird monatlich "umgebaut" und abgebaut, an seine Stelle sollen "Eigenverantwortung" bzw. der Verzicht auf "Eigenmutz" treten. Den "eigenmutzigen" Zielen der Menschen, wie Altersversorgung nach jahrzehntelanger Maloche, medizinischer Versorgung angesichts einer krankmachenden Arbeits- und Umwelt sowie einer sozialen Existenzsicherung angesichts einer täglich brutaler werdenden kapitalistischen "Wolfsgeellschaft", werden nun die hehnen Ziele des "Gemeinnutz" gegenübergestellt, das Opfer bringen des/der Einzelnen ist gefordert.

Die Segnungen der Marktwirtschaft sowie die gezähmten Bedingungen kapitalistischer Verwertung der letzten Jahrzehnte werden heute auf dem Altar eines neoliberalistischen, globalen "Systemieges" geopfert, was vor allem eines zeigt: Die angeblichen "Auswüchse" kapitalistischer Gesellschaften wie Massenarbeitslosigkeit und Massenelend, fehlende medizinische Versorgung, Obdachlosigkeit, Ausgrenzung sowie die brutale Konkurrenz des "Jeder gegen jeden" waren und sind nach wie vor die normalen Geschäftsbedingungen der kapitalistischen "one world".

Aber zurück zur Erfolgslanz! Was auf der Soll-Seite der LohnarbeiterInnen, Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen und Kranken verbucht wurde, findet seinen satten Niederschlag auf der Haben-Seite der Konzerne, Aktienbesitzer und Banken.

Den von 1991 bis 1996 um 5% gesunkenen Realloöhnen steht ein Gewinnzuwachs von mehr als 25% bei den Nettogewinnen der Konzerne gegenüber und die Aktienkurse erreichen ständig neue Rekordhöhen. Einem steigenden, gesellschaftlich produzierten Reichtum steht so eine immer größer werdende Verarmung von Teilen der Gesellschaft gegenüber.

Gab es früher noch Arbeits- und Verwertungsbedingungen, die den Menschen nicht zuzumuten waren, so gibt es mittlerweile nur noch Bedingungen, die für das Kapital nicht zumutbar sind.

"Alles für den Standort Deutschland und seine Konkurrenzfähigkeit", lautet denn auch der nationalstische Schlachtruf von CDU über SPD bis zu den Grünen. Und auch die Gewerkschaften wollen da nicht abseits stehen, obwohl der Unfug von der Sicherung der Arbeitsplätze bei Erhalt der Konkurrenzfähigkeit von der realen Entwicklung offen gelegt wird.

Anstatt die Abwehrkämpfe der ArbeiterInnen und Angestellten gegen die Angriffe von Staat und Kapital zu organisieren, bemüht sich der DGB um die Rolle des aktiven Mitgestalters bei der Senkung von Renten, -ohnebenkosten etc.. Dabei fügt er sich, ebenso wie verschiedene Einzelgewerkschaften, in die von allen eilen neu beschworene "nationale Gemeinschaft" ein, die unabhängig von der sozialen Stellung in der Gesellschaft die "blutsdeutschen" Staatsangehörigen umfaßt. Diese Gemeinschaft, die auch unter der häßlichen "Fratze von Volk" und "Nation" firmiert, ist mehr als ein besonders raffiniertes Propagandastück der Herrschenden zur Sicherung des sozialen Friedens und der Überbrückung von Klassenschranken. Dieser breite "nationale Konsens" besitzt eine lange Tradition. Er war verantwortlich für die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten des 1. Weltkriegs ebenso wie für die Niederschlagung der Novemberrevolution. Er war entscheidende Ursache für die erfolgreiche Machtübergabe an die Nazis und verantwortlich für die nie stattgefundene Aufarbeitung des Faschismus. In der jüngeren Geschichte steht der "nationale Konsens" für die Morde von Stammheim, den "deutschen Herbst" sowie für die verstärkte

Rechtsentwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Mit den Pogromen von Rostock, Hoyerswerda und Mannheim-Schönaich und der darauffolgenden Abschaffung des Asylrechts wurde das Bündnis von "Elite und Mob" erneute Wirklichkeit. In dieser Entwicklungslinie steht der Aufmarsch von 6000 Nazis in München in Übereinstimmung mit der CSU gegen die Wehrmachtsausstellung. Die bürgerliche Gesellschaft diskutiert neuerdings wieder ungeniert entlang der für den kapitalistischen Verwertungsprozeß gültigen Maßstäben. So z. B. beim Wissenschaftskongreß in Heidelberg, bei dem in wieder offen über Euthanasie debattiert wurde. In der gleichen Entwicklung ist der neue Trend in der Sozialhygiene zu sehen, mit der die Säuberung der Innenstädte von Obdachlosen und Junkies und alle anderen die nicht in das Bild der sauberen Cities passen. Die kapitalistische Barbarei wird als reinen Reflex unterschiedliche Varianten antikapitalistischen Widerstands hervorbringen und stärken. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird sich allerdings nur erkämpfen lassen, wenn zum einen als zentraler Kern das kapitalistische Wirtschaftssystem und zum anderen seine zentralen Elemente wie "Nation" und "Patriarchat" angegriffen und zerschlagen werden. Die Erkämpfung einer solchen klassen- und staatenlosen Gesellschaft ist die einzige Alternative zur kapitalistischen Barbarei, sie ist die konkrete Utopie, an der sich unser politischer Kampf orientieren muß. Diese zukünftige Gesellschaftsformation unterscheidet sich von allen bisherigen realsozialistischen Gesellschaften und ist dennoch nicht geschichtslos. Sie steht kritisch aber dennoch in einer Entwicklungslinie, in der die Pariser Commune, die Oktober Revolution, die chinesische Revolution, die Spanische Republik, sowie die kubanische Revolution herausragende Etappen darstellen. Unser Kampf steht für eine internationalistische Perspektive einer weltweiten klassen- und staatenlosen Gesellschaft. Den Weg dahin nennen wir Revolution. Er ist der einzige, der nicht in den Abgrund kapitalistischer Barbarei führt.

Für einen starken revolutionären Block auf der Demo am 3.10.1997!



Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober wird zur Großveranstaltung in der City

Doch noch Popkonzert auf dem Schloßplatz

Zum Bürgerfest mit Programm auf vier Bühnen und in Themenpavillons werden 500 000 Besucher erwartet

Auf dem Schloßplatz wird in diesem Jahr doch noch ein großes Popkonzert über die Bühne gehen. Zum Abschluß des Bürgerfestes am siebten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, dem 3. Oktober, sollen auf der Bühne im Innenhof des Neuen Schlosses zumindest drei international bekannte Gruppen auftreten. Ein Sprecher der Landesregierung sagte gestern auf Anfrage, darunter sei ein „Top act“, Phil Collins werde es leider nicht sein, weil der an dem Tag schon einen anderen Auftritt habe, aber auf dem Niveau werde sich das Konzert bewegen. Angesprochen werden sollen vor allem die 18- bis 40-jährigen.

Die Wiedervereinigung wird jedes Jahr in dem Bundesland gefeiert, dessen Ministerpräsident dem Bundesrat vorsteht. Bis Ende Oktober ist Erwin Teufel in dieser Position. Das Konzert soll der Höhepunkt des ganzjährigen Festes in der Stuttgarter Innenstadt sein. Die Landesregierung rechnet an dem Tag mit 500 000 Festbesuchern. Außerdem wird die gesamte deutsche politische Prominenz, angefangen von Bundespräsident Roman Herzog über Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Bundeskabinetts bis hin zu sämtlichen Ministerpräsidenten erwartet. Auch der frühere US-Präsident George Bush hat sein Kommen zugesagt, wie bereits berichtet.

Zu den offiziellen Feierlichkeiten gehören ein ökumenischer Gottesdienst in der Stiftskirche, ein Festakt im Großen Haus der Württembergischen Staatstheater mit

Festredner George Bush und ein Empfang des Bundespräsidenten im Neuen Schloß. Dazu werden auch Bürgerdelegationen aus allen 16 Bundesländern eingeladen.

Das Bürgerfest wird von 11 bis mindestens 22 Uhr in der gesamten Innenstadt gefeiert. Bühnen werden auf dem Schloßplatz, Schillerplatz, Marktplatz und Karlsplatz aufgestellt. Auf der Schloßplatzbühne ist ein gemischtes Programm mit klassischer Musik, Ballett, Tanz und Akrobatik, volkstümlicher Musik sowie Interviews und Gesprächsrunden mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur vorgesehen. Rund um den Schloßplatz werden Themenpavillons aufgestellt. Dazu gehören zwölf Länderpavillons sowie der High-Tech-Pavillon Baden-Württemberg, in dem Firmen Beispiele innovativer Unternehmenstätigkeit vorstellen wollen. Die übrigen vier Länderpavillons sind für den Karlsplatz vorgesehen. Das Programm auf der Karlsplatzbühne mit Auftritten von Pop- und Rockgruppen soll vor allem die jüngere Generation ansprechen.

Auf dem Schillerplatz werden die Pavillons des Bundes und der Europäischen Union stehen. Das Programm auf der Bühne dort wird von der Stella AG gestaltet. Mehr als fünf Stunden Unterhaltung mit Auftritten der Originalbesetzungen aller aktuellen Stella-Musicals von Cats bis Miss Saigon sind geplant. Auf dem Marktplatz will sich die Expo 2000 in einem eigenen Pavillon präsentieren, außerdem wird

dort ein Trend-Pavillon Baden-Württemberg unter anderem mit für jedermann nutzbaren Internet-Anschlüssen stehen. Auf der Marktplatzbühne werden Gruppen aus den 16 Bundesländern auftreten.

Helmut Rieger, in der Pressestelle der Landesregierung für die Koordination des Bürgerfestes zuständig, stellt klar, daß das Bürgerfest kein zweites Stadtfest werde. In den Gastronomiepavillons würden Spezialitäten aus den Bundesländern angeboten. Angestrebt werde „eine Transparenz von A bis Z. Jeder soll das Gefühl haben, ich könnte auch dabei gewesen sein.“ Dazu gehöre auch, daß der Festakt und der Empfang auf Großleinwänden auf dem Schloßplatz live übertragen werden.

Das Medieninteresse ist laut Rieger enorm. Bisher werden 500 Journalisten erwartet. Der SDR wird im 3. Fernsehprogramm mehr als drei Stunden live von dem Fest berichten. Anfragen weiterer Radio- und Fernsehanstalten lägen vor.

Das Großereignis werde das Land dank der Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen keinen Pfennig kosten, so Rieger. Die Deutsche Bahn AG und die Lufthansa werden bundesweit günstige Reisemöglichkeiten nach Stuttgart anbieten. Zu den Sponsoren gehören Banken genauso wie Bauunternehmen und Versicherungen. Das Programm und weitere Hintergrundinformationen sollen in absehbarer Zeit auch im Internet abrufbar sein.

NIX mehr DA

... außer 'nem mittlerweile zusammengeschobenen Bretterhaufen. Das war's also, das Hüttendorf A20 **NIX DA** existiert nicht mehr. Waas? Noch nicht mal 'ne spektakuläre Räumung? Einfach so aufgegeben? Ja, aber nicht wirklich einfach. Für uns BewohnerInnen war nach einer langen Zeit voll Frust, Angst und Stillstand klar, daß wir dieses Projekt nicht mehr weiterführen können/wollen. Die Gründe dafür sind vielfältig und für jede/n von uns wohl schwerpunktmäßig anders:

- wir haben es meist nicht auf die Reihe gekriegt, mit anderen Themen als der A20 nach Außen zu gehen und wurden u.a. deshalb ausschließlich auf diese Thematik reduziert
- auch innerhalb des Hüttendorfes wurden Themen, die Einigen wichtig waren, nicht in Gruppendiskussionen aufgenommen/eingebracht
- Einzelpersonen war es oft nicht möglich, aus dem (unausgesprochenen) Gruppenkonsens auszubrechen
- da immer eine Mindestanzahl Menschen im Dorf sein mußten, fühlten sich viele in ihrem Wegfahrbedürfnis eingeschränkt/Frustration über z.B. Aktionsformen endeten fast immer im Nichtstun und weiterer Frustration, anstatt in der Suche nach Neuem
- nach einem Faschoüberfall im März fühlten wir uns kaum noch sicher auf dem Platz, für einige war ein Dasein mit der ständigen Angst vor neuen Überfällen nicht vorstellbar, und jede Nacht Wache und Paranoia bei vorbeifahrenden Autos waren auch nicht grade toll
- BesucherInnen, die nicht unseren Ansichten /Ansprüchen entsprachen, wurden von uns oftmals abgeblockt bzw. abgelehnt, was auch ein Grund für unsere Isolation war (neben dem Desinteresse der Bevölkerung u.a.)

Und jetzt sitzen wir alle irgendwo verstreut mit unserer Kritik am Hüttendorf und an uns selbst und sind traurig. Weil eben auch ganz viel Gutes/Tolles jetzt einfach weg ist. Trotzdem von Anfang an klar war, daß dieses Projekt zeitlich begrenzt ist, haben wir uns auf den Platz und die Gruppe eingelassen, haben versucht, einen Lebensraum aufzubauen, der schon durch seine Struktur (kein fließend Wasser, kein Strom, vegane Küche) eine Auseinandersetzung mit Konsum/Komfort beinhaltet. Für welche die keine Kohle hatten, war es möglich auf diesem Platz zu leben, da wir gemeinsame Kassen hatten, die sich an den Möglichkeiten der Einzelnen orientierten.

Klar nicht genug (Pflichtteil Relativierung) aber wir haben versucht, in unseren Alltag Auseinandersetzungen um Gruppenstrukturen, Dominanz, männliche und weibliche Sozialisation, Redeverhalten, Verhältnis zu/mit Natur usw. mit einzubinden. Ganz vieles war auf diesem wunderschönen Platz möglich und ist es auch geworden. Wir haben uns gewünscht, eine neue BewohnerInnengruppe zu finden, die diesen Freiraum Hüttendorf weiterlebt, doch auch mit einem Perspektivtreffen und persönlichen Motivierungsversuchen ist es uns nicht gelungen, neue Menschen ins Peenetal zu locken.

Fragt sich, was nun mit der Autobahn passiert - jetzt wo wir sie nicht mehr verhindern. Sicherlich wird sie das tun, was eigentlich nie ernsthaft in Frage stand - sie wird Meter für Meter ein Stück Erde mehr unter sich begraben. Sie wird Tausende (zehn- , hundert- ?) Tiere töten, noch viel mehr Pflanzen und vielleicht auch (oder sicherlich) etliche Menschen. Sie wird den Lebensraum von noch viel mehr Lebewesen unwiederbringlich zerstören und wird damit dafür sorgen, daß dieser Planet ein bißchen schneller verreckt. Und sie wird gebaut und genutzt werden von Menschen denen das entweder egal ist, oder denen anderes wichtiger ist. Denen es wichtiger ist, ihren hundert Kilometer entfernten Arbeitsplatz in einer dreiviertel Stunde zu erreichen, die schnell mal am Wochenende ihrer Großstadt entfliehen wollen, um die „Natur im schönen Meck - Pomm“ zu genießen, die ihre deutsche Markenware, billig in Polen hergestellt, noch preisgünstiger erwerben wollen. Die lieber so weiter machen wollen wie bisher, ohne sich Gedanken zu machen, was sie mit ihrem Handeln anrichten. Und natürlich können sie auch nicht anders, denn Arbeit brauchen sie ja, da muß auch die „Umwelt mal zurückstecken“. Und Bus und Bahn sind zu teuer und Meck - Pomm braucht schließlich auch den wirtschaftlichen Anschluß und gerade der Tourismus...



Und wir? - schwanken zwischen Wut über die Ignoranz und die Gewalt der Menschen dort und Schadenfreude - sollen sie doch sehen wie sie klarkommen, wollen's ja nicht anders. Schlechtes Gewissen, die paar Leute dort die sich trotzdem nicht verarschen lassen wollen, noch mehr alleine zu lassen. Und es damit auch noch leichter werden zu lassen, diese Welt kaputt zu machen. Aber auch Freude - zwei Jahre „die da Oben“ ein bißchen geärgert, vielleicht ein paar Menschen Mut gemacht, sich auch irgendwie zu wehren gegen irgendwas.

Und so haben wir also ein Stück Leben aufgegeben, um die Taschen freizuhaben, sozusagen, für viele neue Stücke. Wir und viele, viele andere Menschen waren Teil eines Fetzens Utopie, haben dranumgeknotet und was abgerissen um es anderen mitzugeben.

Und dieses bunte, fitzlige Gewebe, oft geknotet und mit einem Haufen Zeugs drinrin teilt sich jetzt und macht sich ganz und gar auf die Reise, bestimmt trifft es Fetzen von früher und hoffentlich ganz Neue. Knoten sind fetzig und Reißverschlüsse auch und solange wir uns bewegen, wird das gespinstige Gewebe mit uns mitfliegen. Erst wenn wir stehenbleiben sinkt es zu Boden und wird zertreten. Also - rennt, fliegt, hüpf, schwimmt, humpelt, schreitet, kriecht

- wir treffen uns

23. Juli 1997

HANSESTADT GREIF

Hüttendörfler gaben auf

Hüttendorf der A 20-Gegner soll verlassen sein

Jarmen (EB). Das Hüttendorf der Gegner der Autobahn A 20 bei Breechen (Landkreis Ostvorpommern) ist offenbar verlassen. Das geht aus einem nicht handschriftlich signierten Telefax hervor, das gestern Abend bei unserer Zeitung einging. Darin heißt es, die Bewohner hätten das Hüttendorf bereits Sonntag verlassen. Mit den Gründen dafür wollten sie, um „dem allgemeinen Desinteresse“ Rechnung zu tragen, „niemanden belästigen“, heißt es weiter. Eine Dorfbewohnerin von Breechen sagte auf Anfrage unserer Zeitung, in dem Hüttendorf niemanden mehr gesehen zu haben.

Breechen. Genau zwei Peene queren soll. Um eines klargestellt: In einem demokratischen Gemeinwesen muß auch der Andersdenkende die Chance haben, seine Ideen und Vorstellungen zu äußern und dafür einzutreten. Und ganz sicher gibt es nicht nur Befürworter des Autobahnbaus, sondern auch Gegner, die nicht gleich mit der Mehrheitskeule mundtot gemacht werden sollten. Denn immerhin geht es in diesem konkreten Fall um die massive Beeinträchtigung eines Naturschutzgebietes, des Peenetales, mit seinem Vogelschutzgebiet von europäischer Bedeutung. Dagegen stehen wirtschaftliche und infrastrukturelle Interessen einer insgesamt schwachentwickelten Region. Mit dem Autobahnbau verbinden sich viele Hoffnungen auf bessere Beschäftigungsverhältnisse, die andererseits nicht mit einer grünen Handbewegung vom Tisch gefegt werden dürfen. Demokratie funktioniert nur, wenn die Beteiligten sich an die rechtlichen Vorgaben halten. Und da hatten die Hüttendörfler so ihre Schwierigkeiten. Immerhin erhielten sie bereits zum 4. Oktober 1995 die Aufforderung zum Beraumen der widerrechtlich errichteten Bauten. Rechtsbruch begingen allerdings auch die gewaltbereiten Jugendlichen, die das Hüttendorf im Frühjahr diesen Jahres brutal überfielen. Am Ende gaben die A 20-Gegner von Breechen von alleine und unspektakulär auf, was viele verwundert, denn eine „Entscheidungsschlacht“ zum Baubeginn hatte man von den wittungsharten Hüttenbewohnern schon noch erwartet. Die Gründe für den schnellen Rückzug gaben sie wie folgt an: fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung, Einsamkeit und Bedrohungsgefühle nach den rechtsradikalen Übergriffen. Letztere können den Hüttendörflern wohl noch finanziell zum Verhängnis werden. Warum, weil sie dadurch nicht anonym bleiben konnten. Und für ihre Adressen wiederum, die die Polizei anlässlich der Anzeigenaufnahme nach dem Überfall notierte, wird sich der Platzbesitzer interessieren. Denn die Beraumung der maroden Bauten nebst ansehnlicher Abfallberge kostet eine Stange Geld, für die die Protestler aufkommen müssen, so wie wir alle unsere Müllgebühren bezahlen. We.



Auch wenn manche Hütten ganz romantisch aussahen, am Ende bleiben nur die wohl nicht kleinen Entsorgungskosten.

Hüttendorf goes Technik

PRESSEERKLÄRUNG

"VERBOTSVERTÜGUNG" GEGEN AKTIONSTAGE DES AZ BARRIKADE FREIBERG

Vom 4. bis 6. Juli 97 fanden die Aktionstage anlässlich des dreijährigen Bestehens des AUTONOMEN ZENTRUM BARRIKADE in Freiberg statt. Die beiden Abendveranstaltungen, eine Hip Hop/Jungle-Party am Freitag sowie ein Punk/Hardcore-Konzert am Samstag wurden von ca. 400 Menschen besucht und unterstützt.

Wie bei den meisten vom Plenum der BetreiberInnen geplanten und organisierten Aktivitäten, wurde auch diesmal mittels Plakaten und Flyern (Handzetteln) dafür geworben, was jedoch einigen dubiosen Informanten der Freiburger Polizei Grund genug war, eine Verleumdungs- und Repressionskampagne gegen das selbstbestimmte Jugendzentrum zu starten. Ausgangspunkt dieser Diffamierung war unsere Einladung zu einem "Punk-Picnic im Stadtpark", einem anschließenden "Stadtrundgang" und einer "Öffentlichkeitsaktion für ein Alternativhaus in der Freiburger Innenstadt".

Am späten Freitagnachmittag wurde ein Vereinsmitglied des "AJZ Freiberg e.V." unter Androhung mehrerer Bußgeldverfahren durch mehrere Polizeibeamte (u.a. Herr Ott) genötigt, mehrere Verbotsv Verfügungen und -bescheide der Ortpolizeibehörde und des Ordnungsamtes gegen Unterschrift entgegenzunehmen und zu bestätigen, was weder rechtsgültig noch "vernünftig" ist. Von "Vernunft" wohl eh keine Rede sein, wenn man die Ereignisse seit einer "polizeilichen Beratung" am 2. Juli betrachtet, in deren Folge Herr Ott und sein Gefolge unsere Ankündigungen zu "Chaos Tagen mit Randalen, Demo und Hausbesetzung von mindestens 2000 (!!) Punks und linksradikalen Autonomen" hochbatschen und umwidmen und andere Jugendeinrichtungen und Institutionen (z.B. Pl-Haus, Kirche) vor den zu erwartenden Ausschreitungen am Wochenende warnen...

Die Begründungen für die Verbote reichen von dreisten Lügen über zusammenhangslose Darstellungen bis hin zu interessanten Details, nach welchen Kriterien Polizeieinsätze koordiniert werden. So wird behauptet, daß der "Veranstalter" schon am 2. Juli aufgesucht wurde, um "Einzelheiten der Aktionstage zu hinterfragen und polizeilich abzustimmen". Zwei Sätze später wird behauptet, der Vereinsvorsitzende sei für die "Plakatierung und Organisation verantwortlich, deren Aufenthaltsort derzeit unbestimmt ist" (witzig, aber wird noch besser!). Obwohl täglich Leute mit Vorbereitungen im AZ beschäftigt waren (vom 2.-4.7.), wurde dort nicht ein einziges Mal versucht, mit uns in Kontakt zu treten!

Laut "Gefahrenprognose der Polizeidirektion Freiberg" seien "nichtkalkulierbare Sicherheitsrisiken" und "daraus resultierende Rechtsbeeinträchtigungen für Dritte" zu erwarten, da sich hinter dem Stadtrundgang und der Öffentlichkeitsaktion in Wahrheit "Aufzüge mit Interessenbekundungen bis zur Hausbesetzung" verbergen würden. Zur Bekräftigung der so in Szene gesetzten Gefahren, wurden verschiedene Vorkommnisse wie z.B. die Hausbesetzung in der Freiburger Mönchsstraße und die Ereignisse am Buttermarkt vom letzten Sommer genannt, aber auch die "Ausschreitungen und die offene Eskalation mit der Polizei durch diesen Personenkreis" während der Bunten Republik (Dresden-) Neustadt im Juni '97 und "erheblicher Beeinträchtigungen" während des SCHLOSS-Open-Airs '95.

Auch eine Ankündigung für "eine Aktion der rechten Szene gegen das Schloß" an diesem Wochenende und die Annahme, daß sich "das rechte Spektrum herausgefordert fühlt und Störungen nicht ausgeschlossen werden können", scheinen eine politische Zensur gegen das AZ BARRIKADE zu rechtfertigen...

Obwohl doch gerade rechtsradikale und deutsch-nationale Gewalttäter in den letzten Wochen und Monaten immer öfter Menschen angriffen und verletzten (z.B. am 26.6. am SCHLOSS), werden politische Entscheidungen nach deren Ankündigungen koordiniert und

durchgeführt. Kommt es zu Angriffen durch Rechtsradikale, entzieht sich die Freiburger Polizei!

oftmals ihrer Verantwortung und ignoriert Hilferufe (z.B. Angriff auf s TRAIN CONTROL im Sept. '95 - SOKO REX ermittelt?); Angriff auf Gymnasiumfeier in BED im Juni '97 und der bereits erwähnte Überfall auf Punks am Schloß am 26.6.97)!

Aus diesen Gründen wird es Zeit zu fragen, ob mensch solche senilen und unfähigen Verantwortungsträger noch länger in ihren Behörden (sei es Polizei oder Stadtverwaltung) dulden sollte oder ob es erst Tote geben muß!?

Die ununterbrochene Observierung des Münzbachtals mit mindestens 10 Einsatzfahrzeugen der Polizei während der Aktionstage scheint ja zumindest die "Steuerzahler" ob ihrer Sinnlosigkeit nicht zu stören.

WIR FORDERN:

- * Ein Gespräch mit den Verantwortlichen der Behörden sowie deren öffentliche Entschuldigung beim "AJZ Freiberg" e.V. für diese Diffamierung und Belästigung.

- * Entschlosseneres Vorgehen gegen rechtsradikale und neofaschistische Hetze u. Gewalt.

- * Aufklärung von zurückliegenden Vorfällen von unterlassener Hilfeleistung von Polizeibeamten während rechtsradikaler Übergriffe und deren zukünftige Verhinderung

- * Keine weitere Unterstützung der rechten Szene durch die Stadtverwaltung Freiberg

STOPPT DIE STAATLICHE REPRESSION GEGEN ALTERNATIVE UND SELBSTBESTIMMTE PROJEKTE! KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN HIER UND ANDERSWO FÜR EINE KULTUR FREI VON ZENSUR!

Freiberg, den 7. Juli 1997

AZ BARRIKADE/AJZ FG e.V.

Zwei Komponenten

EAD
MACHEN WIR
Der Ermittlungs- Ausschuß braucht dringend Geld! Für Prozeßkosten- übernahmen von Angeklagten. Solipartys Sammlungen Einzelspenden - alles ist gut Daueraufträge Waren optimal! Sonderkonto: Klaus Schmid Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10

DM
KOMMT VON EUCH

Der Kanzler und die Siemens-Brille

SiemensWelt

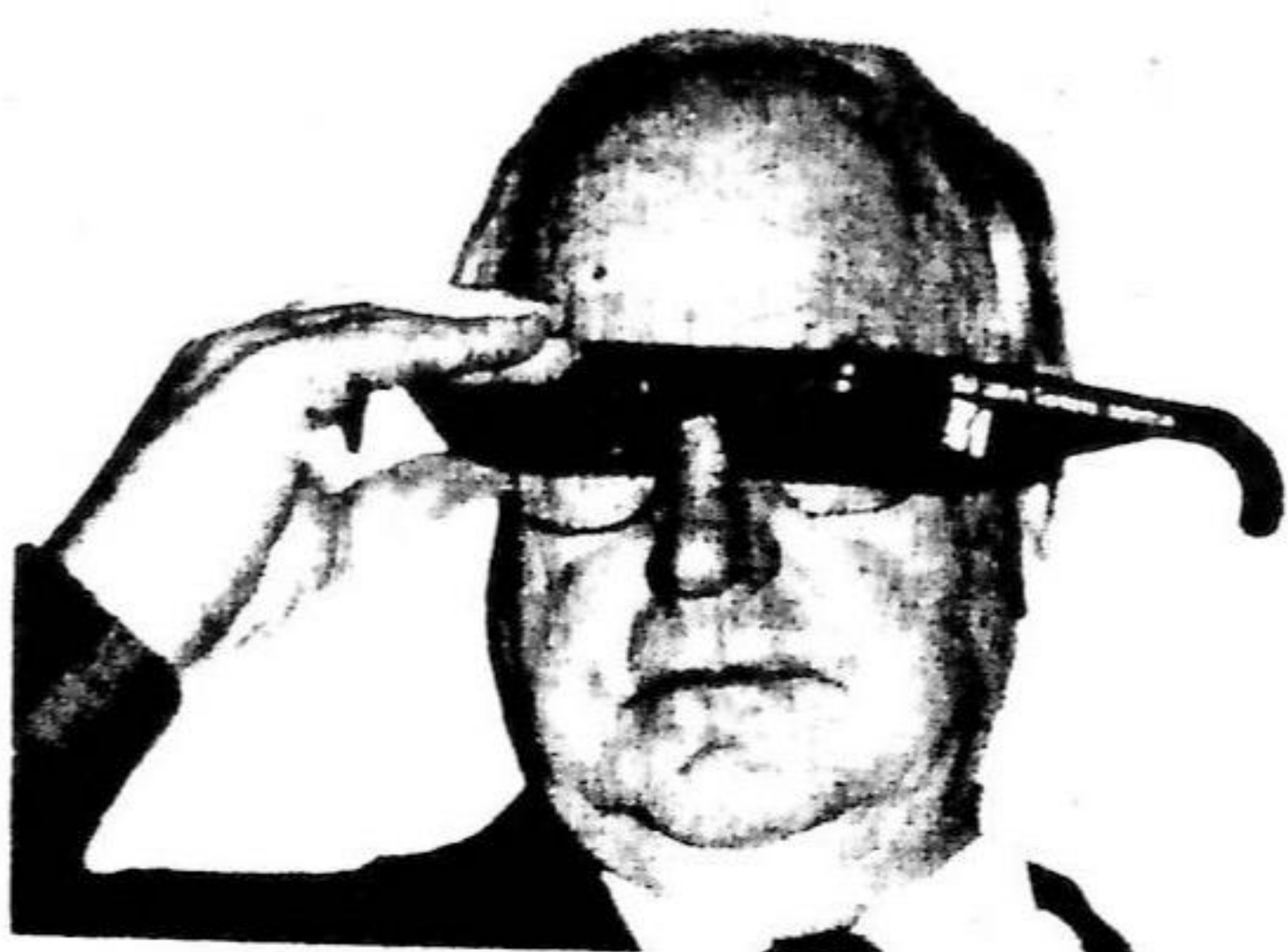
Mitarbeiterzeitschrift des Hauses
Wittelsbacherplatz 2
D-80333 München
Hauspost: SiemensWelt Mch W
Fax: (0 89) 2 34-26 43
Internet: GERHARD.VILSMEIER@
MCHW.SIEMENS.DE
Verantwortlich:
Dr. Willi Meier, Tel. (0 89) 2 34-23 10
Dr. Gerhard Vilsmeier, Tel. (0 89) 2 34-26 71

Polizei und Proteste

Grün bezeichnete ein Münchner Boulevard-Blatt als die dominierende Farbe vor dem Berliner Congress-Centrum, in dem die diesjährige Hauptversammlung stattfand. Grund für dieses Polizei-Großaufgebot waren Hinweise, daß die radikale „Berliner Szene“ größere Kontingente an Eintrittskarten besitzen würde und Störaktionen geplant habe. Also handelte die Polizei nach dem Motto: Sicherheit geht vor. Friedliche Protestaktionen, vor allem von Gegnern der Atomenergie, gab es dennoch. Außerdem demonstrierten Schüler mit Transparenten gegen die Zwangsarbeit bei Siemens in der Zeit des III. Reiches. Die Fragen, warum unser Unternehmen für dieses Unrecht bisher keine Entschädigungen bezahlt hat, beantwortete Finanzchef Dr. Baumann:

Das Thema Zwangsarbeit sei ein dunkles deutsches Kapitel, das auch Siemens betrifft. Die Rechtsgrundlage für Entschädigungszahlungen sei eindeutig: Forderungen können nicht gegen Unternehmen, sondern nur auf staatlicher Ebene geltend gemacht werden. Dafür gibt es das Bundesentschädigungsgesetz oder ähnliche Gesetze in anderen Ländern. Dessen ungeachtet hat Siemens aber bereits in den sechziger Jahren der Jewish Claims Conference in New York aus humanitären Gründen eine größere Summe überwiesen. „Wir bedauern, daß Menschen in Siemens-Betrieben von denen mißbraucht oder mißhandelt worden sind, die auch das Unternehmen und seine Mitarbeiter damals gezwungen haben, in diesem unmenschlichen System eine unrühmliche Rolle zu spielen.“

Siemens in Zahlen –
Gehen Sie auf
Entdeckungsreise



Unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers werden 17 führende Industrie- und Parteienvertreter in einen Generalrat der deutschen Wirtschaft, darunter Carl-Friedrich von Siemens und die Aufsichtsräte Albert Vögler und Fritz Thyssen. Zur direkten Unterstützung der Partei wird die Adolf-Hitler Spende der deutschen Wirtschaft etabliert, an die auch Siemens etliche Millionen im Jahr abführt.

Der Berliner Siemens-Personaldirektor Dietrich von Witzleben, der schon 1938 in einem Schreiben an den Berliner Polizeipräsidenten betonte, daß sich das Haus Siemens seit jeher durch seine antijüdische Haltung ausgezeichnet habe, ordnet per Rundschreiben einen aus überzeugten Nazis zusammengesetzten Hilfs-Werkschutz an. Dieser hat laut Witzleben für ordnungsgemäßes Verhalten der ausländischen Arbeitskräfte zu sorgen und Ausschreitungen jeder Art zu verhindern oder zumindest sofort im Keim zu ersticken. Das terroristische Regime aus Demunziation, Überwachung und abgestufter Bestrafung wurde mit Kriegsverlauf immer weiter verschärft. Allein 1941 werden fast 400 (v.a. Zwangs-)ArbeiterInnen an die Gestapo ausgeliefert.

Anfang 1943 werden die jüdischen ZwangsarbeiterInnen in die Vernichtungslager deportiert, da die Siemens-Manager Produktionsstörungen befürchteten. Im Falle dieser aus staatspolitischen Gründen notwendigen Entfernung der betreffenden Nation (Oberingenieur Mohr) wollte Siemens gewappnet sein und hatte bereits Ende 1942 begonnen ZwangsarbeiterInnen aus anderen Nationen, v. a. aus Polen, anzulernen.

Der Konzern hält fest an der Lüge, er sei zum Einsatz von ZwangsarbeiterInnen gezwungen worden. Dem widerspricht nicht nur die Aussage des Kommandanten des KZ Auschwitz Höß: Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden die Häftlinge nur dann in die Betriebe gesandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge nachgesucht hatten. In den Anforderungsschreiben mußten die Unternehmen genau angeben, welche Vorkehrungen für die Sicherung, Unterbringung usw. getroffen worden waren. (Rudolf Höß am 12.3.47 vor US-Militärtribunal in Warschau). Er sagt weiterhin aus, daß jeden Monat rund ein Fünftel der Häftlinge, welche für die zahlreichen Industriebetriebe in/beim Lager arbeiten mußten starb oder wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt wurde.

Auch eine aktive Beteiligung von Siemens-Angestellten bei der Selektion von Arbeitskräften aus vielen verschiedenen KZ's ist durch glaubhafte Aussagen von Überlebenden bestätigt. Die von Siemens ohne rechtliche oder moralische Verpflichtung nach langwierigen Verhandlungen mit der Jewish Claims Conference geleistete einmalige Entschädigungszahlung an einen geringen Teil der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen ist in dem Zusammenhang mit der Baugenehmigung zur Erweiterung eines Siemens-Zweigbetriebes in New York zu sehen (B.B. Ferencz, „Lohn des Grauens“, New York/Frankfurt 1981). Viele der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen sind mittlerweile entschädigungslos gestorben.

Vermutlich wird Siemens in 50 Jahren ebenso erzählen sie seien zum Bau von Atomkraftwerken gezwungen worden, weil die Bundesregierung aus politischen Gründen den Zugriff auf die Atom-Technologie brauchte.

SiemensWelt Mch W (0 89) 2 34-26 43

Atommülltransporte stoppen KEIN CASTOR NACH AHAUS!

Im März 97 prügelte der Atomstaat gegen den Widerstand tausender Menschen mit dem größten Polizeieinsatz in der BRD-Geschichte 6 Castor-Behälter in das Zwischenlager Gorleben. Nach dem dritten Transport dieser Art mit abgebrannten hochradioaktiven Brennelementen erscheint der Standort Gorleben als politisch nicht mehr durchsetzbar. Deshalb versucht die Atommafia aus Staat und Energieversorgungsunternehmen, die die Hauptprofiteurinnen des Geschäfts mit der lebensfeindlichen Technologie sind, die Transporte ins vermeintlich weniger widerständige Ahaus in NRW umzulenken. Im Brennelementezwischenlager Ahaus wurden bislang „lediglich“ abgebrannte Brennelemente aus dem stillgelegten Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop eingelagert (damit besteht hier bereits das größte Atomklo Deutschlands). In Zukunft sollen dort auch erstmals die Castoren eingelagert werden, die bislang nach Gorleben gehen sollten. So forciert die Atommafia in Ahaus die schrittweise Erweiterung zum Zwischen- und Endlager für Atommüll aus allen möglichen Atomanlagen Deutschlands. Im Herbst 97 soll der erste Transport aus dem AKW Neckarwestheim ins Zwischenlager nach Ahaus rollen.

Die **ANTI-ATOM-GRUPPE BERGISCHES LAND** wird auf **WUPPSTOCK** mit Aktionen und Informationen über Anti-Atom- und Anti-Castor-Widerstand für den Tag X⁴, an dem der Castor rollen soll, mobilisieren. In der dann folgenden **ANTI-ATOM-WOCHE vom 25.-28.8. im Autonomen Zentrum** (Wiesenstraße 11, W'tal-Elberfeld) gibt es weitere Veranstaltungen zum Thema:

Mo, 25.8 Anti-CASTOR-KINO: Film zu NIX³ vom 3. Castortransport nach

20.00 Uhr Gorleben im März '97

Di, 26.8. „NIX mehr - Kein Castor nach Ahaus!“

19.30 Uhr Infoveranstaltung zur aktuellen Situation in Ahaus mit einem Menschen aus dem Widerstand vor Ort.

Mi, 27.8 Anti-CASTOR-KINO: Film „Zaunkämpfe“, anschl.: Castorkantina

20.00 Uhr mit bergischen Volkshausenspezialitäten

Do, 28.8 „Wie revolutionär ist der Biogas-Taschenrechner?“

20.00 Uhr Radikalökologische (Lebens-)Perspektiven in der Stadt.

Diskussion und Vortrag

Fr, 29.8. Was Praktisches...

15.00 Uhr Wir gehen mit einer Freiwilligen-Erntebrigade zum Ernteeinsatz auf einen Biobaumhof. Treff: am „Maulwurf“, Uellendahlerstr.63

20.00 Uhr Die Anti-Atom-Gruppe Bergisches Land trifft sich. Es gibt Infos und Aktivitäten zu Castor, Widerstand in Ahaus und W'tal etc.

Sa, 30.8. Anti-CASTOR-AKTIONSTAG in Wuppertal...

11.00 Uhr Anti-Castor-Ärtschen, es geht los ab Kerstenplatz, 11.00 Uhr

WUPPSTOCK im Internet: <http://www.net-book.de/wuppstock>

Punk-Demonstration in Lüchow:

„Wir leben hier, Wir bleiben hier“

Seit 10Uhr begann sich am Samstag der kleine Platz vor dem Penny-Markt zu füllen. Eine halbe Stunde später war die Menge auf 40 bis 50 Leute angeschwollen und bewegte sich mit einem transparenten „Wir leben hier, wir bleiben hier“ in Richtung Marktplatz. Dort wurde ein Flugblatt verlesen, das sich auf die kürzliche Räumung, die Platzverweise und die unumenschliche Behandlung durch die Polizei bezog. Der Einsatz der Polizei war auf der Grundlage des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes durchgeführt worden. Schon im Vorfeld der Kundgebung waren mindestens 4 Personen in Lüchow von der Polizei in Gewahrsam genommen worden (am Freitag Abend eine junge Frau aus Uelzen, Samstag früh 3 Personen aus Lüchow). Aus dem Umfeld der Demonstranten wurde laut, daß vor Kurzem im Ratskeller zu einer Veranstaltung geladen war, die Unterschriften für ein energisches Vorgehen gegen die Buntschöpfe sammelte.

Was man in New York "zero tolerance", in Berlin "Revitalisierung der Innenstadt", in Frankfurt/M. "Sperrgebietssperre", und schließlich in Hamburg und Lüchow "Platzverweise" nennt, hat überall die gleiche Botschaft: Arme passen nicht in das Erscheinungsbild der Städte. Denn dort sollen die Menschen, die es sich leisten können, nach Lust und Laune konsumieren, ohne dabei vom Anblick des Elends und der Andersheit beeinträchtigt zu werden. Außerdem muß zur Ansiedlung profitabler Wirtschafts- und Touristenzentren der "soziale Ballast" über Bord geworfen und die Bereitstellung von Geldern für soziale Projekte und Unterkünfte gekürzt werden.

Wer nicht kaufen kann, soll gehen. Sie stören die Innenstadtbereiche, wo mit viel Mühe öffentliche Plätze mit Kosumenten zubetoniert wurden. Unerwünschte Personengruppen werden ordnungspolitisch beseitigt.

Seit Beginn der 90er Jahre wird der sozialen Aneignung öffentlichen Raums durch Obdachlose und andere sogenannte Randgruppen ein Repressionsprogramm entgegengestellt, das mittels Verordnungen und Verschärfung bereits bestehender Gesetze die rechtliche Grundlage für Vertreibung und Ausgrenzung schafft.

Doch die Mehrheit definiert, was "abweichendes" Verhalten, was eine "Randgruppe" ist. "Herrnblutern", "aggressives Betteln" ist also erst dann "verhaltensauffällig", wenn die Mehrheit die Wahrnehmung durchsetzt, daß die Innenstadt dafür nicht da sei. Nur allzu schnell wird eine derartige Stigmatisierung mit Schmutz und Übel in Verbindung gebracht. Wo von Unwirtlichkeit die Rede ist, ist der Parasit nicht weit und seine Vernichtung im Prinzip auch nicht.

Dies bekommen also all jene zu spüren, die nach der herrschenden Meinung überflüssig sind und als bettelnde Existenzen den Kaufwilligen ästhetische Probleme bereiten.

Verteilungspolitik auch am Beispiel Lüchows !!!

Anregung zur Diskussion um Vergewaltigung in der Tierrechtsszene

Ich lag im Bett mit IHM und habe geschlafen. Es war mitten in der Nacht. Geweckt wurde ich dadurch, daß ich ein hartes, schleimendes Ding an meinem Bein spürte, was sich auf und ab bewegte. "Jetzt wird nicht mehr geschlafen!", flüsterte ER in mein Ohr. Ich sagte "hör auf" und ER hörte auf.

Trotzdem: Es war eine Vergewaltigung.

Denn: Wenn eine Person an mir eine sexuelle Handlung ausübt, mit dem Ziel der eigenen Befriedigung, ohne daß ich vorher mein Einverständnis dazu geben konnte, stellt die Person ihr Interesse nach sexueller Befriedigung über das Interesse von mir (in dem Fall zu schlafen). In diesem Fall war ER ein Mann, ich eine Frau. Ich bezweifle, daß ER dieses auch bei einem Mann versucht hätte, da ER heterosexuell ist.

ER hat seinen Trieb nach Sex, seine Geilheit, über mein Bedürfnis nach Schlaf gestellt.

DAS IST SEXISMUS ! DAS IST VERGEWALTIGUNG!

Seine Reaktion:

Nach Gesprächen mit IHM über diese Tat bin ich zuerst durch meine Erziehung den patriarchalen Strukturen unterlegen gewesen und habe die Schuld bei mir gesucht. Ich dachte ich sei überempfindlich, würde ein falsches Verhältnis zum Sex haben, denn ER hat es nicht eingesehen. Trotzdem bin ich so schnell wie möglich ausgezogen (wir wohntén zusammen in einer WG, hatten seit ca. einem Monat eine Beziehung).

Nachdem ich weg war ist mir klar geworden, daß ich IHM nach der Tat noch das Maul geleckert habe, indem ich bei mir Schuld und Verantwortung suchte, und mich ständig dafür entschuldigte IHM so verletzt zu haben. Mir ist auch klar geworden, daß ich nicht meinen Körper und meine Empfindungen ändern und infrage stellen muß, sondern SEINE.

Von FreundInnen wurde ich bestärkt, daß es wirklich eine Vergewaltigung war und ich meinen Gefühlen Glauben schenken soll.

Mit meinem neuen Selbstbewußtsein ist ER nicht klar gekommen. Nach einigen Briefwechseln folgte von IHM jetzt folgende Reaktion bzw. Stellungnahme:

"[...] Davon abgesehen [...], daß Du Leuten, [...] erzählst, ich habe Dich vergewaltigt - tust Du das demnächst bei Hans Meiser? - , kann über die Realität nicht demokratisch abgestimmt werden. Wenn Du der Meinung bist, von der Venus zu stammen, findest Du auch Leute, die diese Meinung teilen. Und das halte ich für Deine psychische Entwicklung wirklich nicht für hilfreich. Es ist mir unmöglich, mich 'mit [m]einer Täterrolle auseinanderzusetzen', so wie es mir

unmöglich ist, mich mit meiner Ufo-Entführung auseinanderzusetzen. Ich habe Dich nicht vergewaltigt.

[...] Nenne mir doch bitte klipp und klar einmal eine Definition , nach der ich Dich vergewaltigt habe. [...] Und berücksichtige dabei, daß es ein Unterschied zwischen 'betäuben' und 'aufwecken' gibt, so wie zwischen oben und unten. Vielleicht verstehst Du es dann. Oder ich. Für Dich war es eine Vergewaltigung, daß wir beide, aber es ist wie mit Deinen verzerrten Raumwahrnehmungen: ein Meter im Newton-Raum ist und bleibt ein Meter, Halluzinationen wie unter dem Einfluß von LSD ändern das nicht. Das wertet Deine Probleme doch nicht ab, es wird dadurch nicht weniger schlimm, weniger beängstigend für Dich, weder die Vergewaltigung noch die Raumverzerrung. Aber Du kannst mir ebensowenig vorwerfen, ich hätte Dich vergewaltigt, wie Du mir vorwerfen kannst, den Raum zu verbiegen, auch wenn ich ohne es zu wissen oder zu wollen, etwas tue, was das bei Dir auslöst. [...] Entwickle Dich nicht zu einem *girl who cried wolf*. Du hast schreckliche psychische Probleme, und Du weißt, wieso. Es ist verständlich, daß Du die Auseinandersetzung damit scheust.

[...] Wann habe ich irgendwen diskriminiert, und das weil sie eine Frau oder ein Mädchen oder er ein Mann oder ein Junge war? [...] Auch wenn Du mich 'verharrend' nennst 'borniert' (also 'geistig beschränkt, engstirnig') und 'unreflektiert' (reflektieren: 'nachdenken, besonders über die eigenen Handlungen, Gedanken, Empfindungen') - und das sagst Du jemandem, der (un ein Beispiel zu nennen) in *dieser* Gesellschaft Veganer ist? "

Alle mit denen ich darüber sprach und ich sind der Ansicht, daß Vergewaltiger und Sexisten in der Tierrechts-/ befreiungs-/ Erdbefreiungsszene nichts zu suchen haben und aus allen Zusammenhängen ausgeschlossen werden müssen, sofern sie nicht bereit sind, sich mit ihrer Täterrolle auseinanderzusetzen, sich Hilfe zu holen und diese Mechanismen abzulegen.

Auch dann, wenn sie vielleicht für die politische Arbeit "unentbehrlich" sind da sie großen Einsatz zeigen.

Ich werde nicht länger mit Sexisten zusammenarbeiten, genauso wenig wie mit Rassisten, Speziesisten, Faschisten!

PS.: Namen habe ich nicht genannt, da ich Angst vor Repressionen von Seiten der Männer habe.

V.I.S.D.P. I.N.A.

nadir

ein Informationssystem zu linker Politik und sozialen Bewegungen im Internet

Was wir mit nadir wollen ist an der Erarbeitung neuer Grundlagen der Linken durch die Bereitstellung eines Ortes zur Kommunikation und Information mitzuarbeiten.

Wir wollen einen Beitrag für die Entwicklung einer emanzipativen Perspektive leisten, die international und internationalistisch allen Widerständen und Kämpfen eine gemeinsame Richtung gibt, um die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu verändern - you'll never walk alone.

Was ist nadir?

nadir ist in vielem mit der virtuellen Version eines Infoladens vergleichbar. Es stellt eMail (=Postfächer) und Newsgroups (=Informations- und Diskussionsaustausch) bereit, verschickt Mailinglisten (=Rundbriefe), füttert ein digitales Infosystem (=Archiv, Adressliste etc.), das Ganze ist in einer Domain namens nadir.org untergebracht (= die Räume des Infoladens)

Warum überhaupt ins Internet?

Seien es aktuelle Informationen aus dem mexikanischen Urwald, Berichte zur Botschaftsbesetzung in Lima/Peru oder das Neueste zum Castortransport: Ortsunabhängig kann jeder auf dieses Angebot zugreifen (vorausgesetzt, ein Netzzugang ist vorhanden).

So werden Zeitungen nie vergriffen sein, und etwas im nadir-infosystem wiederzufinden ist mit einer Volltext-Suchmaschine wesentlich einfacher als in einem Papierstapel (-oder Berg). Auch für aktuelle Aktionen bietet das Netz in unseren Augen viele Möglichkeiten. Flugblätter oder insbesondere Plakate, auf denen nur minimal Information verbreitet werden, können durch die Veröffentlichung einer dazugehörigen Internetadresse mit Hintergrundinformationen „unterlegt“ werden.

Wir meinen, daß diese Möglichkeit von noch viel mehr Gruppen, Projekten und Zeitungen, Periodika genutzt werden sollte, da es ein einfacher und insgesamt gesehen auch kostengünstiger Weg ist, Informationen zu verbreiten und viele Menschen zu erreichen. Diese wiederum können per email direkt mit den HerausgeberInnen in Kontakt treten.

Weshalb zu nadir?

Sogenannte Internetprovider gibt es inzwischen viele. Wir sind kein weiterer, sondern wollen mit unserem Projekt fortschrittlichen Gruppen die Möglichkeit geben, in Zusammenarbeit mit uns eine Alternative zu den kommerziellen Providern aufzubauen und unsere Sachen gemeinsam an

einem Ort und selbstbestimmt im Internet zu präsentieren.

Wir wollen, daß sich viele Gruppen an diesem Projekt beteiligen, es als ihr Projekt begreifen und durch die Zusammenarbeit eine Diskussion um und über die Nutzung dieser elektronischen Medien entsteht und sich ein bewußter Umgang damit entwickelt.

Wenn viele Gruppen hinter dem Projekt stehen, läßt sich den massiven Bestrebungen der Einschränkung der Meinungsfreiheit eher etwas entgegenhalten, wie auch ein repressiver Schlag gegen das Projekt selbst oder andere linke Projekte besser abgewehrt werden kann.

Durch die Konzentration vieler unterschiedlicher Gruppen, Initiativen, Zeitungen und Projekte an einem Ort wird eine bessere Auffindbarkeit erreicht und die Möglichkeit geschaffen, interessierten Menschen nicht nur das an Informationen zu bieten, was sie konkret wollen, sondern ihnen auch gleich ähnliche Inhalte und Informationen näher zu bringen bzw. darauf hinzuweisen.

Auch wenn es kein Problem mehr ist, bei AOL oder T-Online eine Homepage zu bekommen, so ist dieser Ort unreflektiert gewählt und mensch begibt sich in die Abhängigkeit von Konzernen, die nicht an (unzensurierten) Informationen sondern am Geschäft interessiert sind. Eigene Strukturen und Diskussionen würden dadurch vernachlässigt werden. Schließlich kaufen wir unsere Bücher und Broschüren im linken Buchhandel, um diese zu unterstützen.

Ein paar Worte zur Nutzung

Neue Medien, Internet, alles schön und gut, aber wieviele erreichen wir damit überhaupt? Wir denken eine ganze Menge, denn schon jetzt werden täglich über 1.500 Seiten von unserem Webserver abgefragt. Besonders gefragt sind Seiten zu aktuellen Ereignissen, die in einer Woche mehrere hundert Anfragen zu verzeichnen haben, aber auch Zeitschriften wie die „radikale Zeiten“ haben über 100 Anfragen pro Woche. Über die Hälfte der Anfragen kommen aus der BRD.

ein Informations-System im Web

Es ist in fünf Bereiche gegliedert:

- * **Aktuell**
aktuelle tagespolitische Infos.
- * **Periodika**
elektronische Kopien linker Periodika, z.B. TATblatt, Gegendruck, Angehörigen-Info, Rote Hilfe Zeitung, radikale Zeiten etc. - nicht immer ganz aktuell, aber dafür nie vergriffen.
- * **Archiv**

Das Archiv ist unser Schwerpunkt im Web (und befindet sich im Aufbau). In erster Linie enthält es Grundlagen-texte zu verschiedenen Themen, die für die Weiterentwicklung der Linken von bleibender Bedeutung sind. Wir haben den Anspruch, zu allen für die Linke wichtigen Themen mindestens einen Querschnitt von Informationen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen mit dieser Überlegung, vornehmlich „Grundlagentexte“ ins Archiv zu tun, der Informationsflut im CNN-Stil entgegenreten. Eine Erfahrung von uns ist, daß aktuelle Ereignisse und Diskussionen im Kontext stehen mit schon Gewesenen und

<http://www.nadir.org/>

es in der konkreten Fragestellung sehr hilfreich ist, auf „Altes“ zurückgreifen zu können. Wir wollen uns nicht anmaßen, alleine zu entscheiden, was denn nun „Grundlagentexte“ sind, daher suchen wir Gruppen, die zu Themen inhaltlich arbeiten und verantwortlich kontinuierlich oder sporadisch die Bereiche füllen.

- * **Initiativ**
Hier können linke Gruppen, Initiativen, Vereine, Projekte etc. sich und ihre Arbeit darstellen.
- * **Netz**

Die Suche nach bestimmten Informationen in Datennetzen ist mitunter recht aufwendig und schwierig. Damit aus den überall im Web verstreuten Informationsangeboten und Kommunikationsmöglichkeiten tatsächlich ein Netz wird, sammeln wir z.B. eMail- und Web-Adressen anderer linker Projekte. Diese Adressenlisten sind nach inhaltlichen Kriterien sortiert. Ein wichtiges Anliegen ist uns die Kommentierung der Adressliste. Der jetzige Zustand, daß jeder selbst herausfinden muß, was sich hinter einem kargen Verweis befindet, ist unbefriedigend und verschwendet die Zeit der NutzerInnen.

Kontakt zu Nadir

Jetzt wißt Ihr ungefähr, was wir machen oder wollen. Nun liegt es an Euch, aktiv zu werden und die Möglichkeiten, die wir bieten, zu nutzen.

So könnt Ihr zum Beispiel zum Archiv auch ohne technische Vorkenntnisse etwas beitragen: „Grundlagen“-Texte zusammenstellen, die in Euren inhaltlichen Auseinandersetzungen eine wesentliche Rolle spielen.

Ihr könnt Euch auch im Bereich Initiativen selbst darstellen oder Eure Zeitung, auch Bücher, bei nadir ins Web bringen. Wer von Euch Fähigkeiten in der Konvertierung hat oder sie erlernen will, kann Texte für das Archiv oder Aktuelles in das HTML-Format bringen. Und dann wäre da noch die Adressenliste, die von einer regen Beteiligung her lebt.

Natürlich stehen wir euch mit Rat und Tat zur Seite, wenn es um die Realisierung dieser und anderer Vorhaben geht.

Bei Fragen, Kritik, Anregungen, Ideen oder Beteiligung erreicht Ihr uns auf folgenden Wegen:

post: nadir - Brigittenstraße 5 - 20359 hamburg
fax: 040 43189038
web: <http://www.nadir.org/>
email: nadir@mail.nadir.org

Wer das nadir-infosystem finanziell unterstützen möchte:

nadir
Postbank Hamburg (200 100 20), Konto: 797 156 207

Interessante Stellen im Netz:

- Trend - publizistisches Projekt aus Berlin zur Schaffung einer linken & radikalen Gegenöffentlichkeit im Netz zu finden unter <http://www.berlinet.de/trend/>
- <http://www.xsfall.nl/~radikal/> angeblich gibt es hier die ein oder andere Ausgabe der radikal
- Natürlich gibt es noch viel mehr interessante Stellen im Netz. Eine große Auswahl mit weiteren Verweisen findet Ihr unter <http://www.nadir.org/nadir/netz/links/>

Na hoppla, FRIEDolin..

6 Ansagen einiger angeblich überhaupt nicht verblödeter AntifaschistInnen

Zur Klarstellung: wir sind nicht jene, die die Erklärung zur B.-Aktion geschrieben haben. Als Tatbeteiligte der Aktion (inwelchereineGrenzüberstrittenwurdedieeigentlichalsunüber-schreitbargelten sollte) woll'n wir dich mal trotzdem nicht im Unklaren lassen. Also- Hasskappe ab, Bomberjacke und Handschuhe aus und ran an die Schreibmaschine. Knüppel immer griffbereit.

1. Müssen wir klarstellen, daß es uns einfach einen Riesenspaß macht, Nachts durch die Gegend zu schlappen, uns zu prügeln und dabei vielleicht selbst noch auf die Mütze zu kriegen. Ganz einfach, weils weh tut. Und natürlich wegen des "faden Nachgeschmacks". Außerdem gestehen wir hiermit reumütig, daß wir tatsächlich - (ich muß das immer dreimal lesen) "nicht im mindesten über irgendwelche politischen Begründungen dafür verfügen, weshalb es legitim und notwendig gewesen ist, B. in jener Nacht anzugreifen." War einfach 'n netter Zufall.

2. Natürlich verfügen wir als "Antifa- Stoßtrupp" (schöbnes Wort, Friedolin) über verschiedene Eskalationsstufen, die dann jeweils vom Chef angeordnet werden.

Unser eigentlicher Plan, (Eskalationsstufe 3), B. "mehr oder minder komplett zu entkleiden und ihn praktisch nackt und ohne Schlüssel, Geld und Papiere nach Hause zu schicken" scheiterte an seiner nun wirklich nicht vorhersehbaren Weigerung, zu kooperieren. (Mensch, FRIEDolin, Du weißt, wie schwer es ist, Nazis auf offener Straße unauffällig zu entkleiden und bestehlen, die zappeln dann immer rum und rufen und so.) Auch Eskalationsstufe 2 (er sollte hundertmal schreiben: Ich bin ein böserböserböser Nazi.) konnte nicht in die Tat umgesetzt werden (Zeitmangel). Also wurde im Verlauf der Aktion dann ES 1 (wir nennens bei uns immer ES, klingt doch irgenwie sportlicher !) angeordnet - einfach verkloppen.

3. Deiner Platzwunden-Definition möchten wir uns anschließen.

Deine Frage nach "Schlagtechniken, die sicherstellen, daß es nur bei der oberflächlichen Platzwunde bleibt", würden wir hiermit gern weiterreichen.

4. Zur Frage, wie du dir das vorzustellen hast, daß wir B. getroffen haben: zuerst mit dem Ellenbogen ins Gesicht, dann folgten mehrere Schläge auf Kopf und Oberkörper. Das Ganze "aus eigenem Antrieb, sowohl widerspruchs- als auch begründungsfrei."

Die "Vorstellung, mehrere sich als Autonome bezeichnende AntifaschistInnen verabreichen einem dahertorkelnden Faschisten eine GEFÄHRLICHETRACHTPRÜGEL," ist uns eher nicht so doll unangenehm. Auch nach langem Drübernachdenken. Sorry, aber da kommen wir uns wohl nicht näher.

5. Sind wir der Meinung, daß wir nicht erklären müssen, warum Nazi-kader und -schläger auf die Fresse kriegen. Die Erklärung in

der letzten Interim finden wir deshalb auch nicht gut. Und die Geschichte mit dem "angemessen vermitteln"- in DIESEM Fall Schwamm drüber, ja?

6. Haben wir nicht so genau verstanden, unüberlegt und distanzlos - ziehen wir uns nicht an, den Schuh. Zynismus - ja, da hast du wohl recht. Und daß 'ne Prügelei mackermäßig rüberkommt, stimmt wohl auch. Die eigentliche Frage, die du wohl stellen wolltest, war ja wohl die, ob wir ein reiner Männerzusammenhang sind. Sind wir nicht, FRIEDolin.

Du bittest - schreibst du da noch - "im Falle einer Antwort auf etwaige Retourkutschen a la: "findest du nicht, Dutzende jährlich durch Faschisten Ermordete und Verletzte..." zu verzichten.

Nimm's also bitte nicht als Antwort. Und - sag mal, FRIEDolin, findest du nicht, Dutzende jährlich durch Faschisten Ermordete und Verletzte...

Im Falle einer Antwort bitten wir, auf etwaige Retourkutschen a la "...ja aber, die Militanzdiskussionen der letzten Jahre und der Kaindlfall..." zu verzichten.

ANTIFA HEIßT ANGRIFF ?

PS: Komm' einfach mal runter auf die Straße, wir sind da irgendwo. Wir können was voneinander lernen. Mensch, FRIEDolin...



Kommando FVfdW (Früher Vogel fängt den Wurm)

Zwei Komponenten

EA
MACHEN WIR

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld!

Für Prozeßkostenübernahmen von Angeklagten.

Solipartys, Sammlungen, Einzelspenden - alles ist gut,

Daueraufträge wären optimal!

Sonderkonto: Klaus Schmid

Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10

DM
KOMMT VONEUCH

2 x 0 Jahre 'Deutscher Herbst' ?

Jährt sich ein Datum auf Null, zuweilen auf fünf, so ist die Zeit der Jubiläen gekommen. Ausgangspunkt derartiger Bemühungen in der bürgerlichen Gesellschaft ist - wie gesagt - die Null, nicht die Politik heute und schon gar nicht die eigene Frage. Vor ein paar Wochen haben wir uns schon von einer als 'Dokumentation' gehypten Krimischlure in der ARD angenehm die Zeit totspielen lassen. In den TV-Bildern war zwar so gut wie keine Wahrheit, aber der ein wenig rechtsradikal gewordene Regisseur Breloer ist ein wirklicher Entertainment-Profi. Also: Was gibt es heute noch substantielles bei einer Jubiläumsparty mitzuteilen? Nachfolgend ein Besinnungsaufsatz mit ein paar Gedanken "über den Tag hinaus".

Antimperialismus

Die RAF ist nicht zu denken ohne die weltweite Studentenrevolte der 60er Jahre und ihrem Protest gegen den von der US-Regierung gegen den nationalen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes geführten Krieg. Mit Erleichterung und Freude wurde im Jahre 1975 in westdeutschen Städten von Zehntausenden die Parole skandiert: "1. Mai, Saigon ist frei!". Auch wenn es heute keinen Grund mehr dafür gibt, sich noch mit "nationalen" Befreiungskämpfen zu solidarisieren, so bleibt doch die Beendigung der Massaker in Vietnam durch die Niederlage der us-amerikanischen Militärmaschine eine Sternstunde der Menschheit. Die weltweite antimperialistische Bewegung trug dazu bei für die Menschen in Vietnam den Frieden zu erkämpfen.

Leider ist damit aber der Imperialismus nicht verschwunden. Nach Vietnam hat er lediglich seine Formen ändern müssen. Die seit Mitte der 70er Jahre anhaltende kapitalistische Krise schrieb sich unter der Führung der USA durch die Hungerpolitik von IWF und Weltbank zunächst gegen die damals noch Trikont genannten Weltgegenden fort, bis sie schließlich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die spätstalinistischen Staaten erreichte. Mit den daraus entstandenen Folgen sind wir heute im weltweiten Maßstab mit verschärften Formen von Verelendung, Rassismus und Krieg konfrontiert. Diese Beschreibung ist zwar nicht besonders originell, aber leider wahr. Genauso wahr allerdings wie die Einsicht, daß die KriegerInnen der RAF in den 80er Jahren nicht mehr dazu in der Lage waren, die neuen Formen des Imperialismus, die auch eine Kritik am Spätstalinismus hätte beinhalten müssen, zu begreifen und in ihre Programmatik aufzunehmen. Für einen kurzen historischen Moment waren ihnen sogar die Autonomen mit ihrer Ende der 80er Jahre durchgeführten Kampagne gegen das Treffen von IWF und Weltbank in theoretischer Hinsicht voraus. Mit dem Ende des Vietnamkrieges wurde der Antimperialismus der RAF-KriegerInnen im schlechten Sinne abstrakt. Durch die Selbsteinordnung als Krieger in den antimperialistischen Krieg verloren sie zunehmend so gut wie jeden Bezug zu den kultur- und sozialrevolutionären Momenten der 68er und den daraus folgenden militanten Basisbewegungen. Folgerichtig mußte nicht nur das Ende der DDR in den Erklärungen der RAF deprimierende gesellschaftstheoretische Katastrophen und sonstiges antiaufklärerisches Geraune hervorbringen.

Macht-Gegenmacht

Die RAF hat uns gezeigt, welche Konsequenzen aus dem Versuch folgen, eine Politik zu machen, die einen spannenden Frontalangriff gegen den BRD-Staat führte. Das Politische verschwand schlicht im Militärischen der schweigend an den Start gegangenen KriegerInnen der zweiten RAF-Generation. Das sind selbstverständlich Aussagen aus der ZuschauerInnenperspektive, weil ein Krieg nun mal den Krieger erfordert. Doch das wollen wir auch deshalb nicht sein, weil wir das "politisch" im Kampf um Befreiung schlicht falsch finden.

Der blutige wie fulminante Militärcoup der Schleyer-Entführung wurde in den damaligen RAF-Erklärungen durch eine Katastrophe der Politik ergänzt. Sie mündete nicht nur in die in der deutschen Geschichte nicht völlig unbekannt gebliebene Praxis des Genickschußes. Sie

sorgte auch für ein faschistoid aufgeladenes, einmaliges Bündnis zwischen der Bevölkerung und dem starken Krisenstab-Staat Und der beseitigte im Handstreich sowohl die parlamentarische Demokratie als auch für die zum damaligen Zeitpunkt einsitzenden RAF-Gefangenen jedwede rechtsstaatliche Garantien und nahm sie damit als Geiseln. Ansonsten schaltete sich noch die freie Presse gleich, alle anderen Teile der Linken ließen sich mundtot machen oder versuchten noch, sich in erbärmlichster Art und Weise von etwas zu distanzieren, mit dem sie doch praktisch gar nichts zu tun hatten. Deprimierend.

Wie wenig die RAF-KriegerInnen letztlich dem von ihnen geführten Krieg politisch gewachsen waren, hat sich dann in den 90er Jahren gezeigt, in dem eine ganze Handvoll von ihnen, auch mit Hilfe von faustdicken Lügen, sich zu sogenannten Kronzeugen verandelten. Und dabei ist nicht der immer legitime Versuch, im nachhinein eine andere Position zu '77 geltend zu machen, Gegenstand unserer Verachtung, sondern daß sie sogar ihre eigenen Gruppen-GenossInnen im wahrsten Sinne des Wortes an den Staat verraten haben. Aber so ist sie nun mal, die sich selbst bespuckende Praxis von bloßen KriegerInnen, die der stärkeren Macht in die Hände gefallen sind.

Bis auf den heutigen Tag zirkuliert das Politische um die Macht, weil es sonst nicht existiert. Das gilt für alle Beteiligten die sich dazu entschließen eben Politik machen zu wollen - was übrigens auch ein sehr guter Grund dafür sein kann, es damit ganz zu lassen.

Subjektiver Bruch

Die von der RAF und Antimps aufgrund ihrer Marginalität praktizierte, als 'Politik' mißverstandene Form des gegen sich selbst durchgesetzten "subjektiven Bruches" hat immer auch für Autonome eine gewisse Faszination ausgeübt. Diese moralisierende Kategorie kommt einer jeden Jugendgeneration allemal noch mehr entgegen, als die stotternde Praxis einer erheblich mühsamer zu formulierenden Gesellschaftskritik. Zwischenzeitlich wissen wir, daß ein "subjektiver Bruch" persönlich und individuell für die, die sich einem derartigen Zugriff unterwerfen zwar zu funktionieren scheint, jedoch letztlich - und das lehrt das traurige Schicksal der 'Kronzeugen' - die im eigenen Erkenntnisfortschritt wurzelnde autonome Entscheidung nicht überspringen und damit auch nicht ersetzen kann.

Amnestie statt Amnesie!

Die RAF hat auch Autonomen zeigen können, daß der Kaiser nackt ist, und daß wer keine Angst vor der Vierteilung hat, ihn vom Pferd ziehen kann. Daß der bundesdeutsche Staat genau das nicht vergessen hat, wird daran deutlich, daß er alle diejenigen RAF-Gefangenen, die nicht abschwören und zu Kreuze kriechen wollen, in den Knästen bis an deren Lebensende verschimmeln lassen wird - sofern nichts geschieht. Und daß die diktatorische Praxis des Krisenstabes nicht gänzlich aus dem Instrumentarium der hiesigen Staatspolitik verschwunden ist, zeigte die im Pogrom-Herbst '92 vom Bundeskanzleramt an die Öffentlichkeit lancierte Drohung mit dem "Staatsnotstand."

Für Autonome gibt es keinen Grund, die Geschichte der RAF, die auch die eines aus vielen Gründen mißglückten wie gescheiterten revolutionären Aufbegehrens gewesen ist, in irgend einer Weise wegzusortieren. Den ungerechten wie unfreien Verhältnissen müssen auch deshalb keine imaginären Masken mehr heruntergerissen werden, weil sie nach dem Ende der RAF als im Prinzip bekannt vorauszusetzen sind. Vor diesem Hintergrund müssen sie erneut mit dem Ziel analysiert werden, für weltweit egalitäre Verhältnisse zu kämpfen, in denen die Leute frei von Furcht verschieden und doch glücklich miteinander sein können. Die noch verbliebenen Gefangenen der RAF sollten "irgendwie" Bestandteil dieses sich streitenden Projektes sein.



Timur und sein Trupp

Pressemitteilung zur Situation Christel Fröhlich

Christel wurde am 28.10.1995 in Rom/Italien aufgrund eines französischen Haftbefehls in Auslieferungshaft genommen. Die Auslieferung nach Frankreich erfolgte am 21. November 1996. Vorgeworfen wird ihr die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag im April 1982 in Paris / Rue Marbeuf 33. Dieser Sprengstoffanschlag richtete sich gegen die Redaktion einer libanesischen Exilzeitung; zu diesem Anschlag gab es keine Erklärung. Die französische Justiz lastet den Anschlag der von ihr konstruierten „Gruppe Carlos“ an.

Nachdem Christel nun seit November 1996 in Fleury-Merogis – in der Nähe von Paris - inhaftiert ist, erfolgte am 13. Mai 1997 ein regulärer Haftprüfungstermin. Anwesend bei diesem Termin waren: der Untersuchungs- und Ermittlungsrichter Bruguière, eine Anwältin, ein Anwalt und Christel. Christel weigerte sich auch bei diesem Vorführungstermin, irgendwelche Aussagen zur Sache zu machen. Die Reaktion des Untersuchungsrichters zeigte erneut, daß die - einer Untersuchungsgefangenen zustehende - Aussageverweigerung von den französischen Behörden als Schuldeingeständnis gewertet wird. Der Untersuchungsrichter drohte ihr an, er könne sie auch in anderer Form unter Druck setzen: Er werde alle Besucherinnen von Christel in Zukunft zum Verhör heranziehen und er könne diese auch mindestens 48 Stunden festsetzen.

Betroffen davon sind die 15 Personen die zur Zeit eine Besuchserlaubnis haben (momentan ist es möglich, Christel viermal im Monat für eine Stunde zu besuchen).

Es dauerte nur kurze Zeit, bis die französische Sicherheitspolizei die Drohung des Untersuchungsrichters Bruguière umsetzte. Am 7.6.97 wurde eine befreundete Familie nach dem Besuch bei Christel festgenommen und verhört. Ihnen wurde gesagt, daß sie als Zeugen zu Christel aussagen müßten. Nach mehreren Stunden konnten sie den Justizpalast wieder verlassen.

Dasselbe geschah einer Freundin, die am 9.6.97 zu Besuch kam. Ihr wurde ein Rechtshilfeersuchen Bruguières an die französische Staatspolizei vorgelesen, aus dem hervorging, daß alle Personen, die auch nur im Umfeld von Carlos zu vermuten sind, vorübergehend festgenommen und verhört werden können; gegebenenfalls könne auch eine

Hausdurchsuchung durchgeführt werden. Nachdem weitere BesucherInnen unbehelligt blieben, wurden am 21. Juli 97 wieder zwei Freundinnen nach dem Besuch bei Christel zum Verhör mitgenommen.

Das Ergebnis des Haftprüfungstermins vom 13. Mai 97: Der Antrag auf Freilassung wird abgelehnt. Begründet wird die Ablehnung mit Christels Weigerung, Aussagen zu machen; weiterhin wird auf noch nicht abgeschlossene Ermittlungen hingewiesen.

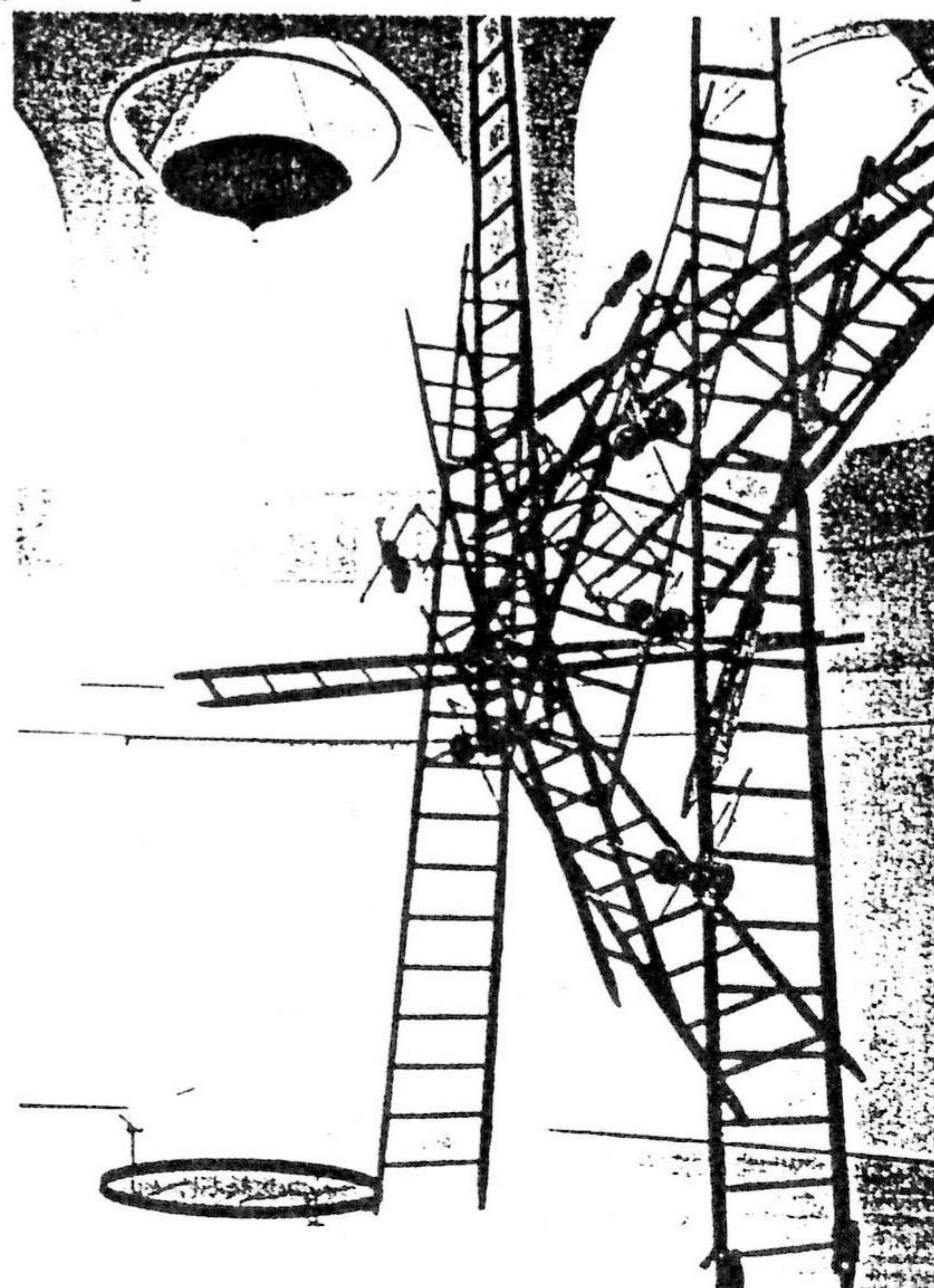
Der nächste Haftprüfungstermin wird im November 1997 stattfinden.

Wir fordern: Christels Freilassung !

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o Annabee
Buchladen GmbH
Gerberstr.6
30169 Hannover

Weiterhin brauchen wir eure Solidarität und euer Geld: Spendenkonto:

Willms
Kto.: 324 371 96
BLZ.: 250 501 80
Stadtsparkasse Hannover



FRAULENLEBEN IN DER KORNE

- spinnen den Faden weiter -
von Freitag, den 17.10.
bis Sonntag, den 19.10.97

ACHTUNG!
verschoben auf 6.3.98.

Unsere Zielsetzung für dieses Treffen ist es, in möglichst weitgefächelter Zusammensetzung an diesem Wochenende in der Korn zusammenkommen. Es geht uns dabei um den Austausch, darum, gemeinsam inhaltlich zu unterschiedlichen Themen zu arbeiten, zu reflektieren und auch den Blick nach vorn zu wagen.

Zum angedachten Rahmen:

Wir stellen uns vor, daß wir - von Frauenlesben-Volkstüche, Pempplätzen, etc. bis hin zu Filmen, Party - ein komplettes „Wochenend-Konzept“ erstellen, daß auch auf eine kontinuierliche Arbeit während dieser Tage ausgelegt ist (natürlich bleibt es jeder offen, sich die vermeintlichen Rosinen herauszupicken!).

Vorläufige Themenauswahl:

Entwicklung des Feminismus' in den letzten 25 Jahren

Gibt es eine? War/ist sie fortschrittlich? Inwiefern und durch welche Faktoren wird sie von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung beeinflusst? Gibt es für uns heute Möglichkeiten, darauf aktiv Einfluß zu nehmen? Welche? usw., Fragestellungen gibt es wohl mehr als genug...

Vereinnahmung feministischer Analysen durch die Gesellschaft

Was haben wir dieser entgegenzusetzen ...

FrauenLesben und New Age, Spiritualität, Respiritualisierungswelle

(Hierfür gibt es schon einige Frauen, die was vorbereiten wollen, was natürlich nicht heißt, daß andere Interessentinnen nicht noch einsteigen können) Der antiemanzipatorische/antifeministische Charakter solcher Begrifflichkeiten wie der „Erdnahheit“, „Ursprünglichkeit“ oder kurz: „der Natur des Weibes“ in der gängigen Verwendung, sowie unser tatsächlicher persönlicher (verschämter ?!) Umgang mit diesem Themenkomplex ist die Auseinandersetzung wert!

„Mutterschaft“

Kindervunsch/-ablehnung, Mütter, bewußte Nichtmütter, Lesbische Mutterschaft (unbefleckte Empfängnis oder Wie kommt lesbe an Spermia ran?)...

Wie können wir mit unseren und den Entscheidungen anderer umgehen, ist der bestehende Riss (zwischen Rationalität und Emotionalität?) noch zu schließen, ... Das Private ist politisch!!!

Heirat und Ehe mit von Abschiebung Bedrohten

(AG angefragt)

Während der AG's und Plena bieten wir Kinderbetreuung (von ca. 1-8 Jahren) an.

In den Pausen gibt es das Angebot, an Entspannungsübungen teilzunehmen (auf daß uns die Konzentrationsfähigkeit nicht verläßt ...)

Die AG's werden von FrauenLesben vorbereitet, wir wollen aus den uns zugesandten Texten einen Reader erstellen, der dann ab September verschickt wird (Selbstkostenpreis + Porto).

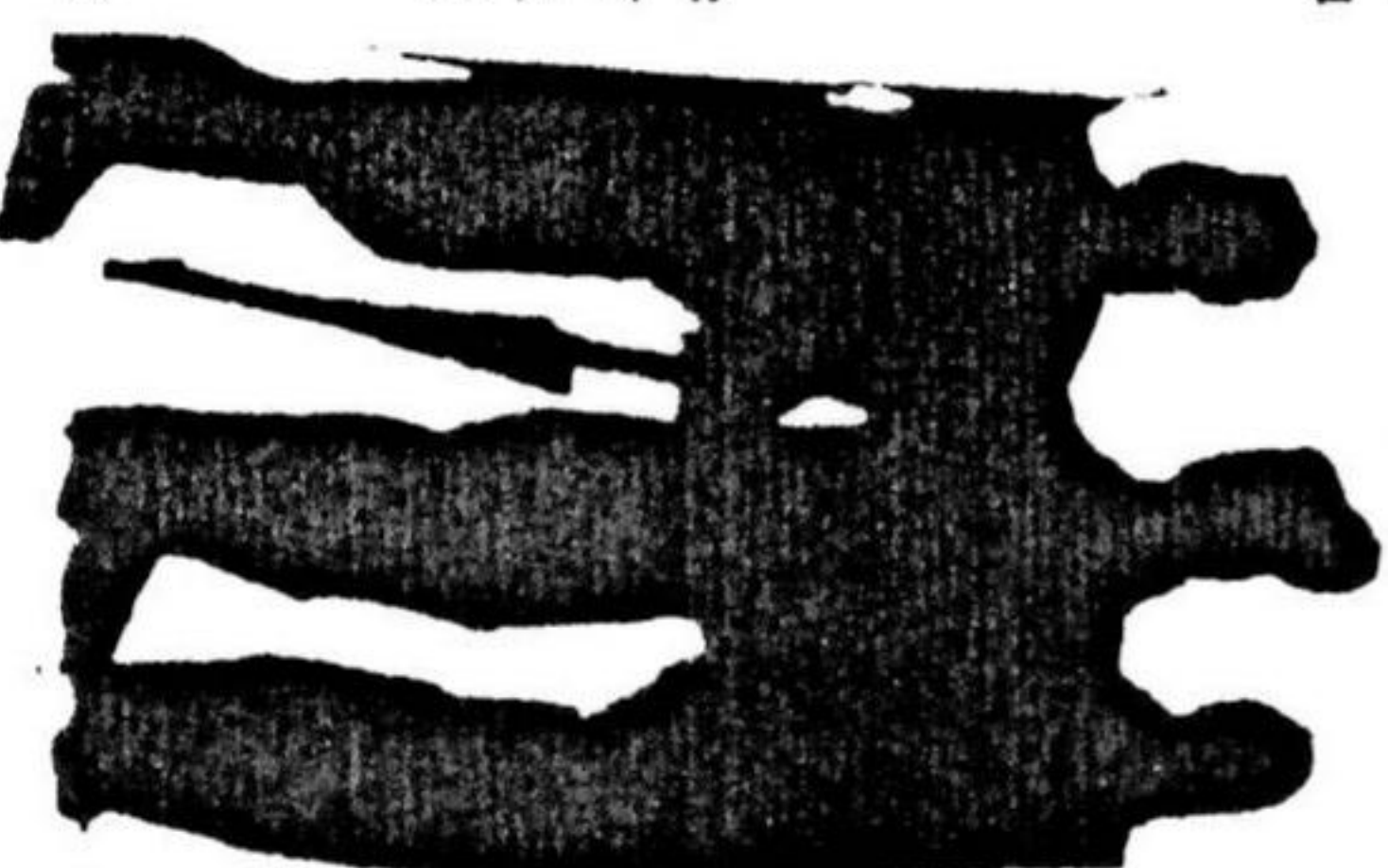
Die Gesamtkosten werden dann auf alle TeilnehmerInnen umgelegt, sofern sie nicht von Spenden gedeckt werden.

Alle sind herzlich eingeladen, sich an den technischen und inhaltlichen Vorbereitungen zu dem Treffen zu beteiligen. Dafür findet Ihr zum einen umseitigen Fragebogen. Wir bitten Euch, ihn uns so schnell wie möglich unverzüglich zurückzusenden, damit wir abheften können, was für eine Größenordnung das Ganze bekommt Rücksendeadresse:

„FrauenLesben in der Korn“, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover)

Anlauf- und Koordinierungsstelle ist der

FrauenLesbenraum in der Korn, jeden 2. Dienstag von 20.15 Uhr bis ca. 22.15 Uhr (beginnend mit dem 08.07. alle zwei Wochen).



das ist ein offener Brief an Jutta.

liebe jutta

dieser brief ist auch für cora, die 1989 im zuge der bka-razzien gegen die hamburger hafenstrasse abtauchte und für alle frauen in der illegalität, für alle gefangenen (und ex-gefangenen) politischen frauen und für alle frauen, die mit uns sind.

obwohl wir uns nicht persönlich kennen, wollte ich dir schon länger schreiben. ich möchte mich an der von euch begonnenen oder wiederaufgenommenen diskussion um illegalität und perspektive beteiligen. und ich würde mich gerne mit dir und den anderen frauen über unsere erfahrungen austauschen. von dir und deinen freundinnen habe ich immer wieder etwas mitgekriegt, dadurch, dass unser weggehen zeitlich eng beinander lag. jetzt bist du zurück, und ich hoffe neben dem, dass es dir gut geht, dass du gut gelandet bist und deinen platz wieder gefunden hast, an dem du leben und kämpfen willst. ich sah in der "interim" das bild, als ihr zu hundert zum gericht gezogen seid. wie ging es dir/euch in diesem moment? ich will diesen weg eines offenen briefes nutzen, um meine erfahrungen aus der zeit in "exilien", wie es in der "radikale zeiten" genannt wird, zu reflektieren und zur verfügung zu stellen. "exilien" umreißt einen zustand zwischen flucht und exil, einen übergangsort und -zustand.

dir zu schreiben, bewegt sich für mich zwischen dem bedürfnis, mich mitzuteilen und auszutauschen und der anstrengung, nicht zuviel preis zu geben, keinerlei hinweise zu geben, wo und wie ich mich bewege und bewegt habe. ich finde es richtig: hinweise auf aufenthaltsorte oder darauf, wie illegalität organisiert wird, dürfen nicht preisgegeben werden. ich verstehe nicht, wieso matthes sagt, er sei in den niederlanden gewesen.

das illegale terrain ist zwar viel zu lange tabuisiert worden. eine so weit wie möglich offene auseinandersetzung darüber finde ich wichtig, d.h. allerdings nicht, dass die konkreten umstände benannt werden müssen. auch für leute, die irgendwann selbst vor einer solchen entscheidung stehen, sind doch eher die prinzipiellen fragen von interesse.

ich bin immer wieder gefragt worden, wie es mir gehe, was ich die ganze zeit mache, was mein resumee sei, wohin mit der angst und ob ich mich alleine fühle, was zu beachten sei und vieles mehr. deshalb will ich versuchen, darauf in einer art zu antworten, die anderen auch etwas nützt. aber es fällt mir sehr schwer, allgemein zu bleiben. ich denke, jedes weg-sein ist anders, ist abhängig von den es tragenden strukturen und dem politischen hintergrund. auf jeden fall aber ist es kein nichts, kein vakuum, wo du rum sitzt und wartest, dass die zeit vergeht. irgendwann fängt ein eigenes leben an mit hochs und tiefs, eine eigene praxis mit stärken und schwächen, niederlagen und erfolgen.

ich weiss nicht, wie es bei euch gewesen ist. vier waren im knast und vier weg, so dass sich bestimmt mehr leute verantwortlich fühlten. für mich war es eine eher bittere erfahrung, einen regelmässigen kontakt bzw. auch einige grundvoraussetzungen wie wohnen, geld etc. als etwas konstantes, nicht nur ständig improvisiertes, zu schaffen. das stellt dich schnell vor die frage, auf was/wen du dich beziehst. ich denke, für leute, die weggehen oder gingen, und schon wissen, was sie tun, zb. sich der raf anschliessen, ist das sicher anders. andere lassen sich im ausland nieder, wieder andere gehen zurück und manche leben seit jahren in einem zwischenstadium, was ich nicht nachvollziehen kann.

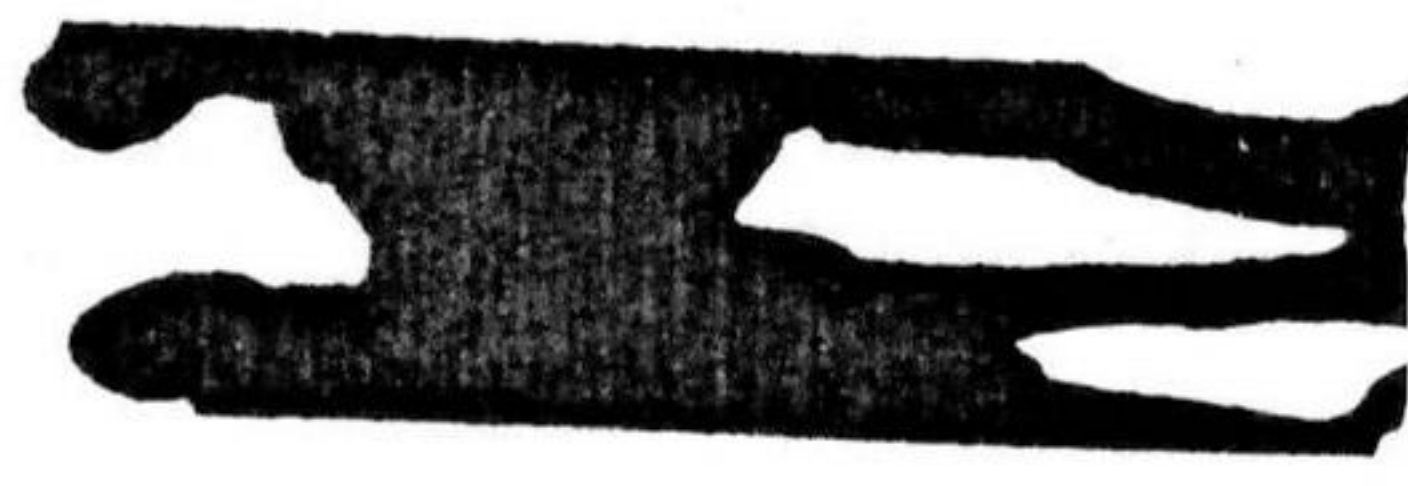
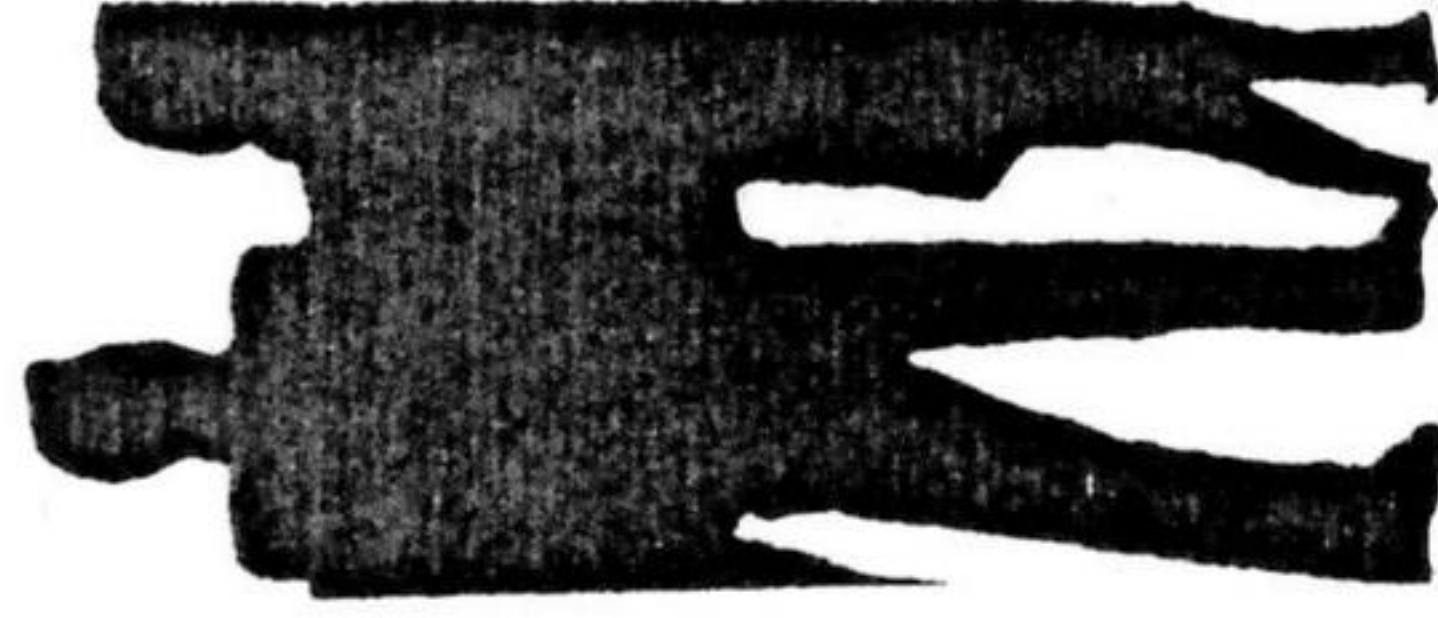
vor diesem hintergrund konnte ich sehr gut verstehen, wenn matthes in der "interim" schreibt, dass er sich nur sehr schwer in diskussionen eingebunden fühlte. einmal, weil dir so weit "weg" vom geschehen irgendwie die hände gebunden sind. wenn du konflikte und diskussionen unter genossinnen, auch im zusammenhang mit dir selbst, mitbekommst, beschäftigt dich das sehr, gleichzeitig aber kannst du nicht eingreifen. zum anderen die ewige zeitverschiebung: bis du was mitkriegst und dich äusserst, ist es diskussion schon wieder an einem ganz anderen punkt angelangt, oder bis du eine antwort erhältst, ist es für dich vielleicht auch schon wieder weiter gegangen. mir ist es immer wieder passiert, dass es falsch ankam, wenn ich mich äusserte, und interpretationen zurückkamen, die mit mir und meiner situation nur wenig zu tun hatten. ich denke, das liegt daran, dass eine lebendige auseinandersetzung den ganzen menschen braucht, also ein blatt papier, geschriebene oder übermittelte nachrichten keinen ersatz dafür sind. dein hintergrund, deine welt, deine empfindungen reduzieren sich auf ein extrakt. gesten, mimiken, stimmungen, die konkrete gesprächssituation und -umgebung etc. fallen weg. das verstärkt die projektionsflächen, die sich sowieso schon aufmachen, wenn man getrennt ist.

immer wieder höre ich, dass die wildesten geschichten über mich im umlauf sind. vor dem hintergrund des nichteingreifen-könnens finde ich nur schwerlich einen umgang damit. eines sei hier nochmal ausdrücklich gesagt: ich hatte *keine* liebesbeziehung mit steinmetz, ich war auch nie mit ihm im bett. das scheint für die männer der linken eine wichtige frage zu sein. das gerücht hält sich wohl deshalb so hartnäckig, weil sie sich an dieser vorstellung aufteilen, weil eine frau mit einem mann, selbst einer abziehfigur des verfassungsschutzes, nur auf diese weise zu tun haben kann...

bei mir lag die schwierigkeit der kommunikation sicher zum einen auch daran, dass der staatsschutz sehr präsent war und z.b. die fritzlarerstrasse ständig observierte und terrorisierte. zum andern war es für mich aber auch eine erfahrung, dass wirkliche verantwortung und arbeit, auch emotional mitzudenken, von frauen getragen wurde. ich denke, dass es z.b. bei gefangenen und leuten, die von anderen abhängig sind, ähnlich ist. eine rolle spielte auch, dass viele, die vielleicht mit mir reden oder mir schreiben wollten, es als einen verstoss gegen die regeln der konspirativität ansahen, nach mir zu fragen. so wurde ich gerade im rhein-main-gebiet anscheinend zunehmend zu einem tabu-thema.

meine situation war auch davon geprägt, dass ich im sommer 1993 den politischen zusammenhang, in dem ich bis dahin gewesen war, verliess. der v-mann steinmetz war in bad kleinen aufgefliegen. diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass er soweit kam, haben bis heute keine ausreichende verantwortung dafür übernommen. der staat kaschierte seine krise, dass die regierung von weiterstadt gewusst und es zugelassen haben könnte und dass wolfgang grams in bad kleinen hingerichtet worden war mit diversen entlassungen, pressesperren und verdrehungen. und die linke half ihm noch dabei, indem sie schwieg. auf unserer gruppe lag ein starker druck, weil wir bei dem vertuschungstheater nicht mitmachen wollten, auch wenn wir nur am rande mit diesem steinmetz zu tun hatten. dafür wurden wir offen angegriffen.

innerhalb dieser zugespitzten situation mussten wir unsere praxis reflektieren. wir hatten auch mit steinmetz zu tun gehabt, auch wenn wir "nur" mit ihm und seinem angeblichen zusammenhang diskutieren wollten, was nicht möglich war. auf jeden fall stellten wir einen kontakt mehr dar, den steinmetz benutzte, um sich anderen gegenüber integriert zu geben. obwohl einigen von uns an ihm etwas komisch vorgekommen ist, hatten wir nicht zusammen handeln können. nach bad kleinen bestand unsere hauptsächlichliche arbeit darin, gegen das schweigen anzukämpfen, die geschichte zu recherchieren, aufzuarbeiten und zu veröffentlichen. bei der herausgabe der broschüre "die niederlage der raf ist die



niederlage der linken" war ich dann nicht mehr dabei. da wir uns sehr hart taten, unsere eigenen und internen mechanismen zu begreifen und sie zu verändern, trennte ich mich erstmal von der gruppe.

ich tauchte ab, um der gefahr zu entgehen, dass ich doch noch die lücke füllen sollte, die der regierung um steinmetz herum zu anfang ganz zu pass kam. ich hatte den fehler begangen das motorrad, das ehemals steinmetz gehört hatte, von seiner wohngemeinschaft zu kaufen. damit wird das verfahren gegen mich konstruiert, ich hätte sprengstoff für die weiterstadt-aktion transportiert. nachdem das öffentliche interesse an der rolle von steinmetz aber nur schwer abebbte, musste die lücke gefüllt werden. so war es wenig verwunderlich, dass im november 1995 tatsächlich haftbefehl gegen mich erlassen wurde.

ich habe "hier" viele tolle frauen getroffen, die mir geholfen haben. dadurch habe ich erlebt, wie es sein kann, wenn wir uns wirklich aufeinander und unsere stärke beziehen. dass wir ausbrechen können aus der reproduktion der frauenverachtung, die uns die patriarchale gesellschaft einimpft. ich habe meine eigene stärke und selbstvertrauen ganz anders wieder gefunden. sehr geholfen hat mir dabei auch die auseinandersetzung mit der PKK. doch dazu möchte ich dir später noch mehr schreiben.

über die unterschiedlichen dynamiken „hier“ und zuhause ernüchterte ich ziemlich schnell, als jemand im dezember 95 mit briefen von mir und diskussionsmaterial festgenommen worden war. entgegen der absprache war das zeug weder versteckt noch verkleinert worden, sondern den bullen fast schon hingetragen worden. gegen mich wurde ein neues verfahren eröffnet, das mit auszügen aus den briefen gebastelt wurde, wie die bundesanwaltschaft es brauchte: mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung, weil ich mich bei der pkk ausbilden lassen wolle und zurückkehren wolle, um eine neue guerilla aufzubauen.

dieses folge-verfahren geht eindeutig auf eigene fehler zurück. wenn ich höre, dass manche leute mit diesen oder jenen anderen nichts zu tun haben wollen, weil die so viele fehler machen, kann ich diese haltung nicht verstehen. erstens machen meistens diejenigen fehler, die etwas tun. wer nur zuhause sitzt, kann keine fehler machen. zweitens kommt niemand revolutionär auf die welt. fehler zu machen, ist das eine, nicht aus ihnen zu lernen, ist das wirklich katastrophale. meine solidarität gilt genauso den leuten vom komitee, wo auch fehler gemacht wurden, wie euch von der "radikal". letztlich geht jede verhaftung auf fehler zurück.

die verschränkung von liebesbeziehungen und funktionen muss eigentlich vermieden werden. es geht sowieso nicht, zu versuchen, solche beziehungen über die distanz hinweg weiterzuleben, nicht nur wegen dem sicherheitsrisiko nicht. heute denke ich über liebesbeziehungen grundsätzlich anders nach. sie bieten für mich, und ich denke, auch für alle, den scheinbar individuellen ausweg, anstatt unsere kraft in die anstrengung zu verlegen, gemeinsam eine andere perspektive zu finden. neben ihrem exklusivitätscharakter schliessen sie sich für mich auch deshalb mit befreiung und veränderung aus, weil sich darin die patriarchale rollenverteilung zwischen männern und frauen wiederholt. ich habe erst ganz, ganz wenige männer getroffen, die sich mit ihrer eigenen frauenunterdrückung wirklich auseinandersetzen wollen. die erkennen, welchen beitrag zum ältesten widerspruch im bestehenden system aus rücksichtslosigkeit, materialismus und habgier sie damit leisten.

im dezember 1995 stand für mich eine neue entscheidung an. zusammen mit dem haftbefehl wegen weiterstadt und dem neuen verfahren kam der druck, dass der staatsschutz die fahndung intensivierte. ich musste also im abgetaucht-sein erneut abtauchen. in jedem von diesen schritten haben sich für mich die vorhergegangenen trennungen und abschiede wiederholt. lebte ich die erste zeit noch stark im

zurückgelassenen kontakt mit meinen leuten von früher, beschäftigt mich nun fast ausschliesslich, was ich jetzt weiter machen werde.

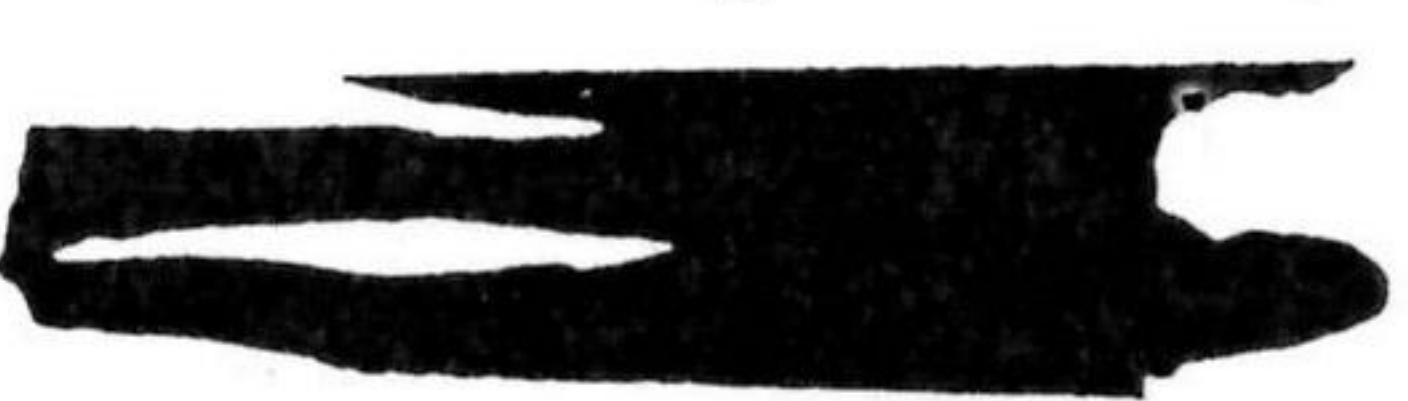
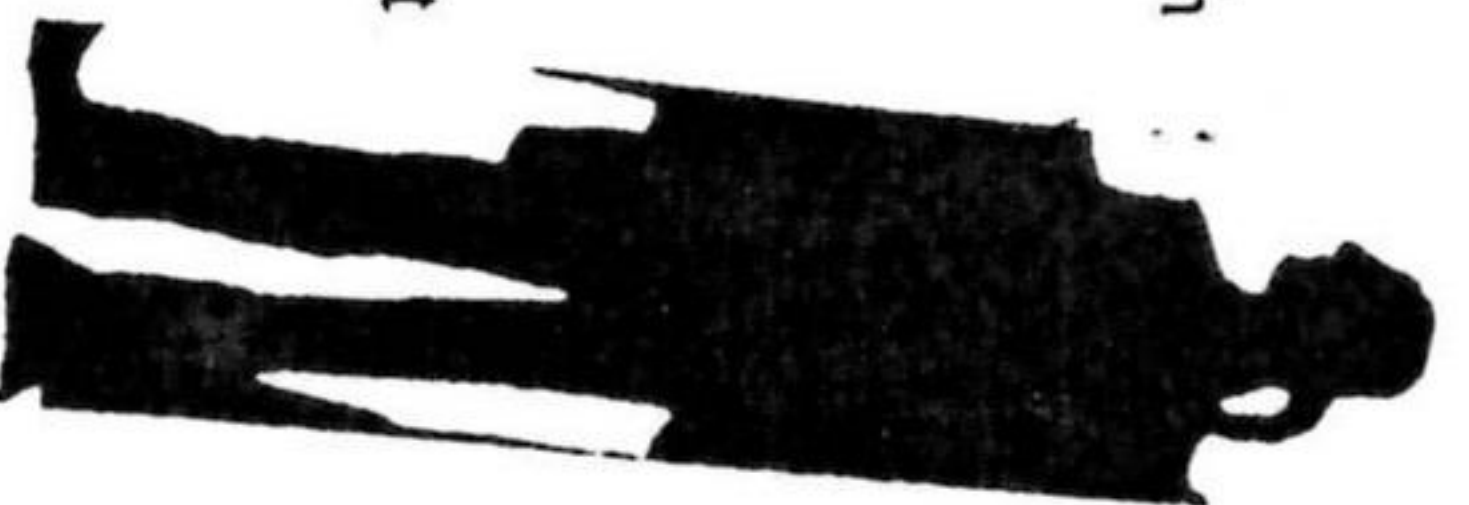
ich hatte mich, bevor ich gegangen war, bereits mit der pkk auseinandergesetzt, und es stand als möglichkeit für mich von anfang an im raum, dort hinzugehen. als ich im juli meine stellungsanfrage schrieb, war ich noch nicht dort, weil meine endgültige entscheidung noch nicht feststand. abzutauschen, einfach nur, um der verfolgung zu entkommen, kann ein anfänglicher schutz sein. aber der raum muss sich dann auch genommen werden, um eine weiterreichende entscheidung zu treffen. du kannst dich nicht ewig von einzelnen treffen alle paar monate nähren und abhängig machen, kannst nicht ewig warten. der weg "zurück", auch wenn er mit knast behaftet ist, ist immer möglich, ebenso der weg, sich in einem "exil"land niederzulassen. ich fand es treffend, wie matthes in seinem beitrags sein wiederauftauchen beschreibt. es setzt irgendwann ein doppelteben ein: an das zuhause, die freundinnen dort, die politische lage dauernd zu denken, aber nicht eingreifen zu können, und gleichzeitig den alltag in der neuen umgebung, die ja nicht automatisch ein anderes land sein muss, zu organisieren, darin anzufangen zu leben. irgendwann musst du diese spaltung für dich beenden.

ein sehr wichtiger und heikler punkt war für mich, mein bedürfnis nach ehrlichen und offenen beziehungen mit anderen menschen zu regeln. ich konnte mich aus sicherheitsgründen nicht offenbaren, was verunmöglichte, dass sich andere verhältnisse einstellten. dieser schwierigkeit stand ich z. b. des öfteren gegenüber, wenn ich auf wohnungssuche war. wegen der rasterfahndung wollte ich keine wohnung bei einem hausbesitzer oder einer immobilienfirma anmieten. auch von untermiete z. b. bei einer studentin, die in urlaub fährt, ist abzuraten, weil es rasterprogramme gibt, mit denen die strom- und wassereinzahlungen abgeglichen werden, ob die betreffende person wirklich studiert, also anwesend ist und ihre scheine macht. falls eine differenz festgestellt wird, schaut der staatsschutz mal vorbei. das wollte ich gerne vermeiden. in wohnungseinsparungen zu leben, geht aber auch nicht, weil es eine unheimliche belastung ist, eine geschichte vorzugeben und diese auf engem raum auch nach aussen hin zu leben.

ich machte aber auch die erfahrung, dass mich viele menschen unterstützten, die ich zuvor gar nicht gekannt habe und die mit linksradikaler politik eigentlich nichts zu tun haben. ich stellte fest, dass das wissen über den untergang, auf den die menschheit zusteuert, wenn es so weitergeht, überall präsent ist, aber auch der wunsch und die suche nach anderen wegen. die ohnmacht, die sich breit macht angesichts der ungeheuren dimension einer veränderung, hat sich manchmal durch unterstützung für mich und die pkk in energie und hoffnung gewandelt.

am anfang erschreckte ich jedesmal, wenn ich mehrere autotüren gleichzeitig zuschlagen hörte, oder wenn mehrere leute gleichzeitig auf der strasse schnelle bewegungen machten. ich hatte immer die assoziation: jetzt kommt die verhaftung. mit der zeit legte sich das. es gab natürlich situationen, gerade wenn es um kontakte mit leuten von zuhause ging, die heikel waren. einmal sass ich in einem cafe und wartete. plötzlich kamen zwei uniformierte bullen in die an das cafe angrenzende bäckerei. sie standen nur da und warteten. der laden war ziemlich voll. ich hatte wahnsinniges herzklopfen. als ich sah, dass sie wirklich nur kuchen holten, atmete ich erleichtert auf und schmunzelte in mich hinein.

nach einem halben jahr circa bist du richtig angekommen. dir ist vertraut, dich in verschiedensten klammotten und situationen zu bewegen, bist es gewohnt, deine umgebung genau zu betrachten. eine freundin von mir aus meinem neuen leben war beeindruckt, als ich ihr sagte, ich hätte im zug nicht die ruhe, um zu lesen, weil ich alle aufmerksamkeit meiner umgebung schenke. sie selbst liest im zug bände.



ich war also plötzlich wieder mit annähernde konfrontiert, ohne wie gewohnt reagieren zu können. denn es kann immer konsequenzen haben, wenn du dich verbal oder tätlich zur wehr setzt. und auffallen willst du ja in deiner situation, gesucht zu werden, partout vermeiden. wie ein magnet wirkte die unsicherheit in mir selbst, über das nicht stimmige äussere, als ob mir jede an der nasenspitze ansehen würde, dass ich "verkleidet" bin. die unsichere ausstrahlung spürten die typen sofort, und setzten gleich nach. oder auch wenn etwas nicht geklappt hatte, es mir einfach schlecht ging oder ich krank war. sofort hatte ich die ganze konfrontation mit den männern am hals. ich habe mir dann die alten regeln der selbstverteidigung ins gedächtnis geholt, die ja nicht erst beim körperlichen, sondern schon im kopf anfangen. und so eine sicherheit wiedererlangt, die auch ohne "lederjacke" auskam.

das hat mir auch kraft gegeben, die zum teil schon vorhersehbaren reaktionsmuster der typen, vor allem bullen, zöllner, kontrolleure etc. zu nutzen. das mag vielleicht sehr nach prostitution klingen, aber aus der objektiven schwäche dieser form der illegalität würde ich das immer einsetzen.

für das beziehen aufeinander als frauen reicht aber nicht die biologische tatsache aus, frau zu sein. wie ingrid strobl mal ein buch titelte: frau sein allein ist kein programm. neben vielen frauen, die mich stärkten, traf ich auch andere. für eine frau, die ich traf, war meine anwesenheit wahrscheinlich eine überforderung. auf jeden fall resultierte daraus ein objektverhältnis zu mir, in dem ich gar nichts mehr übernehmen konnte. jede frage, jede information, die ich haben wollte, bedeutete gleich, dass sie es für mich übernahm. mir ging es dazu sehr zwiespältig. ich war natürlich froh, unterstützung zu kriegen, aber ich spürte auch diesen falschen dreh, mit dem ich nicht umzugehen wusste. ihr eigener alltag kam völlig zu kurz, sie schlief nur noch wenig. plötzlich hatte sie ein misstrauen gegen mich. sie zweifelte, ob ich überhaupt ein umfeld hätte. ich wurde mit einem bullenverdacht konfrontiert und einer befragung durch ihre bezugsgruppe ausgesetzt. in einem moment, wo für mich dies der einzige kontakt war, war das eine absolute bedrohung. nach der beschlagnahme meiner briefe war das der für mich härteste moment.

die frage, abzutauschen, kann keine pauschal beantworten. es hängt doch immer mit der konkreten situation und dem politischen hintergrund der kriminalisierung zusammen, mit der perspektive für die illegalität und einer tragfähigen struktur dafür. auch wenn euer zurückgehen im verhältnis zu der zu erwartenden höhe des knastes verständlich war, drückt es für die heutige politische situation aus: dass es wie in der legalität auch, hier eigentlich keine konkrete perspektive gibt. denn sonst hättet ihr euch oder ich mich dem angenommen oder angeschlossen, oder es hätte zumindest einen anderen einfluss auf die zeit gehabt.

ich fand gut, dass in der "radikale zeiten" bzw. der "radikal" nochmal eine auseinandersetzung um das terrain illegalität begonnen hat. ich denke, auch die ganz einfachen praktischen tips und hinweise sind nützlich. entgegen allen früheren verherrlichungen ist es eine daseins- und lebensweise, die verdammt viel anstrengung kostet und aus der heraus zu kämpfen, eine wirklich vertrauensvolle und handlungsfähige struktur braucht, die eine politische vision und einen weg sieht. denn von hier aus ein bisschen an legalen projekten mitzuarbeiten, kann zwar momentweise auch gut sein. langfristig möchte ich aber dann doch, wenn das meine politische arbeit ist, auch legal leben. ich denke, die prozesse hier und in der legalität haben einfach andere geschwindigkeiten, andere anforderungen, aber auch andere möglichkeiten, als dass man/frau sich von hier aus, einem legalen prozess anschliessen könnte. eigentlich kannst du nur hier kämpfen, wenn du auch mit anderen zusammen hier lebst, die gemachten fehler in der praxis überwindest... deshalb würde ich heute nicht mehr alleine gehen. ich weiss nicht, wie eure erfahrungen waren, ihr wart ja immerhin zu viert?



manche typen interpretieren mein herumschauen gleich als anmache ich automatisierte es. gefährliche stellen zu meiden, wie zentrale bahnhöfe mit all ihren kameras und zivilbulln. gegenden, wo streifen rassistische personalienkontrollen machen oder wegen drogen unterwegs sind

ich kann mir vorstellen, dass nicht in allen ländern die bevölkerung so gehirngewaschen ist wie in deutschland. dort ist die fahndung ja wirklich über jahrzehnte in die hirne gepumpt, dass z.b. in einer kniepe die bedienung die bullen anruft, wenn gäste sich über einen stadtplan beugen. aber ich finde es sinnvoll, egal wo jemand ist, möglichst das höchste sicherheitslevel zu berücksichtigen. schliesslich soll der europäische raum angeglichen werden. diese vorsicht hat dort eine grenze, wo man beginnt, sich dadurch selbst völlig zu lähmen. wichtig ist für mich hier, dies genau auszuloten. es existiert auch ein zusammenhang zwischen deiner inneren verfassung und deiner wirkung nach aussen. deshalb hast du hier, abgetaucht, die verantwortung, allein schon, um dich selbst nicht zu gefährden, ruhig, ausgeglichen und gesammelt zu sein. das ist angesichts der umstände nicht immer leicht, aber das fand ich die grösste herausforderung: in der anspannung locker zu bleiben oder zu werden, selbstkontrolle zu lernen.

es gab für mich auch phasen, in denen nur noch eins zählte: bis zum nächsten termin auszuhalten. einfach nur die zeit runzubringen. die schwere und einsamkeit schien mich zu erdrücken, ich versuchte mir mit hilfsmittel wie einem kleinen kalender, der jeden tag eine beschäftigung oder entspannung vorsah zu helfen. auch lernte ich dabei, gemachte fehler nicht gegen mich selbst zu richten und mich damit fertig und runter zu machen, das hilft nämlich nicht, sondern aus ihnen zu lernen.

in der "radikale zeiten" ist ein beitrag erschienen zur frauenspezifischen situation auf der flucht. für meine begriffe stellte der beitrag zu sehr unsere weibliche seite als opfer heraus. viel zu wenig ging er darauf ein, was wir in diesem illegalen leben auch alles starkes mit und über uns selbst erfahren und lernen.

sicherlich ist es, illegal, also gesucht und vielleicht sogar noch ohne andere papiere unterwegs zu sein und das vielleicht auch noch in kleidern, in denen frau sich nicht gewohnterweise bewegen kann, eine einschränkung. ich habe auch die erfahrung gemacht, wie bei ein bisschen schminke, den typen gleich der sabber ausm mund läuft, als seien sie wirklich auf knopfdruck konditioniert. ich will damit nicht in die frauenfeindliche theorie einstimmen, die besagt, frauen, die einen kurzen rock tragen, seien selbst schuld, wenn sie vergewaltigt würden. ich empfand den unterschied schon extrem, wie eine äussere wirkung von den typen gleich in ihre patriarchalen skala eingereicht wird: als würde ich signale aussenden, dass ich am gängigen rollenspiel interessiert sei. für mich war das absurd, weil sich durch das outfit mein inneres natürlich nicht geändert hatte.

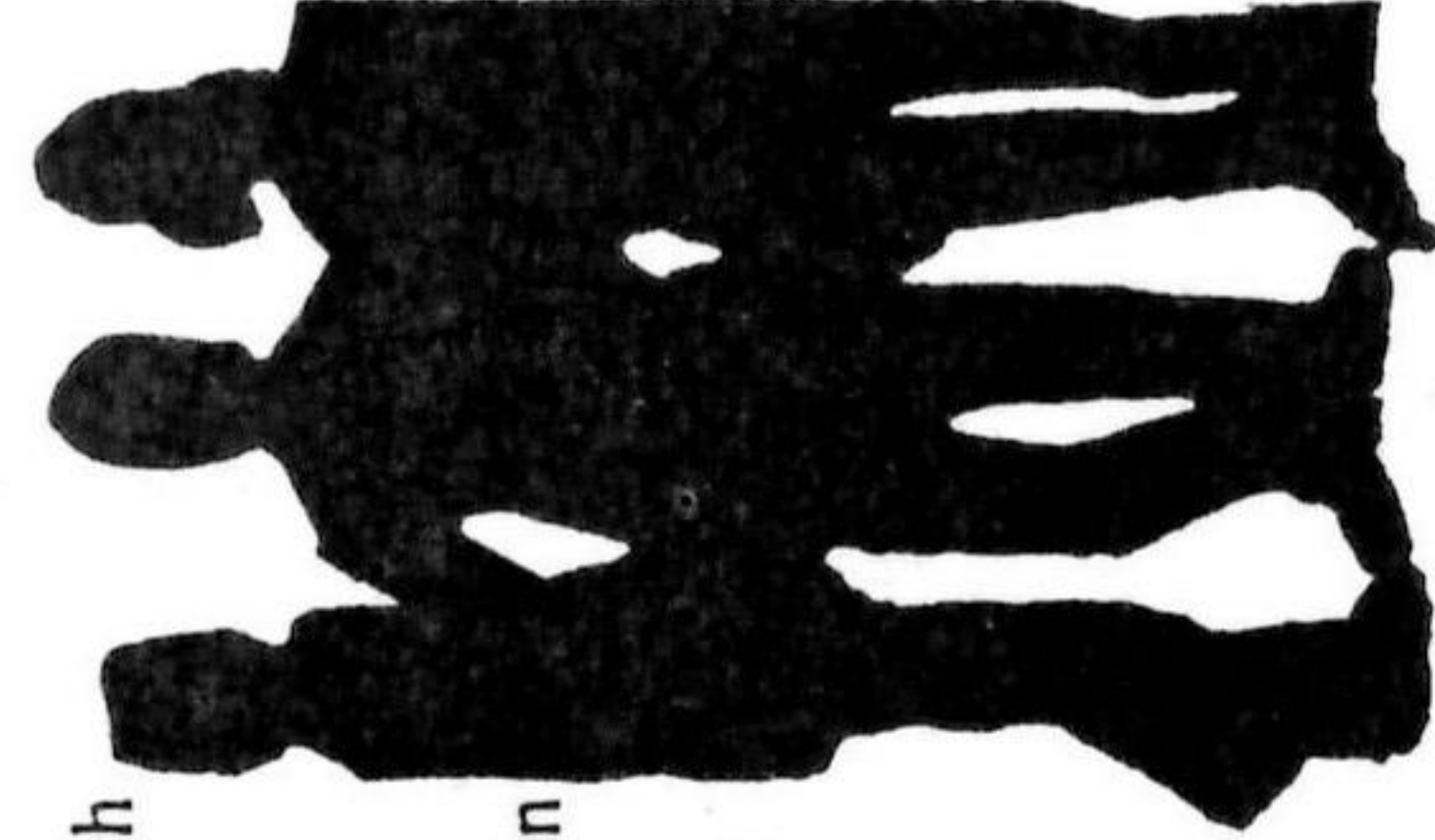
in dem beitrag wird auch gesagt, dass es illegal schwieriger ist, sich zu wehren gegen die anmache, die unangenehm, belästigend, einengend, manchmal auch bedrohlich, manchmal lächerlich, in jedem fall aber anmassend ist. ich habe es teilweise anders erlebt. zu hause hatte ich einige jahre in einem feministischen selbstverteidigungsverein trainiert. das hat mir geholfen, der alltäglichen gewalt gegen uns viel selbstbewusster zu begegnen. ich möchte an dieser stelle meiner trainerin und allen frauen, mit denen ich zusammen trainieren konnte, aus ganzem herzen für diesen, für mich wichtigen raum, danken. die anmachen reduzierten sich für mich ziemlich. das heisst nicht, dass das grundsätzliche gewalt- und unterdrückungsverhältnis aufgehoben wäre, nur weil frau eine selbstverteidigungsstrategie hat, die ihr nutzt. aber es ist hilfreich und wichtig, dass frauen und mädchen lernen, sich zu wehren, sich nicht nur in die passive opferrolle fügen, die wiederum eigentlich nur ein produkt und eine erfindung der patriarchalen geschichte ist. es ist unsere sozialisation, die kontinuität der scheiterhaufen. die aber nicht unserer wirklichen stärke und fähigkeiten entspricht.

ich will birgit hogefeld energisch widersprechen. weder ihr im "radikal"-zusammenhang noch ich wurde u die illegallität "getrieben". das ist immer noch ein schritt, den du selbst machst. weder bei euch noch bei mir ging es dem staat darum, uns in die eskalation zu treiben. im gegenteil, eine geeinte linke, die in der lage ist, mit den verschiedensten widersprüchen und widersprüchlichkeiten auch untereinander produktiv umzugehen und die verschiedensten kampfmittel konstruktiv einzusetzen, mit einer entschlossenen und gefassten perspektive, das ist das, wovor sie - der staat am meisten angst haben. ich finde es richtig, erstmal jedes terrain zu verteidigen, nichts aufzugeben. jede aufgabe trägt wieder zu einer schlechteren ausgangsvoraussetzung bei.

ich habe aufgehört in diesen festen schematas zu denken, von wo nach wo und in welcher reihenfolge etwas zu laufen hat. daraus ist für mich auch der weg zur pkk vorstellbar geworden. für mich war es von anfang an eine auseinandersetzung damit, dass mein weggehen nicht nur ein verstecken vor der repression ist. wenn wir internationalistinnen sind, kann unser stärken, um die schwäche zu überwinden, doch nicht nur - oder gerade nicht nur - innerhalb der eigenen nationalen grenzen verlaufen. ich bin in der zeit hier von vielen darauf angesprochen worden, was ich denn ausgerechnet bei der pkk wolle, sie sei doch....die kategorisierung reichte von: hierarchisch, autoritär, arabisch-fanatisch-fundamentalistisch zu anti-semitisch, personenkult betreibend, stalinistisch usw. ich glaube das solange nicht, bis ich es mit eigenen augen gesehen habe.

es gibt vieles, was mich dort anzieht, die lösung der frauenfrage z.b., von der sie sagen, sie sei genauso eine männerfrage und die sie in angriff nehmen. durch die realen schritte der veränderung und die machbarkeit der veränderung strahlen sie für mich ein prinzip der möglichkeit und der hoffnung aus, des erfolgs und des auswegs aus der absoluten sinnlosigkeit des kapitalismus. und natürlich gestalten sie das nach ihren konkreten bedürfnissen, ihrer lage, kultur und geschichte. für uns aus der metropole ist von dort nichts einfach kopierbar, wohl aber einiges lernbar, am aller wenigsten die ausbildung an den waffen mich interessiert viel mehr die politische fähigkeit, zu mobilisieren, zu organisieren und den kampf zu führen. auch die frage der strukturen finde ich wichtig. von partei verspreche ich mir für uns zwar nicht die lösung, aber eines ist auch klar: die unverbindlichkeit und befindlichkeit in der linksradikalen muss überwunden werden.

ich kann hier auch nicht darüber sprechen, was dort vielleicht alles nicht gut oder unzulänglich ist. einmal weil ich es noch gar nicht weiss. dann, weil ich nicht davon ausgehe, dass dort die heile, reine welt ist, und alles einfach zum idealsten verläuft. und zum dritten weil ich, gemessen mit den ansprüchen, die an die pkk gestellt werden, unsere eigene geschichte in grund und boden stampfen müsste...ich denke nur, dass aus den erfahrungen, die in der deutschen und z.t. auch in der europäischen linken gemacht wurden und die immer wieder zeigen, dass wir im vorgegebenen muster verhangen bleiben und nicht anders sind, als das, was wir kritisieren, ist es kaum vorstellbar, dass wir uns aus eigener kraft aus der misere ziehen. von der pkk zu lernen heisst für mich, von menschen zu lernen, die einen anderen kulturellen, historischen aber auch ökonomischen hintergrund haben, und die in den letzten zehn jahren sehr viele fortschritte in ihrem kampf erzielt haben. ich habe mich gefreut, dass ich von ihnen aufgenommen werde. an welchem anderen ort auf der erde wäre das heute noch denkbar? ich werde meine verantwortung nach besten kräften wahrnehmen, das, was ich in kurdistan mit eigenen augen sehe, erlebe und lerne den menschen zuhause mitzuteilen und einfließen zu lassen in unseren kampf um eine gerechte und menschwürdige zukunft.



liebe jutta und liebe anderen frauen und genossinnen, wenn ihr mir in form eines offenen briefes antwortet, würde mich das sehr freuen. ich werde das bestimmt mitbekommen und wenn ich es schaffe, werde ich zurückschreiben, selbst wenn es lange dauern sollte.

machts gut und viel kraft für euch und alles, was ihr tut! andrea wolf

Die Situation in Griechenland:

Wir durchlaufen eine Zeit, in der die Regierenden mit verschiedenen Mitteln versuchen, das Entstehen sozialer Kämpfe und Revolten, die der Verwirklichung ihrer Pläne im Wege stehen zu verhindern. Sie wollen damit einer Explosion der Wut der Menschen vorbeugen.

Einer ihrer Tricks ist der soziale Dialog, Sozialpartnerschaft zwischen den Herrschenden und den Gewerkschaften, um ihre krasse wirtschaftlichen und politischen Pläne ohne Reaktionen aus der Gesellschaft zum Erfolg zu führen.

Sie versuchen den Leuten einzutrickern, daß sie sich um deren Meinung kümmern, daß sie deren Einverständnis für die Fortführung ihrer Pläne erreichen möchten.

Natürlich ist dies nur eine weitere Täuschung, denn alle ihre Entscheidungen, die sie der Gesellschaft aufbürden wollen, haben sie bereits getroffen.

Gleichzeitig fährt der Staat mit den Angriffen auf den kämpfenden Teil der Gesellschaft fort, indem er tausenden von Bauern, die sich an den Autobahnblockaden im letzten Jahr beteiligt haben, den Prozeß macht.

Auch die Prozesse gegen die Anarchisten und die anderen Menschen die beim Aufstand in der Poliklinik 95 verhaftet worden sind, werden fortgeführt.

Nach vielen Verschiebungen wegen technischer Probleme wurde in den ersten Julitagen nun doch das Schengener Abkommen vom griechischen Parlament abgesegnet.

Doch die Herrschenden werden sich weiter ängstigen und sorgen. Denn sie wissen, daß die Kämpfer/Innen noch immer die Barrikaden im sozialen Krieg gegen sie halten.

Der soziale Krieg geht weiter:

APRIL:

4. K.Kalaremas, S.Dapergolas und M.Christostomou werden wegen Bankraub verurteilt.

Die Urteile lauten: Für Kalaremas 11 Jahre, Dapergolas 7 1/2 Jahre und Christostomou 25 (!) Jahre.

Dapergolas und Christostomou wurden im Juni 1995 bei dem Versuch eine Bank auszurauben verhaftet.

Im Oktober des gleichen Jahres wurde Kalaremas ebenfalls unter der Beschuldigung des Bankraubes verhaftet.

Er begann einen Hungerstreik, der ihn im Dezember 1995 nach 68 Tagen die Freiheit brachte. Dapergolas erreichte seine Freilassung nach 76 Tagen Hungerstreik im Januar 1997.

Kalaremas und Dapergolas sind an den Kämpfen der Anarchisten beteiligt gewesen.

(Der Text gibt keine Klarheit darüber, ob die beiden im Prozeß nun in Abwesenheit verurteilt worden sind oder ob sie eingeknastet worden sind. - Der Übersetzer).

5. Ungefähr 30 Menschen greifen ein Einberufungsbüro der Armee in Exarchia, im Zentrum von Athen, an.

Sie schreiben antimilitaristische Parolen an die Wände und Parolen gegen die Entsendung von Truppen nach Albanien unter Ausgehebot der Soldaten.

Nach 5 Minuten, nachdem die Telefonverbindungen abgeschnitten worden sind, beenden sie die Aktion, ohne daß jemand verhaftet worden wäre.

6. Solidaritätsdemo mit dem Aufstand in Albanien mit ungefähr 200 TeilnehmerInnen.

8. Eine "Anti Staat Aktion" übernimmt die Verantwortung für einen Brandanschlag auf den Bus eines Fernsehsenders. Der Bus brennt völlig aus.

8. Dem rumänischen Gefangenen G. Mihaitea gelingt die Flucht aus dem Gebäude der " General Police Direction of Athen".

9. Auseinandersetzungen zwischen Bauarbeitern und der Polizei vor dem Arbeitsministerium. Nach einer Demonstration versuchen die Arbeiter hier reinzugelangen, die Polizei wendet Tränengas an, um sie aufzuhalten.

9. Eine Gruppe von Anarchisten greift Sondereinheiten der Polizei zur Aufstandsbekämpfung mit Molotow-Cocktails an.

Die Polizei war während Studentenschaftswahlen vor der Polytechnischen Schule aufgezoogen.

Nach ihrer Aktion verlassen die Anarchisten das Gebäude.

14. "Revolutionäre Aktion" übernimmt die Verantwortung für die Brandanschläge auf zwei Autos. Eines gehört zur französischen Botschaft, eines einem anderen Diplomaten.

14. Ein überwiegend aus Dynamit hergestellter Sprengsatz wird im Finanzamt von Patissisia (Vorort von Athen) gefunden.

Die Verantwortung übernimmt die Gruppe "Revolutionäre Verschwörung". Der Sprengsatz geht nicht hoch.

15. Unbekannte setzen Armeefahrzeuge in der Nähe einer Kaserne in St. Anargiros (Vorort von Athen in Brand).

15. Im zentral gelegenen Athener Stadtteil Exarchia werden zwei Autos von Regierungsbeamten vollkommen durch Molotow Cocktails zerstört. Bei einem Bekenneranruf an eine Zeitung wird erklärt, daß es sich um anarchistische Solidarität mit dem albanischen Aufständischen handelt.

16. In einem Bürogebäude eines Athener Vorortes detoniert wegen falscher Zusammensetzung die dort gelegte Bombe nicht. Der Anschlag wendet sich gegen die Entsendung des italienischen Militärs nach Albanien.

21. Militärfahrzeuge brennen in Goudi (wieder Athener Vorort) wieder wegen Albanien.

23. Bei einem Arbeitsunfall auf einer Werft in Perama (Vorort von Pireaus) verbrennt der Arbeiter D. Kirisis.

Dies ist hier bereits der zweite tödliche Unfall.

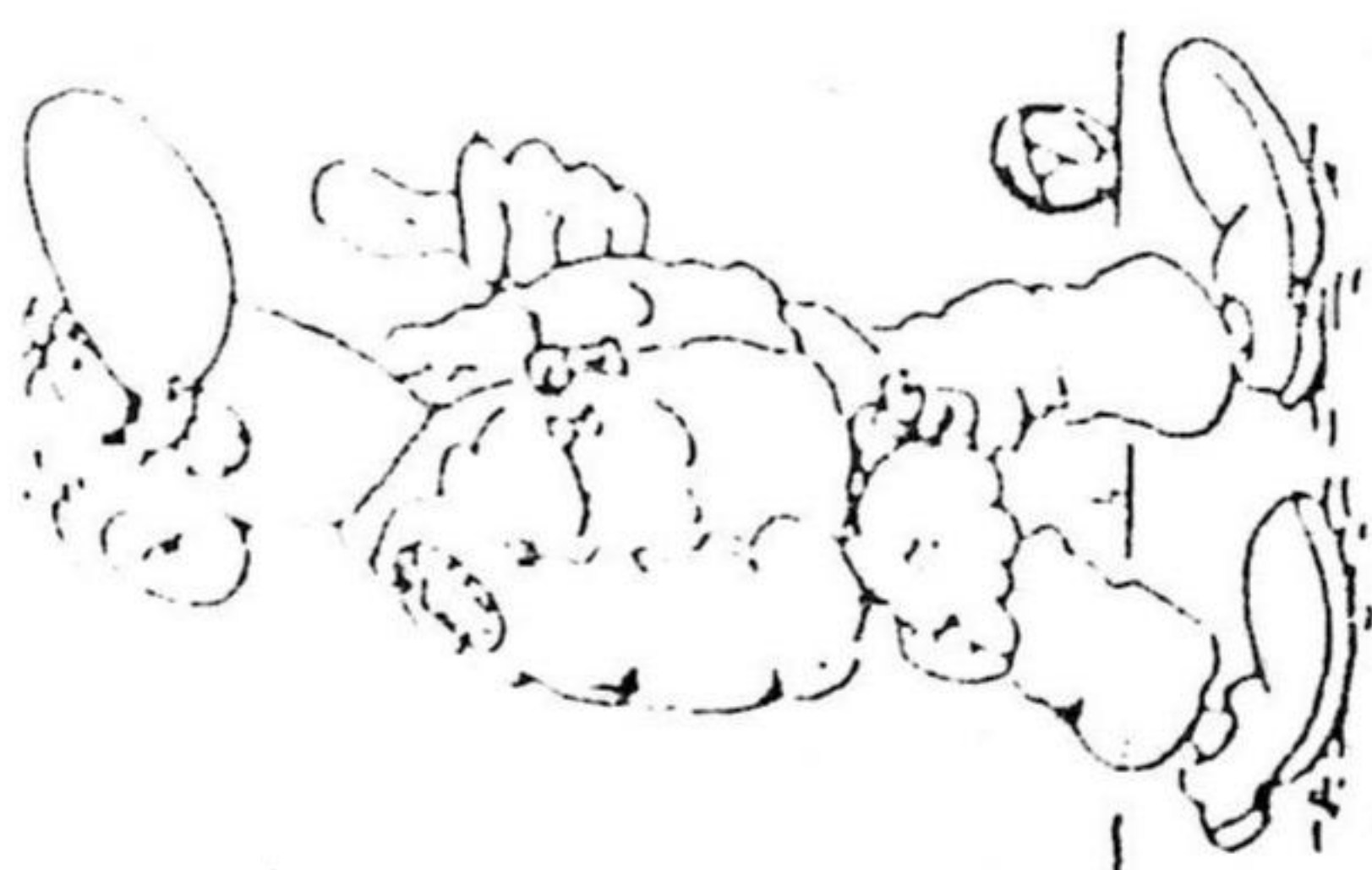
28."Autonomous Cores 9th April" bekennt sich zu einem Brandanschlag auf einen faschistisches Büro in Omonia, Athen

Die Tür und ihre Hetschriften verbrennen.

MAI:

3. Die jugendlichen Gefangenen des Athener Koridalos Gefängnis rebellieren und nehmen zwei Wächter als Geiseln.

Während die Aufstandspolizei das Gefängnis umstellt, werden



die Forderungen der Gefangenen bekannt gegeben.
Nach 4 Stunden lassen sie die Wächter wieder frei und kehren in ihre Zellen zurück.

11. Athen: "Antistaatlicher Kampf" bekennt sich zu einem Brandanschlag auf einen Bus eines Zeitungsverlages.

"Diese Aktion geschah in Gedenken an den Stadtguerillero Christos Tsoutsouvis und an den Tod von Ulrike Meinhof vor 20 Jahren."

11. "Herzen der Revolutionären Gewalt" bekennen sich zu einem Sprengstoffanschlag auf das Büro der Hafenoberen in Pireaus. Eine Erklärung, die sich auf die wegen den lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen streikenden ArbeiterInnen bezieht, wird veröffentlicht.

24. Ein Sprengsatz verursacht hohen Sachschaden bei der Ventouris Schifffahrtsgesellschaft in Pireaus.

Es geht um den Eigentümer der "Pegasos" auf dessen Schiff ein Arbeiter ermordet worden war.

24. Während eines Solidaritätskonzertes für die Zapatistas kommt es vor der Schule der Schönen Künste in Athen zu Angriffen mit Steinen und Molotow Cocktails auf Nobelkarossen, Feuerwehrautos und die Aufstandsspolizei.

Linke und sich als Anarchisten bezeichnende Leute der Zeitung "alpha" schließen die Türen der Schule und setzen die Kämpfenden draußen damit der erhöhten Gefahr der Verhaftung aus.

24. Polizisten der Personalgarde des Präsidenten prügeln Gäste einer Kneipe in Igoumenitsa (West Griechenland) und bedrohen sie mit ihren Waffen.

JUNI:

6. Den ArbeiterInnen der Papierfirma Softex stehen die Löhne seit April aus. Sie werfen Eier und Tomaten auf das Industrie-ministerium.

8. Zwei Ausbrecher aus Koridalos werden durch Schüsse an der Flucht gehindert.

14. In einem Athener Stadtpark findet ein Anti-Maastricht Konzert statt. Die Australische Botschaft, die zentrale Opelkonzernverwaltung und Luxusautos werden mit Steinen und Mollis angegriffen.

Auch ein Polizeiauto wird zerstört. Während den Auseinandersetzungen wird der 38 Jahre alte V. Dresios verhaftet.

19. Aus Solidarität mit K.Kalaremas und S. Dapergolas werden während eines Konzertes auf der Uni von Zografou (Vorort von Athen) zwei Bullenautos vor der örtlichen Wache abgepackelt.

Ein Polizist wird durch ein Gummischoß verletzt. "Freiheit für alle anarchistischen Gefangen" auch die Forderung, die unter anderem hinter vorausgegangenen Brandanschlägen auf ein Bullenauto und einen Supermarktlaster stand.

20. Unbekannte verbrennen in einem Athener Büro der Jugendorganisation der Regierungspartei PASOK deren Papiere.

23. Das Auto des Staatssekretärs des Wirtschaftsministers fackelt ab(In Nikea, Pireaus).

26. "Massenausbruch" übernimmt die Verantwortung auf einen Anschlag auf ein Büro pensionierter Offiziere in Thessaloniki.

(Da dürften etliche Folterer aus der Militärdiktatur dabei sein-Der Setzer).



Vorerst letzte Nachricht:

JULI:

Ungefähr 30 Menschen greifen im Athener Zentrum Exarchia Kaffees und Bars an, die der Mafiaallianz aus Bullen und Drogendealern gehören.

Dabei werden 6 Menschen verhaftet und übel zusammengeschlagen. Am 9. werden sie gegen eine Kaution von zwei Millionen Drachmen freigelassen.

aus A- News, Informations Blatt aus Griechenland (in englisch) Anarchist Intervention, Anarchist Core "still unsubdued" P.O. Box 30557 Athens 10033 Greece

DER EUROPÄISCHE FRIEDENSZUG VON BRÜSSEL NACH DIYARBAKIR

Join the winning side...

Die langen Jahre des Krieges in Kurdistan vor Augen:

Die Zahl der Opfer, der Flüchtlinge, der Vertriebenen, Inhaftierten und Gefolterten.

Unerhörte Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die heutige Invasion der Türkei in Südkurdistan (Nordirak):

Völkerrechtswidrig. Ausgeführt mit mörderischen COBRA-Hubschraubern und Raketen.

Den Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen mißachtend.

Das europäische Parlament vor den Kopf stoßend.

Das Angebot auf Waffenstillstand verwerfend.

in dieser Situation haben wir den Aufbruch als eine große EUROPÄISCHE FRIEDENSBEWEGUNG beschlossen. Um den Menschen Kurdistan und der Türkei unsere Botschaft zu überbringen. Um den Kreis mit ihnen zu schließen. Um dem Krieg ein Ende zu machen. In einem SONDERZUG DES FRIEDENS werden wir am 26. August 1997 in der Metropole Brüssel aufbrechen. Am Vorabend der Abfahrt wird in der europäischen Hauptstadt eine Friedenskundgebung stattfinden. Istanbul passierend werden wir am 1. September 1997 (Internationaler Antikriegstag) in Diyarbakir eintreffen. Transportmittel sind die Lokomotiven und Waggons der Bundesbahnen der durchkreisten Länder. Die Bahnhöfe in Köln, Mainz, Wien und Sofia werden Stationen für Kundgebungen und Pressekonferenzen sein. In eigens eingerichteten Zugteilen werden sich die Mitreisenden begegnen. Miteinander reden. Kulturelle Programme veranstalten. Sich vorbereiten auf die Treffen in Istanbul und Diyarbakir.

DIE BOTSCHAFT: „ES IST HÖCHSTE ZEIT FÜR DEN FRIEDEN IN KURDISTAN“

Diese Botschaft reist mit den Menschen. Die Botschaft ist gerichtet an die Regierung der Türkei und die Regierungen Europas. Sie ist verbunden mit der Forderung nach allgemeiner Demokratie. Nach Einhaltung der Menschenrechte. Nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Wir erwarten den Beginn eines politischen Verhandlungsdialogs zur Beendigung des Krieges. Dieser Botschaft werden wir in Diyarbakir im Rahmen eines großen Friedensfestivals der dortigen Bevölkerung mit den Teilnehmern des Friedenszuges aus Europa Nachdruck verleihen.

Prominente Beteiligte der Friedensfahrt werden im europäischen Namen die Forderung des kurdischen Volkes nach Frieden und Demokratie direkt bei den Ministerien der Türkei und den Medien des Landes vortragen. Die Menschen des Europäischen Friedenszuges erwarten während ihrer Anwesenheit eine Antwort der türkischen Regierung. Die Antwort muß die Vorstellungen des kurdischen Volkes und die Forderungen des Europäischen Parlaments positiv berücksichtigen.

Eine weite Reise für den Frieden in einem großen Zug auf langer Fahrt wird auch für die Beteiligten selbst eine großartige menschliche Möglichkeit der solidarischen Begegnungen bieten. Eine gute Fahrt mit Lesungen, Vorträgen und einem Programm in allen Abteilen.

Glauben Sie uns: Die Fahrt des Columbus war nichts gegen unseren Zug!

Die Fahrtscheine werden knapp werden! Sichern Sie sich Ihr Ticket! Rufen Sie uns an! Schicken Sie ein Fax! Wir senden Ihnen weitere Informationen und einen Anmeldebogen!

Appell von Hannover, Kiebsmühle 1, Postfach 35, 61440 Oberursel, Deutschland. Tel. 06171-98 13 48, Fax 06171-98 13 34 Initiative Wiener Appell „Friedenszug“, c/o Alevisches Kulturzentrum, Linke Wienzeile 78, 10160 Wien, Österreich. Tel./Fax (43) 1-58 67 984

Peace in Kurdistan, 42 Anger Road, London NW3 3AT. Tel. (44) 0171 580 5802 or (44) 0171 250 1315 Fax (44) 0171 250 1317

...and ride the
MUSA ANTER peace train

Wir danken den zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern, die wir leider aus Platzgründen hier nicht einzeln auflisten können.

SOLIDARITÄTSARBEIT MIT SCHAUKLAPPEN?

1995 waren Ana Laura Hernández und Gustavo Rodríguez, zwei Mitglieder der anarchistischen Gruppe Federación Anarquista Revolucionaria Amor y Rabi[a]Revolutionäre Anarchistische Föderation Liebe und Wut!, in Europa um Aufmerksamkeit für den Kampf der Zapatistas zu erhalten und Spenden für drei Projekte einzusammeln, die ihre Gruppe vorbereitete. Ana und Gustavo waren von Autonomie-Kongress in Berlin dazu eingeladen worden. Nach dem Kongress wurden sie von anarchistischen Gruppen und Mexiko-Solidaritätsgruppen in verschiedenen Ländern eingeladen, um über dieselben Themen Veranstaltungen zu geben. Auf dieser Tournee besuchten sie auch mehrere Städte in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden. Bei ihrer Abreise aus den Niederlanden versprachen sie ausführlichere Informationen zu den vorgestellten Projekten zukommen zu lassen. Diese Informationen sind allerdings nie angekommen. Im Mai 1996 fuhr ein Mitglied des Solidaritäts Komitee Mexiko für zweieinhalb Monate nach Mexiko und suchte Kontakt zu Amor y Rabi[a]. Während das Treffen mit Ana und Gustavo in den Niederlanden sehr angenehm verlaufen war, endete der Besuch in Mexiko mit einer großen Enttäuschung.

Ana und Gustavo hatten in den Niederlanden und auch anderswo in Europa (sie waren ein halbes Jahr auf Tournee) erzählt, daß "Amor y Rabi[a]" ein Netzwerk von anarchistischen, über viele Städte Mexikos verbreiteten Gruppen war, und daß die gleichnamige Zeitschrift vom Kollektiv herausgegeben wurde. Schon bald nach der Ankunft in Mexiko-Stadt, wo ich mich bei Gustavo aufhielt, stellte sich heraus, daß "Amor y Rabi[a]" nicht mehr war als ein Dutzend Individuen aus Mexiko-Stadt und noch einer Handvoll einzelner Personen außerhalb Mexiko-Stadt. Ein Netzwerk besteht nicht. Die mexikanische anarchistische "Szene" besteht aus einer großen Anzahl kleiner Grüppchen, die meistens unabhängig voneinander arbeiten, jeweils ihr eigenes Blättchen herausgeben und sich so wie überall mit viel Dreck bewerten. In Mexiko-Stadt las ich einen Aufruf zur Gründung eines Verbandes der Zusammenarbeit, an dem "Amor y Rabi[a]" aufgrund der starken hierarchischen Struktur der Gruppe nicht mitmachen durfte. Das einzig Positive, was die Gruppen in diesem Zusammenarbeitsverband über "Amor y Rabi[a]" mitzuteilen wußten, war die hohe Auflage (+ 3.000 Exemplare) und die Kontinuität der Zeitschrift (sie kommt bereits seit dreieinhalb Jahren unregelmäßig heraus). Über den Inhalt von "Amor y Rabi[a]" äußerte sich der Verband der Zusammenarbeit nicht.

Die Zeitschrift war eigentlich ein Soloprojekt von Gustavo. Gustavo schrieb den Großteil der Artikel, wenn auch nicht unter seinem eigenen Namen, und bestimmte im Alleingang, welche Artikel in die Zeitschrift kommen sollten. Einmal war ich bei einer Redaktionsitzung von "Amor y Rabi[a]" dabei. Auf dieser Sitzung wurde nicht über den Inhalt oder die Auswahl der Artikel diskutiert. Gustavo teilte den anderen Mitgliedern der Gruppe einfach mit, welche Artikel herinkommen sollten. Ich war damals darüber erstaunt, nahm aber an, daß bereits in einem früheren Stadium über den Inhalt gesprochen worden war. Später stellte sich bei Gesprächen heraus, daß das nicht der Fall gewesen war. Gustavo bestimmte, was in die Zeitung kam. Das ist nicht allein Gustavo vorzuwerfen. Die anderen Mitglieder von "Amor y Rabi[a]" hatten da offenbar keine Probleme mit; sie akzeptierten, daß eine Person für die Auswahl und die Produktion des größten Teils der Artikel verantwortlich war.

Zusammen mit einem Freund und einer Freundin aus Potsdam und Frankfurt ging ich im Juli ins Zapatista-Gebiet mit dem Vorsatz, anderthalb Monate in dem ersten Projekt zu arbeiten, das "Amor y Rabi[a]" realisiert hatte: das "Campamento de Solidaridad Directa 'Los Martires de Chicago'". Im Dorf Santa Rosa El Copán, vier Stunden zu Fuß vom Zapatista-

"Hauptquartier" La Realidad gelegen, hatte "Amor y Rabi[a]" mit einem Unterrichtsprojekt begonnen. Ihrer eigenen Darstellung nach soll diese Schule, in der "nach autoritären/ibertären Unterrichtsmethoden unterrichtet wird", Teil eines größeren Ganzen von Aktivitäten bilden, die auch den Bau eines Jugendhauses, eines Frauenhauses, eines Videoraumes, einer Bibliothek und einer medizinischen Ambulanz umfassen. Uns wurde vorgegaukelt, daß es im Gegensatz zu den "üblichen Friedenscamps" in diesem Projekt viel Arbeit gab, und keine Einschränkungen bestanden hinsichtlich des Umgangs mit der örtlichen Bevölkerung (selbstverständlich unter Befolgen der örtlichen Normen und Gebräuche). In den "üblichen" Friedenscamps, die durch das katholische Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas und die Friedensorganisation CONPAZ koordiniert werden, ist im allgemeinen wenig oder nichts zu tun. Mensch geht da als "neutraler BeobachterIn" hin und es wird deshalb erwartet, sich nicht zu viel für die örtliche Bevölkerung zu engagieren. Meine ReisegenossInnen und ich hatten da absolut keine Lust zu. Wir waren nicht als "neutrale BeobachterInnen" gekommen, unsere Sympathie galt der aufständischen Zapatista-Bevölkerung.

In dem alternativen Camp von "Amor y Rabi[a]" zeigte sich jedoch, daß auch beinahe nichts zu tun war. Aus den uns angeblich erwartenden Arbeiten wurde nichts und wenn aus ihnen doch was wurde, dann waren sie schlecht durchdacht und nicht (gut) mit der örtlichen Bevölkerung durchgesprochen. Gustavo spielte auch in dem Projekt eine zentrale Rolle, die durch keines der anwesenden Mitglieder von "Amor y Rabi[a]" und der übrigen Mitarbeiter zur Diskussion gestellt wurde. Ana war im Namen der EZLN die Koordination des Projektes zugewiesen worden, tatsächlich faßte aber Gustavo alle Beschlüsse und er unterhielt die Kontakte sowohl zu der EZLN als auch zu Gruppen aus dem Ausland, die das Projekt finanziell unterstützten. Während der Versammlungen der ProjektteilnehmerInnen führte Gustavo stets das große Wort und die Entwicklung des Projekts wurde nicht ausgewertet. Fragen darüber, inwieweit das Projekt aus den Bedürfnissen und Wünschen der örtlichen Bevölkerung selbst hervorging, wurden nicht oder ausweichend beantwortet. Ana und Gustavo sagten zu den Gründen ihrer eigenen Anwesenheit das folgende: "Wir sind hierher gekommen, um der örtlichen Bevölkerung revolutionäres Bewußtsein beizubringen". Wir, EuropäerInnen, waren schockiert. Dies war nichts anderes als ein gewöhnliches "anarchistisches" Missionsprojekt, in dem Menschen aus der "zivilisierten" weißen Welt der "einheimischen Bevölkerung" erzählen, wie sie leben sollen und welche die korrekte politische Linie ist. Damit will ich nicht sagen, daß ich mit allen Aspekten des traditionellen Lebens der örtlichen Bevölkerung einverstanden war. Insbesondere kann an der Position der Frauen und der beklemmenden sozialen Kontrolle in der Gemeinschaft noch viel verbessert werden, aber das sollte dann doch die Folge eines Bewußtwerdungsprozesses der Menschen selbst sein. Der Kampf sollte aus einer eigenen Dynamik heraus entstehen und nicht von außen her aufgesetzt werden. Einerseits sagten die ProjektteilnehmerInnen, daß an der Position der Frauen noch viel verbessert werden muß. Andererseits war Ana, die zu diesem Zeitpunkt als einzige weibliche Projektteilnehmende ständig anwesend war [meine Reisegenossin war bereits nach einer Woche aus El Copán abgereist, weil sie sich in dem Projekt nicht wohl fühlte], noch niemals bei einer Dorfversammlung der Frauen gewesen, während sie jedoch im Namen des Projektes regelmäßig bei der Männerversammlung dabei war. Ana sagte hierzu: "In der Frauenversammlung wird nichts bedeutsames besprochen" [sic].

Wohin diese Einstellung führen kann, stellte sich uns dar, als ohne Rücksprache mit der Frauenversammlung eine Wasserleitung angelegt wurde. Die Frauen benutzten die Wasserleitung, erst einmal fertiggestellt, jedoch nicht, weil das Wasser von der falschen Stelle aus dem Fluß abgezapft wurde und der Wasserhahn auf dem Grundstück eines Bauern plaziert wurde, der dafür bekannt ist, Frauen verbal zu belästigen. Diese praktischen Probleme hätten vermieden werden können. Was in meinen Augen ebenso ernsthaft ist, ist, daß "Amor y Rabi[a]" überhaupt nicht darüber nachgedacht hat, die Frauen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu fragen. Wollten die eigentlich eine Wasserleitung? Die Stelle am Fluß, wo die Frauen das

Wasser holen, ist für sie auch ein sozialer Treffpunkt, wo keine Männer hinkommen. Mit der Platzierung von Wasserabzapfpunkten mitten im Dorf werden sie den kompletten Treffpunkt verlieren. Aber die Menschen von "Amor y Rabiá" waren in jeder Hinsicht nicht an den Wünschen der Frauen interessiert, denn "allein in der Männerversammlung werden wichtige Dinge beschlossen". Außer kolonialistischen kann mensch den Mitgliedern von "Amor y Rabiá" also auch noch sexistisches Verhalten vorwerfen.

Viele der obengenannten Punkte sind durch uns, EuropäerInnen, in individuellen Gesprächen und Versammlungen zur Sprache gebracht worden. Auf unsere Fragen und Kritik bekamen wir zwei Arten von Reaktionen: obwohl das Problem gelehrt wurde, daß wir ein Problem sahen, wurde auf unsere westliche Mentalität hingewiesen, die sich nicht auf die mexikanische Realität umstellen könne; oder das Problem wurde erkannt, aber die Ursache wurde den trägen Beschlußfassungsprozeduren der örtlichen Bevölkerung zugewiesen oder ein bestimmtes Mitglied der Gruppe wurde zum Sündenbock erklärt. Zum Ende unseres Aufenthaltes schien es gerade so, als ob wir in George Orwell's "Animal Farm" geraten waren. Anfang August faßten wir den Beschluß, aus El Copán abzureisen. Da wir keinen Funken Selbstkritik bei den Mitgliedern von "Amor y Rabiá" verspürten und sich die Atmosphäre jeden Tag verschlechterte, sahen wir keine Perspektive, um da noch etwas Nützliches beitragen zu können.

Der Kontakt zu der örtlichen Bevölkerung war im allgemeinen herzlich und ohne viel Aufhebens entgegenkommend gewesen. Wir hielten uns zu kurz in dem Dorf auf, um ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können. Die Menschen sprachen mit uns nicht über Dinge, die mit der EZLN zu tun hatten. Wir fingen damit auch nicht an. Das Vertrauen mußte zuallererst von ihrer Seite her kommen. Die örtliche Bevölkerung versorgte uns in rauen Mengen mit Tortillas, Mais und einer unbeschreiblichen Auswahl an Früchten. Anderthalb Wochen nach unserer Abreise schickten wir zu dritt einen Brief an das CCRI (die kommunale Leitung) der EZLN, in dem wir darlegten, was unserer Meinung nach in dem Projekt falsch lief, und warum das Projekt in der damaligen Form, was uns anbelangt, keinen Platz im Zapatista-Gebiet bekommen sollte. Wie erwartet erhielten wir auf unserem Brief niemals Antwort.

Im Januar empfangen wir zwei Briefe aus Mexiko. Der eine Brief kam vom 'Kollektiv' "Amor y Rabiá", der andere von dem CCRI der EZLN. In dem Brief des CCRI der EZLN wurde an "Amor y Rabiá" mitgeteilt, daß "der Herr Gustavo Verhaltensweisen annahm, die Konflikte zwischen den Teilnehmenden des Friedenscamps und zwischen den Gemeinschaften provozierte". Weiterhin schreibt die EZLN in ihrem Brief, daß "Gustavo sowohl damit prahlte, eine direkte persönliche Beziehung zu der zapatistischen Führung zu unterhalten (etwas, was absolut falsch ist, da wir immer verstanden, daß die Beziehung [zu "Amor y Rabiá"], die wir hatten, zu einem Kollektiv war und nicht zu Individuen), als auch damit, militärische Ausbildung anzubieten, und der Höhepunkt war, daß sich Gustavo nach außen hin als Mitglied unserer Organisation präsentiert, und daß er uns bereits seit Jahren vor 1994 persönlich kenne, und daß er den Rang eines Kommandanten habe". Des weiteren wird "Amor y Rabiá" in dem Brief mitgeteilt, daß Gustavo "zur 'persona non grata' erklärt worden ist, und daß er, falls er sich auf zapatistischem Gebiet sehen ließe, nach den zapatistischen Gesetzen bestraft werden wird" [whatever that may be].

Der Brief von "Amor y Rabiá", gerichtet an alle internationalen Gruppen, die ihr Projekt bis jetzt unterstützt haben [wir glücklicherweise nicht], ist faktisch nichts anderes als eine Kopie des Briefes der EZLN an "Amor y Rabiá". Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie diesen Brief schrieben, nachdem sie den Beschluß der EZLN bezüglich der "Verbannung" Gustavos erhalten haben. In dem ganzen Brief ist nicht die Spur von Selbstkritik zu entdecken. Das einzige, was sie dem Brief der EZLN anzufragen haben, ist, daß "er [Gustavo] autoritären Standpunkten und schwerster Indiskretion verfallen" sei. Sowohl die EZLN als auch "Amor y Rabiá" machen Gustavo zum schwarzen Schaf. Das Projekt ist gut, die Einstellung der Teilnehmenden ist gut und die Struktur von "Amor y Rabiá" und also auch

des Projektes ist gut. Ein Freund in San Cristóbal de las Casas (Chiapas), der auch in dem Projekt gearbeitet hat, schrieb mir, daß Ana total sauer war über den Brief, den wir zu dritt an die EZLN geschrieben hatten. Zugleich erzählte er, daß die Bombe in der Gruppe geplatzt ist aufgrund der Probleme, auf die wir bereits hingewiesen hatten. Kein Wort in dem Brief von "Amor y Rabiá" darüber, was während unseres Aufenthaltes und danach vorgefallen war. Kein Wort zu all der Kritik, die wir bereits vorgebracht hatten. Aber sie waren nicht die einzigen, die nicht bereit waren, Kritik anzunehmen.

Nach unserer Abreise aus El Copán kehrten wir nach La Realidad zurück, wo das Abschlußfest des Ersten Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus stattfand. Dort traf ich zahlreiche FreundInnen und Bekannte aus dem Solidaritätsnetzwerk für Mexiko. Gerade die Menschen, die sich immer am anti-autoritärsten in Wort und Schrift äußern, waren am wenigsten an unseren Erzählungen interessiert. Sie hörten uns meistens gerade noch an, reagierten aber nahezu ohne Ausnahme mit einem Schulterzucken. "Ja, Gustavo ist keine einfache Persönlichkeit." Gerade, als ob es um Gustavo ginge. Die Kritik, die wir äußerten, war auf das Projekt insgesamt gerichtet. Aber auch sie tappten in die Falle des Personalisierens, des Individualisierens von Problemen, die tatsächlich politisch sind und das Kollektiv betreffen. Die Linke hat noch so viel zu lernen. Schlechte Nachrichten oder Kritik an Menschen aus der eigenen Umgebung will mensch lieber nicht hören. Das kompliziert die Dinge nur noch mehr. Dann muß mensch über die eigene Position hinsichtlich einer politischen Frage nachdenken. Viele Menschen, die ich auf die Probleme angesprochen hatte, sind selbst nach Ablauf des Interkontinentalen noch in El Copán gewesen, um das Projekt selbst in Augenschein zu nehmen. Die meisten kamen mit der Nachricht zurück, daß ihre Gruppe das Projekt unterstützen werde. Sie akzeptierten von Ana und Gustavo bedenkenlos, daß der Konflikt, den wir mit ihnen hatten, von persönlicher Art gewesen war.

Das traurigste an der ganzen Geschichte finde ich nicht so sehr meine eigene Desillusion, sondern die Tatsache, daß sowohl die Menschen von "Amor y Rabiá" als auch die Leitung der EZLN und Mitglieder von Solidaritätsgruppen dieser Angelegenheit so wenig Bedeutung beigemessen haben. Selbstkritik und Selbstrelativierung sind Eigenschaften, die mensch kaum bei Linken oder in der Solidaritätsbewegung vorfindet (welchen Landes oder welcher Gruppe auch immer). Es wird höchste Zeit, daß mensch die Scheuklappen abwirft.

Jeroen

(Solidaritäts Komitee Mexiko, Amsterdam, Niederlande)

P.S. Menschen, die mehr über meinen Aufenthalt in Mexiko und in dem Projekt von "Amor y Rabiá" lesen wollen, verweise ich auf "(Un)wetterberichte aus Mexiko", eine Sammlung der Briefe (nur auf holländisch), die ich aus Mexiko schrieb. Als Anlage zu diesen Briefen liegen die Übersetzungen (auf holländisch) bei von dem Brief, den wir an die EZLN schrieben und den Briefen der EZLN an "Amor y Rabiá" und dem Brief von "Amor y Rabiá" an die ausländischen Gruppen. Bestellweise: Schickt einen 10 DM-Schein an: Solidaritätskomitee Mexico, Postbus 16578, NL-1001 RB, Niederlande und gebe deine Adresse an und das Stichwort "(Un)wetterberichte".

P.P.S Letzte Nachricht: Seit Juni 97 hat Ana das Kollektiv Amor y Rabiá auf Ersuchen der Mitglieder verlassen. Ana hatte wieder 'Kontakt' mit Gustavo aufgenommen. Gustavo hat einzelnen Mitgliedern von Amor y Rabiá angedroht, sie 'fertigzumachen', und sogar nach seinem Rausschmiß aus Amor y Rabiá versucht, Spenden deutscher Gruppen einzufordern.

Freiheit für Gary und Renate!



Wegen angeblicher „Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ im Folterstaat Spanien sitzen Gary und Renate aus Wiesbaden im Knast Frankfurt-Preungesheim. Der folgende Text entstand auf der Grundlage des Textes „Die 'Deutsche ETA-Connection'“ vom Berliner Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega.

Am 12. April d.J. kam es in einer Madrider Wohnung zu einer leichten Explosion. Nach Polizeiangaben wurden danach in dieser Sprengstoff, Waffen und neben anderem auch ein Archiv mit Photos von z.B. Militärs, Richtern und Repräsentanten des spanischen Staates sichergestellt. Außerdem seien Fingerabdrücke von Mitgliedern des Commando Madrid der ETA gefunden worden. Angemietet soll die Wohnung von zwei Deutschen gewesen sein: Gary und Renate aus Wiesbaden. Einen Tag nach der Explosion reisten zwei BKAler nach Madrid. Am 15. April stellte sich Gary in Begleitung seines Anwalts beim BKA in Wiesbaden, nachdem er aus der Zeitung von der Fahndung nach ihm erfahren hatte. Zum Zeitpunkt der Explosion war Gary, wie Nachbarn und Arbeitgeber bezeugten, in Wiesbaden. Seitdem sitzt er in Frankfurt-Preungesheim im Knast. In seiner Wiesbadener Wohnung wurden Computer, Disketten und angeblich ein falscher Paß beschlagnahmt. Die Vorwürfe gegen ihn lauten auf „Sprengstoffbesitz“ und „Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“. Ausgeliefert werden kann er allerdings nicht: nach Art. 16 GG werden BRD-BürgerInnen nicht ausgeliefert, was sich aber mit der Ratifizierung des neuen EU-Auslieferungsabkommens demnächst ändern könnte. Der zuständige Staatsanwalt Wolf Jördens forderte Garys Freilassung, da keine Fluchtgefahr bestehe. Das spanische Innenministerium reagierte hierauf mit dem Überreichen sogenannter „neuer Beweise“ an Richter Rolf Bartrick kurz vor dem Haftprüfungstermin.

Was diese für Beweise sein sollen, ist nicht bekannt. Bartrick lehnte jedenfalls den Haftentlassungsantrag der Staatsanwaltschaft ab. Diese legte keinen Widerspruch ein, sondern erweiterte die Anklage, die irgendwann im Sommer fertig sein soll, um „Lagerung von Sprengstoff und Waffen“ und „Gebrauch falscher Papiere“.

Wegen der Explosion wird jetzt nur „Beihilfe“ in den Akten zu finden sein. Nach Renate wurde per Steckbrief gefahndet – das LKA Hessen setzte eine Belohnung von 10000 DM für „sachdienliche Hinweise“ aus. Sie stellte sich am 8. Juli 1997 den Wiesbadener Behörden, verweigert jede Aussage und sitzt nun im Frauenknast Preungesheim. Der Haftbefehl lautet auf „Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz“.

Lügen und Hetze

In den spanischen Medien wird gegen Gary und Renate fleißig gehetzt. In der Presse ließ z.B. der Innenminister verlautbaren, die beiden würden zu einer „RAF-Splittergruppe“ gehören und betrieft sich dabei auf Angaben des deutschen VS, nach dem sich eine Gruppe von revolutionären Deutschen in Frankreich aufhalten würde, ehemalige RAF-Mitglieder beheimaten könnte und die ETA unterstützt haben könnte. Mittlerweile mußten die spanischen Behörden diese Aussage insofern revidieren, daß Gary kein RAFler sei, da er laut LKA Hessen völlig unbekannt sei und auch keine Vorstrafen habe, wie fälschlicherweise vorher behauptet worden war. Besonderer Wert legt die Hetze des spanischen Innenminister darauf, Gary und Renate als bezahlte SöldnerInnen darzustellen. Diese Lügen sollen die baskische Befreiungsbewegung denunzieren und die politische Zielsetzung verleumdern.

Weitere Verleumdungen wirken wie die Phantasien eines Paranoikers, zeigen in der Öffentlichkeit aber sicher Wirkung: von einer „deutschen ETA-Connection“ ist die Rede, in welche die Carlinos-Truppe, die PDS wie die RAF und natürlich die Stasi eingebunden sind. Als Beweis für diese Allianz des Bösen müssen die beiden Sprachlehrerinnen Gabi K. und Petra E. herhalten. Petras Freund Juan wird beschuldigt, zur ETA-Führung

zu gehören. Juan und Petra wurden 1996 in Frankreich verhaftet und die spanischen Behörden behaupteten wider besseren Wissens, die Festgenommene sei Gabi, die falsche Papiere auf Petras Namen bei sich getragen habe. Die Sprachschulen in Spanien werden als vermeintlicher „Hort des Bösen“, also der „ETA-Connection“ vom Militärgeheimdienst überwacht. Insgesamt werden in der spanischen Öffentlichkeit 50 Leute aus Europa und Amerika mit Namen denunziert. Eine spanische Boulevardzeitung zitierte gar ein Guardia Civil-Dossier, nach dem 246 AusländerInnen mit der ETA kooperieren sollen.



Es entspricht der deutschen Europapolitik, daß sie sich zur Stellvertreterjustiz des spanischen Staates macht, ähnlich wie sie es auch mit irischen Gefangenen in der jüngeren Vergangenheit versuchte und heute mit den kurdischen Gefangenen praktiziert. Ein anderes aktuelles Beispiel ist das Verhalten der BAW gegenüber der Nord-Irin Roisin McAliskey, die von Großbritannien an Deutschland ausgeliefert werden soll. Roisin soll an einem IRA Angriff auf eine britische Kaserne in Osnabrück beteiligt gewesen sein. Ohne Beweise oder ZeugInnen gegen Roisin zu haben, konnten die Briten sie monatelang in U-Haft lassen.

Zu glauben, daß die Repression gegen Gary und Renate wegen der „niederen“ Anklagepunkte in der BRD auf Dauer schwächer wäre, erscheint uns nach diesen Erfahrungen naiv. Zumal der spanische Innenminister sich erst Mitte Juli über die schlechte Zusammenarbeit von seitens der deutschen Behörden beschwerte.

Für die sofortige Freilassung von Gary und Renate!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Die ETA (auf dt. Baskenland und Freiheit) entstand im antifaschistischen Kampf gegen die Unterdrückung des frankistischen Spaniens. Der bewaffnete Kampf, der seit 36 Jahren anhält, führte zu einer Polarisierung der baskischen Gesellschaft: nach wie vor wird ETA von einem nicht unbeträchtlichen Teil der baskischen Bevölkerung deutlich unterstützt und von einem anderen Teil genauso klar abgelehnt. Aber: viele diejenigen, die gegen eine bewaffnete Organisation sind, stehen nicht auf der Seite Madrids und befürworten nicht den spanischen Zentralstaat. Eine deutliche Mehrheit der BaskInnen und auch ETA selbst streben Verhandlungen an. Für das Madrider Regime sind Verhandlungen aber das Sinnbild ihrer Niederlage. In der Logik des spanischen Staates gibt es entweder die bedingungslose Unterstützung der Polizei und ihrer Methoden oder eben „Terrorismus“. Wer öffentlich Verhandlungen fordert oder die Menschenrechtsverletzungen, Folter oder den Staterrorismus kritisiert, steht sich schnell mit dem Vorwurf „Apologie des Terrors“ konfrontiert. Der spanische Staat setzt ausschließlich auf eine militärische Strategie – und mobilisiert dafür alle Mittel. Dazu zählen auch Todesschwadronen und Folter. Die über 500 Anschläge von Organisationen wie der GAL (Grupo Antiterrorista de Liberación, auf dt.: Antiterroristische Befreiungsgruppe) seit 1976 und die jedes Jahr von amnesty international aufgeführten über 100 baskischen Folteropfer haben der spanischen Polizei auch beim baskischen Bürgertum keine Freundschaft eingetragen. Die politische Situation hat sich deutlich verschärft: eine kürzlich eingeführte Gesetzesänderung hat den Strafrechtsstand der „Unterstützung einer bewaffneten Bande“ aufgehoben, nun gibt es nur noch den der „Mitgliedschaft“ mit einem Strafmaß von 12-24 Jahren. Die repressive Strategie zielt darauf, jede öffentliche Kritik am „schmutzigen Krieg“ gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung als „Propaganda der ETA“ zu denunzieren – und abzuurteilen. Immer noch sitzen über 500 baskische politische Gefangene in Knästen – über den gesamten spanischen Staat verteilt. Dazu kommen diverse politische Gefangene aus spanischen Organisationen wie GRAPO (Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre – Widerstandsgruppen 1. Oktober, bewaffnete Organisation) und PCE(r) (Partido Comunista de España [reconstituido] – Neukonstituierte KP Spaniens).

WIR FALLEN NICHT INS SOMMERLOCH !

In der Nacht vom 04. zum 05. 08.'97 haben wir uns mit einem Transparent an die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe gewendet. Auf dem Transparent steht folgende Forderung :

Freilassung der Gefangenen aus der RAF !

Rolf Heißler
Helmuth Pohl
Brigitte Mohnhaupt
Stefan Wisniewski
Rolf-Clemens Wagner

Sieglinde Hofmann
Heidi Schulz
Christian Klar
Eva Haule
Birgit Hogefeld

Wir unterstützen die Forderung, die Gefangenen aus der RAF freizulassen, ausdrücklich!

Der gesundheitliche Zustand der Gefangenen aus der RAF ist sehr schlecht, hervorgerufen u.a. durch lange Jahre Isolationshaft. Helmut Pohl z. B. wurde die Untersuchung durch externe Fachärzte seines Vertrauens verweigert. Nachdem er gegen das Land Hessen geklagt hatte, wurde es ihm dann ermöglicht sich gründlich untersuchen zu lassen. Jedoch verschwanden die für seine Behandlung notwendigen Röntgenaufnahmen mysteriöserweise auf dem Weg zum Knast.

Im Februar 1997 wurden bei Helmut Verknöcherungen mehrerer Lendenwirbel festgestellt, die ins Rückenmark drücken, und wenn er nicht schnellstens operiert wird, drohen ihm irreversible Lähmungen. Doch zynischerweise verlangte die BAW ein Gegengutachten von einem Arzt, der seit 20 Jahren für die Gefängnisbehörden arbeitet. Dieser Arzt sieht keinen Handlungsbedarf, prognostizierte, daß sich Helmut's Krankheit noch verschlimmern werde, Helmut aber damit leben müsse, weil es keine Therapiemöglichkeit gebe.

Folglich lehnt die BAW eine Freilassung ab und beruft sich auf dieses Gegengutachten.

Auch die gesundheitliche Situation von Heidi Schulz ist sehr zugespitzt. Die Untersuchungen werden verzögert, verschleppt und finden unter diskriminierenden Bedingungen statt. Medikamente bekommt Heidi mit Verzögerungen bis zu zwei Monaten oder überhaupt nicht.

Da es dem Staat nicht gelingt den Gefangenen ihre politische Identität zu rauben, hat er sich zum Ziel gesetzt, die Gefangenen physisch zu vernichten. Das ist das politische Moment, welches in diesem Vorgehen seitens des Staates deutlich zu erkennen ist.



Dem Katalog der Willkürmaßnahmen sind die Gefangenen aus der RAF voll ausgesetzt.



08.08.97
Genossinnen

ALLE GEFANGENEN MÜSSEN RAUS !
★ ★ - SOFORT UND BEDINGUNGSLOS ! -

Dem Volke dienen mit Pinsel und Farbe

Buchankündigung

**Geronimo
Glut & Asche**
Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung

Ein halbes Jahrzehnt nach den beiden Bänden *Feuer und Flamme* legt Geronimo mit *Glut & Asche* den letzten Teil seiner Trilogie über die Autonome Bewegung vor; ein Buch das den Mut hat, die müden Geister der sich noch *autonom* verstehenden zur produktiven Diskussion zu erhitzen.

„Aus mir“, so Geronimo über sich selbst, „spricht der Organisator mit dem Blick des kalten Soziologen, der leidenschaftlich an Politik interessierte Autonome, der fasziniert tastende Hobbyphilosoph, der neugierige, um Selbstaufklärung bemühte Forscher, der politische Kabarettist ...“

Der Titel *Glut & Asche* klingt endgültig und abschließend zugleich – doch ganz so plump geht Geronimo dabei nicht vor: Mit der reflektierten Weitsicht des politisch Beteiligten führt er eine engagierte Auseinandersetzung anhand der (exemplarischen) Aufarbeitung von vier Stationen linksradikaler Politik der 90er Jahre, der NOlympia Kampagne in Berlin, dem Tod des Faschisten Kaindel in einem Berliner Chinarestaurant, den Diskussionen um den Spitzel von Bad Kleinen und dem Autonomie-Kongress von 1995.

Innerhalb dieser Auseinandersetzungen gelangt Geronimo zu einer grundsätzlichen Kritik des Politischen innerhalb des autonomen Diskurses. Er kritisiert dabei den Mythos der linksradikalen Klammern 'Autonomie', die floskelhaften Auseinandersetzungen und die Benimmregeln, die sich in der Szene festgesetzt haben, und fordert deshalb eine streitbare Auseinandersetzung um 'das Politische'.

„Nein, ein 'Gesellschaftsschreck' sind die Autonomen nicht mehr. Stattdessen haben sie in vielen Bereichen, so sie da und dort öffentlich auftauchen, die Rolle des demokratischen Gewissens in diesem Land übernommen. Zumeist haben sie sich in den 90er Jahren darauf reduzieren lassen, den gegenwärtigen Zustand gegen noch weitere Verschlechterungen zu verteidigen: in Migrations-, Verkehrs-, Energie-, Sozialpolitik. Daß dabei aktuell kein Platz für gesellschaftliche Gegenentwürfe aus einer autonomen Perspektive sichtbar erscheint, kann zunächst einmal keinen Vorwurf beschreiben. Daß aber dieser Umstand in der politischen Praxis von 'Autonomen' noch nicht einmal als ein Problem begriffen wird, ist eine gesellschaftstheoretische Bankrotterklärung ersten Ranges.“

Geronimos letztes Werk seiner Trilogie ist angefüllt mit Gedanken darüber, wie sich durch die unvermeidlichen politischen Konflikte hindurch eine Möglichkeit von Glück und Autonomie eröffnen läßt.

„Der Phönix entsteht noch immer der Asche und trägt die Glut in eine bessere und glücklichere Zukunft – das ist ein phantastischer und brillanter Gedanke.“

Glut & Asche erscheint am 25. Juni im UNRAST Verlag, und ist für 24,80 DM in allen gut sortierten Buchläden und natürlich in eurem Infoladen erhältlich.

UNRAST Verlag
Postfach 8020
48043 Münster
Tel (0251) 666293
Fax (0251) 666120

KINO

in der alten Schlosserei
Brunnenstr.7 U Rosenthaler Platz

So 24.8. 22h

Ein Lied für Beko
(Klamek Ji Bo Beko)
R: Nizamettin Ariç
Armenien/D 1992 100min OmU
= in kurdischer Sprache =

So 31.8. 21h

UNTER DRUCK Kultur von der
Strasse e.V. präsentiert:
Blue in the Face
R: W. Wang, P. Auster
USA 1994 85min dtF
Ab 18h Grillen im Hof!

EDITION ID-ARCHIV



Die Beute, Nr. 14
Sommer 1997
16,- DM

«Post-Kolonialismus»
Enthält Beiträge
über Frantz Fanon,
postkoloniale Kri-
tik, Modernisierung
der Apartheid in
Südafrika, u.a. v.
Neville Alexander,
Sabine Grimm und Vanessa Barth. Außerdem:
die Angels und Bandits zum «Rückkehrkrieg»
in Skandinavien. Dicht über Kippentierger und
Zeichnungen von Raymond Pettibon.



Netzkritik

Netzkritik, Nr. 1
Sommer 1997
16,- DM

«Wenn du etwas
am Internet und
seiner Offenheit
genießen willst,
dann musst du dich
mit beschäftigen, und zwar über die Beherr-
schung der Technik hinaus.»

Postfach 360205 • 10972 Berlin

DONNERSTAG, 23. AUGUST

VORBEREITUNGSTREFFEN zu SIEMENS-HERRSTAKTIONEN

im BLAUEN SALON im MEHRINGHOF

6. SEPTEMBER

GROSSE SOLIPARTY IM EX UND IN DER STE
ZUM 10- bzw. 11- JÄHRIGEN BESTEHEN VON
ANTIFA-INFOBLATT UND ANTIFA JUGENDFRONT

geöffnet jeden Donnerstag ab 19.00 Uhr

1999

1999

Politische Kneipe &
vegetarische Vokü

Manteuffelstr. 99 - Kreuzberg

Futtern (3 DM) Filme (ab 20.30 Uhr)

Atomic Café

USA Atompropagandafilme der 40iger, 50iger Jahre
Schade das Beton nicht brennt
Die Häuserbewegung Anfang der 80iger in Kreuzberg

Chaos Tage Hannover 95

Der Film zum Penny Markt und wie Punks Bullen ärgern

Noahm Chomsky - Manufacturing Consens
Analyse über die manipulative Macht der Medien

DEMOPARTY

23.8.

MIT

DAS DASEIN
EXIL

PADDY CORN
SKA SESCHEN
PERCUSSIONIA

GORLEBEN
ZWISCHENLAGER

TRIBAL
DRUMS
14.00





... lecker Essen...
... feine Getränke...
... FreundInnen treffen...

und vieles mehr!

Im EX - politische Kneipe
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a

Der Mehringhof

bietet für politische und kulturelle Veranstaltungen,
auch Ausstellungen, insbesondere tagsüber, 2 Räume
(Versamlungsraum, 180qm & den Blauen Salon, 40 qm)
gegen ein z.T. geringes Endgeld, an. Keine Partys, Feste o.ä.
★ Gneisenaustr. 2(A), 10961 Berlin-Kreuzberg, Tel. 691 80 21 10⁰⁰ - 15⁰⁰ ★



Jag für Jag '98

Die autonome Lesben Frauenkalenda

"Jag für Jag" ist ein seit 1977 bestehendes autonomes Projekt. In jedem Jahr findet sich eine neue Gruppe von Lesben/Frauen zusammen, die die Kalenda nach ihren Vorstellungen inhaltlich und optisch gestalten.

Die voraussichtlichen Themen für unsere Kalenda:

- Frauen im Islam
- Emma Goldmann
- Hexen
- Obdachlose Frauen
- Kommunefrauen
- Frauenkongress
- Schönheitswahn
- Neues von Anna Frey
- Ökofeminismus
- Natürliche Verhütung
- gutes Berchmen
- aktualisierte Adressen v. Fraueneinrichtungen

• Buchvorstellungen und jede Menge Fotos und Gedichte

Ab Anfang Oktober in allen Frauenbuchläden und guten Buchhandlungen erhältlich oder direkt bei: Anna Frey.

03610234 Frankfurt / Main 60344



Kinderbauernhof am Mauerplatz e.V., Leuschnerdamm 9, 10999 Berlin ☎ 6158149 (im Stall, länger klingeln)

gemeinnütziger Verein
Postgirokonto Nr: 108 553-101
BLZ 100 100 10

6000 Tage Kinderbauernhof Mauerplatz

sind auch ein Grund zum Feiern !!

Samstag 23. August 1997 ab 14 Uhr

Hoffest in und um die neue Scheune mit

- Spielen
- Reiten
- Lagerfeuer
- Essen und Trinken
- Mucke und Scheunenvideos
- und weiteren Überraschungen

WUPPSTOCK

Openair-Festival
auf der Waldbühne Hardt in Wuppertal

23. und 24. August / 97

**Kein Atommüll nach Ahaus
Stopp Castor!**

Samstag

14.00 Uhr The Devil in Miss Jones (Garagepunk)

Boxhamsters

Tod- und Mordschlag (Pongo Metall)

Party Diktator (Noise groove)

Die Strafe (Punkrock)

14.00 Uhr

Sonntag

Ostzonensuppenwürfelmachenkrebs (Avantgardepop)

Guts Pie Earshot (Jazzcore)

Naked Lunch (Gitarren-Pop)

Lax Alex' Con-trax (Funkyskagrooves)

Honnycutt (Girl-Punk)

Samstag kostet 16 DM

Sonntag kostet 16 DM

beide Tage 28 DM

Infos übers Internet:

<http://www.net-book.de/wuppstock>

nachmittags: Kindermitmachzirkus

Auto zu Hause lassen,
Linie 643 fährt zur Hardt!